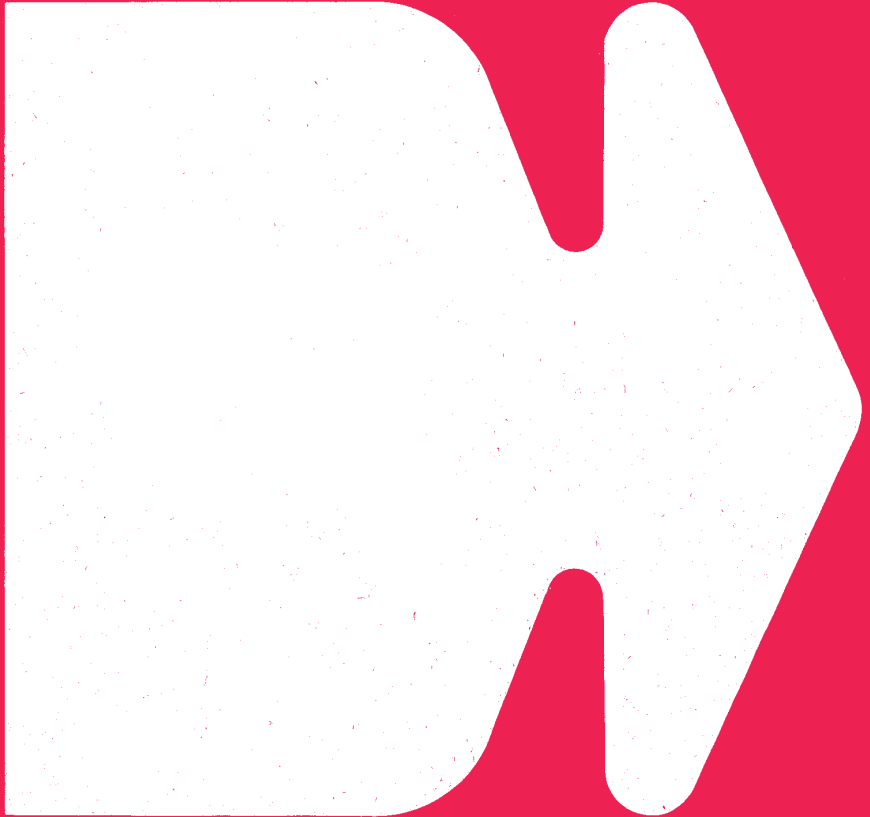


Barbara Gysel, Armin Jans, Martin Amrein (Hrsg.)
Soziale und demokratische Spurensuche im Kanton Zug

Da liegt Zug drin



Da liegt Zug drin

03	<u>Einleitung</u>
	<u>Fachtexte</u>
07	Hans Ulrich Jost Geschichte der SP im Spiegel der bürgerlichen Kritik
19	Regula Stämpfli Schweizer Politik, weiss auf schwarz
23	«Wie in alten «Schweizer Illustrierten» blättern»
25	Armin Oswald Wohnen in Zug
28	Armin Jans Der Kanton Zug wächst und wächst und wächst
29	Zug – Ende siebziger, anfangs achtziger Jahre
35	Ansätze gegen die Wohnungsnot
37	Armin Oswald Wohnbaugenossenschaft BAARBURG
39	Reiner Eichenberger und David Stadelmann «Zugisierung»: Zuwanderung, Wirtschaftswachstum und Bodenknappheit: Was tun, was nicht?
45	Barbara Gysel Mythen und Fakten zur Einwanderung im Kanton Zug
49	Armin Jans Ein fast vergessenes Zuger Grossprojekt: Die Sanierung des Zugersees
53	<u>Archiv</u>
	<u>Aufgezeichnet</u>
69	Bruno Bollinger
75	Brigitte Profos
79	Zari Dzaferi
87	Theres Arnet-Vanoni
91	Urs Birchler
97	Barbara Beck-Iselin
103	Pietro Panico
107	Dolfi Müller
113	Karin Hägi
119	Othmar Romer
125	Yannick Ringger
131	Brigitta Kühn
137	Wädi Ineichen und Ruedi Hug
143	Sr. Reginalda Suter
149	Markus Jans
155	Daniel Brunner
	<u>Archiv</u>
	Krise im Kanton Zug nichts Neues
	<u>Fachtexte</u>
163	Christian Raschle Streiflicht auf die Arbeitermusik Zug
171	<u>Nachwort</u>

Da liegt Zug drin

Soziale und demokratische Spurensuche
im Kanton Zug

Barbara Gysel, Armin Jans,
Martin Amrein (Hrsg.)

100 Jahre Sozialdemokratische
Partei im Kanton Zug
1913–2013

ISBN 978-3-033-04207-0

**«Schönreden
überlassen
wir den
anderen.
Wir handeln.
Für den
Menschen
und seine
Umwelt.»**

**Sozialdemokratische
Partei**
SP
da liegt Zug drin

Liebe Leserinnen¹

Soziale Demokratie hat viel erreicht. So erfreulich unser Wohlstand und die wirtschaftliche Erfolgsstory des Zugerlands sind: Verursachen sie nicht auch Kosten? Wer bezahlt den Preis dafür? Welchen Wert hat Solidarität, auch über die Grenzen hinaus?

Unser kleiner Kanton ist international derart vernetzt wie sonst nur noch die Ballungsräume um Zürich, Basel und Genf. Das erhöht die Pflicht zu internationaler Verantwortung und internationaler Solidarität. Sei es mit jenen Menschen, die jene Rohstoffe schürfen (müssen), die dann auf dem Platz Zug gehandelt werden. Oder mit jenen Schwellenländern, die sich erfolgreich dagegen wehren, dass auch im Kanton Zug tätige Pharmafirmen ihnen überteuerte Medikamente aufzwingen wollen. Erst das Wahrnehmen globaler Verantwortung schafft gesellschaftliche Demokratie international.

Der Anlass für diese Publikation ist das 100-jährige Bestehen der Zuger Sozialdemokratie, die im Jahr 1913 gegründet wurde. Auf eine eigentliche Parteigeschichte haben wir indes bewusst verzichtet und stattdessen auf kritische Analysen und Reflexionen zur Gegenwart gesetzt. Wer sich gleichwohl für historische Reminiszenzen zur Zuger SP interessiert, wird in der Jubiläumspublikation aus dem Jahr 1988 fündig. Sie steht unter www.sp-zug.ch frei zum Download.

Die aktuelle Jubiläumspublikation vereint auf der einen Seite Fachbeiträge von Autorinnen aus verschiedenen Disziplinen und Themenbereichen. Dabei war uns ein breites und kritisches Einschätzungs- und Meinungsspektrum wichtig, das von der Politikwissenschaftlerin Regula Stämpfli in ihrer Wahl- und Politanalyse bis zu den Ökonomen Reiner Eichenberger und David Stadelmann reicht, die sich der «Zugisierung der Schweiz» annehmen. Armin Jans und Armin Oswald widmen sich in ihren beiden Beiträgen dem Wohnen und Leben in Zug, während Barbara Gysel Mythen und Fakten zur Einwanderung im Kanton Zug, der in der Zentralschweiz den höchsten Aus-

länderinnenanteil aufweist, thematisiert und der Zuger Stadtarchivar Christian Raschle ein Licht auf die kaum bekannte Geschichte der Arbeitermusik im Kanton Zug wirft. Die Einbettung der in diesen Beiträgen angesprochenen Themen in einen grösseren Bezugsrahmen erfolgt im Aufsatz von Hans-Ulrich Jost. Der Historiker und Spezialist für politische und wirtschaftliche Geschichte präsentiert einen Überblick über die schweizweite Entwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie – und damit (doch noch) ein Stück Politikgeschichte. Auf der anderen Seite kommen verschiedene Zuger Stimmen zu Wort, die – frei nach den Worten von Stadtpräsident Dolfi Müller – «lokalem Engagement im vielleicht globalisiertesten Kanton» Ausdruck verleihen. Mit diesen engagierten Frauen und Männern unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Couleur haben wir Interviews geführt. Ihnen und den an dieser Publikation Beteiligten danken wir ganz herzlich für ihre Zeit und ihre Mitwirkung. Und Ihnen als Leserinnen wünschen wir viel Vergnügen beim Stöbern und Vertiefen.

Zug, im August 2013

Barbara Gysel, Präsidentin SP Kanton Zug

Armin Jans

Martin Amrein

¹ In dieser Publikation verwenden wir meist die ausschliesslich weibliche Schreibweise. Männer sind natürlich mitgemeint.

«Der Kanton Zug besticht vor allem durch seine zahlreichen internationalen Firmen und Schulen, die stabile politische Lage, die gute Erschliessung des öffentlichen Verkehrsnetzes und seine Nähe zu Luzern und Zürich, welche in weniger als dreissig Minuten erreichbar sind.»

«Die Suche nach geeignetem und vor allem günstigem Wohnraum ist im Kanton Zug nicht ganz einfach. Das grösste Angebot finden Sie wöchentlich im Zuger Amtsblatt, welches Sie an jedem Kiosk erwerben können. Nützlich kann auch die Online Suche sein.»

Fachstelle Migration Zug, Kanton Zug – herzlich willkommen!
Zug, 2010, S. 4, S. 10.

Die Geschichte der SP im Spiegel der bürgerlichen Kritik

Hans Ulrich Jost

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Zug ist 100 Jahre alt, die SP Schweiz noch ein Vierteljahrhundert mehr. Über ein halbes Jahrhundert, von 1888 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, wurde die SP schweizweit in der vom Freisinn dominierten Parteienlandschaft wie eine Vogelscheuche, eine Aussätzige, behandelt. Und das ihr aufgedrückte Stigma einer «unschweizerischen» oder gar «umstürzlerischen» Partei ist ihr bis heute geblieben. Mein holzschnittartiger Essay nimmt diese «Aussensicht», das bürgerlichen Zerrbild des Sozialismus, auf.

Der Bastard

Schon bei der Gründung der SP kam von der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) nur Schelte: «Mit einem schöneren Säuglingsgeschrei hätte die schweizerische sozialdemokratische Partei, die letzten Sonntag aus der Taufe gehoben wurde, ihr Dasein nicht eröffnen können. Die Zentralisation [der Armee] soll die Wehrfähigkeit unseres Volkes mehren, die Schlagfertigkeit der Armee steigern, grössere Garantien für die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit unseres Vaterlandes in einem Völkerkriege bieten; – und das alles ist für die neue schweizerische sozialdemokratische Partei von «keinem Belang». Mit welchem Recht nennt sich solch eine Partei noch eine schweizerische?»¹

Der SP wurde vorgeworfen, den Ausbau der Armee – ein damals mit viel patriotischem und nationalistischem Geschrei begleitetes Programm der Bürgerlichen – nicht gebührend in ihrem Programm zu berücksichtigten. Die kritische Haltung in Militärfragen war, in bürgerlichen Augen, mehr als ein Schandfleck – es war Landesverrat. Diesen Schandfleck sehen viele Bürgerliche noch heute, obwohl die SP sich 1935 zur bewaffneten Landesverteidigung bekannt hatte. Allerdings hat bei den Sozialdemokratinnen, und dies ist gewiss keine Schande, der Pazifismus und die militärkritische Haltung bis heute einen Platz, wenn auch nur kleinen. Es ist ein Teil der Utopie einer friedlichen Welt.

1888 wird der neuen Partei im politischen Alltag gleich klar gemacht, dass in der Opposition zum Bürgertum das Brot, wenn überhaupt, so nur hart gegessen wird. Mit der Schaffung eines ständigen Bundesanwaltes 1889 erschien auch gleich der eidgenössische Zuchtmeister, der die junge Sozialdemokratie ins Visier nahm. Indem der Bundesanwalt, der Chef der neuen politischen Polizei, Anarchisten und Sozialdemokraten in den gleichen Topf warf, entstand ein eingängiges Feindbild, mit dem eine permanente Überwachung der Linken legitimiert werden konnte. Hundert Jahre später, in den 1980er-Jahren, führte diese fragwürdige Praxis zum «Fichenskandal», einer der grössten staatspolitischen Krisen der Schweiz.²

Die ersten politischen Gehversuche der jungen SP wurden von der Rechten mit deftigen und aggressiven Kommentaren begleitet. So donnerte beispielsweise der konservative Berner Grossrat Ulrich Dürrenmatt, ein Vorfahre unseres Nationaldichters: «Es ist nicht der Augenblick, der sozialistischen Theorie, dass Eigentum Diebstahl sei, noch in der Verfassung Vorschub zu leisten.»³ Auch das gouvernementale Hofblatt der Freisinnigen, der Berner Bund, richtete, in Umkehrung der tatsächlichen Verhältnisse, polemische Belehrungen an die Adresse der Sozialdemokraten: «Wir bilden eine Demokratie. In der Demokratie kann es aber keine Sozialdemokratie, keinen Klassenstaat geben.»⁴

Reaktionäre Blockbildung

Gegen den vermeintlichen Klassenstaat organisierte der Freisinn (die Freisinnig-demokratische Partei FdP, heute FDP. Die Liberalen) einen konservativen Bürgerblock. Die Ausgangslage war so: Der Freisinn war in den 1880er-Jahren in arge Bedrängnis geraten. Er verlor einige Referendumskämpfe und sah sein Machtmonopol gefährdet. In dieser misslichen Lage traf der Freisinn eine Entscheidung, die das Schicksal der Schweiz für mehr als ein Jahrhundert entschied. Anstelle in Richtung eines Sozialstaates, eines Kompromisses mit der Linken, entschied er sich für eine Koalition mit den antiliberalen Katholisch-Konservativen (der heutigen CVP). So kam 1891 mit Josef Zemp der erste Katholisch-Konservative in den Bundesrat.

Man hat heute gelegentlich den Eindruck, als stünde der angeschlagene Freisinn erneut vor demselben Problem. Wird er sich an die Rockschösse der rechtslastigen SVP hängen, oder ist er bereit, den moderaten schweizerischen – und demokratischen – Sozialstaat zu verteidigen?

Gewiss, es gab im 19. Jahrhundert auch Bürgerliche, die nicht in diesen Schmächor einstimmten und in der SP eine demokratische, von Linksfreisinnigen mitbegründete Partei sahen, deren Hauptziel die Verbesserung der sozialen Lage der benachteiligten Volksschichten war. Der freisinnige Bundesrat Numa-Droz schrieb beispielsweise 1895: «Die Schweizer Sozialisten – wir haben bei uns auch einige von dieser Gattung – verabscheuen den Nihilismus; sie propagieren auch nicht gewalttätige Mittel; sie wollen im Allgemeinen unsere Institutionen mit denselben verfassungsmässigen und legalen Mitteln entwickeln, wie dies auch bei den andern politischen Parteien der Fall ist.»⁵

Globalisierung und Arbeitskämpfe um 1900

Um die Jahrhundertwende gaben die Banken und die Unternehmer – Letztere im 1908 gegründeten Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen zusammengefasst – auch in der Politik den Ton an. Der internationale Handel führte zu einer ersten Globalisierung der Wirtschaft und der Banken. Die Schweiz zählte damals zusammen mit England und Frankreich zu den bedeutendsten Kapitalexporthändern. Der Schweizer Finanzplatz begann seinen unaufhaltsamen Aufstieg.

Die soziale Lage war jedoch alles andere als harmonisch. Im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg kam es, wie in den Nachbarländern, zu bedeutenden Streiks. Höhepunkt war zweifellos der Zürcher Generalstreik von 1912. Bei all diesen Konflikten ging es um Lohn- und Arbeitsfragen, um das Streikrecht und um die Anerkennung der Gewerkschaften als legitime Verhandlungspartner. Von diesen Forderungen wollte die neue Generation der als Industriebarone bezeichneten Unternehmer, wie etwa Eduard Sulzer-Ziegler, Mitbegründer des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen und Präsident des «Vororts» (heute: *economiesuisse*), nichts wissen. Ohne Umschweife erklärte er: «Die Vernunft sollte gebieten, dass Versuche, den gesellschaftlichen Mechanismus zu stören, als strafbar erklärt werden, dass die Urheber solcher Störungen als ganz gewöhnliche Missetäter, wenn nicht Verbrecher behandelt würden [...]. Die Hypnose durch die sozialistische Irrlehre ist aber heute noch so gross, dass gegen solche Verbrecher keiner mehr sich auflehnt; man lässt sie ungeahndet über sich ergehen und zieht die Schuldigen nicht zur Verantwortung. [...] Die grossartigsten Werke, die der Menschengeist erfunden und zum Wohl der Menschheit erstellt hat, werden stillgelegt durch ein paar brutale, gewissenlose, allen Verantwortlichkeitsgeföhls bare Individuen; man empört sich nicht mehr und steht, anstatt energisch zuzugreifen, ratlos da wie ein hypnotisiertes Huhn vor dem Kreidestrich und beugt sich vor dem «Streikrecht!»⁶

Sulzer-Ziegler erhebt im Namen der Unternehmer einen absoluten Führungsanspruch. Die moderne Wirtschaftsentwicklung habe dazu geführt, so Sulzer-Ziegler, dass nur noch grosse Unternehmer fähig seien, das industrielle System zu steuern. Deshalb seien diese prädestiniert, im politischen und gesellschaftlichen Leben eine Vorrangstellung einzunehmen. Dabei würde eine zu weit getriebene Demokratie diese Führungsaufgabe behindern.⁷ Sulzer-Zieglers Vorstellungen finden wir heute bei den überbezahlten Managern der Konzerne und Banken.

Der Sündenfall

Gewiss, auch in SP-Kreisen finden sich radikale Ansichten. Der junge Robert Grimm (1881–1958), in der Zwischenkriegszeit beinahe unbestrittener führender Kopf der Partei, setzte sich mit der Theorie des Generalstreiks auseinander. Als sich dann im Ersten Weltkrieg die soziale Lage eines Grossteils der Bevölkerung dramatisch verschlechterte, während sich massive Kriegsgewinne – nicht zuletzt dank Steuerhinterziehung – häuften, bot sich der Generalstreik als letzte Massnahme an, um die bürgerliche Politik zur Vernunft zu bringen.

Politisch gesehen war der Landesgeneralstreik vom November 1918 jedoch ein Misserfolg. Er diente vor allem dem bürgerlichen Lager dazu, die SP erneut zu verunglimpfen und zu stigmatisieren. Das Streikkomitee und die SP habe, so die Unterstellung, im Solde Lenins und der Bolschewiki gehandelt. Das war zwar, wie die Geschichtsforschung schliesslich klar gezeigt hat⁸, Unsinn. Doch das Image des revolutionären Sündenfalls war geprägt.

Das Modell der Schmähreden lieferte am 10. Dezember 1918 im Nationalrat der katholisch-konservative Freiburger Jean-Marie Musy: «Die revolutionäre Zerstörungsarbeit in der Schweiz war sorgfältig vorbereitet und planmässig organisiert. Die Ausbreitung der anarchistischen Ideen wurde seit 1914 in verstärktem Grade betrieben. Die sozialistische Werbearbeit im Allgemeinen, die sozialistische Presse insbesondere versteifte sich darauf, unsere Vaterlandsliebe zu untergraben. Sie gaben sich überdies alle Mühe, die Leuchte der christlichen Wahrheit auszulöschen, deren Licht doch einzig uns herausführen kann aus dem Chaos, in dem wir uns bewegen. Das Dilemma steht klar vor uns. Wir müssen wählen zwischen der einen oder der andern Lösung. Haben wir endlich den Mut, festen Blickes der Wirklichkeit ins Antlitz zu sehen. Sich zu versteifen, eine soziale Politik zu verfolgen, welche zusammengesetzt ist aus Opportunismus und feiger Nachgiebigkeit, das wäre eine unverzeihliche Torheit. Wir müssen endlich wählen zwischen der revolutionären Formel und der Lehre des Christentums, d.h. zwischen Christus und Lenin.»⁹ Musy's Brandrede wurde mit der Wahl in den Bundesrat belohnt. Die Landesregierung setzte sich nun aus fünf Freisinnigen und zwei Katholisch-Konservativen zusammen. Der Ton von Musy's Rede gefiel auch den Wirtschaftsführern. 1919 plädierte die Arbeitgeber-Zeitung für militärische Einsätze gegen die Arbeiterschaft mit der Begründung, «dass wir in Zürich einen ausgewachsenen Grossstadtpöbel besitzen, der nur durch Maschinengewehre und Handgranaten im Zaume zu halten ist»¹⁰. Musy wurde, nebenbei bemerkt, in den 1930er-Jahren, nach seinem Rücktritt aus dem Bundesrat, in rechtsradikalen und nazifreundlichen Kreisen aktiv.

Der blau-schwarz-grüne Block

Der Landesstreik von 1918 galt nun uneingeschränkt und über Jahrzehnte hinaus als endgültiger Sündenfall der Schweizer Sozialisten. Der Zusammenhalt des bürgerlichen Blocks aus Freisinnigen, Katholisch-Konservativen und, ab 1929, der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB, heute SVP), beruhte im Wesentlichen auf ihrem Antisozialismus.

Die SP wiederum zog sich geschlagen in ein verbal-marxistisches Ghetto zurück. Zwar trennte sie sich von ihrem linksradikalen Flügel, der 1921 die Kommunistische Partei bildete, schuf sich aber zugleich ein Programm mit einem marxistischen Vokabular, das eigentlich im Widerspruch zu ihrer reformistischen Realpolitik stand. Bürgerliche Kommentatoren, wie etwa Hans Zopfi, stellten dazu nüchtern fest: «Diese Worte sind heute nicht einmal Schlagworte, sie sind heute zu inhaltslosen Phrasen geworden, vor denen, wir wiederholen es, niemand mehr Angst hat. Die Revolution war einmal einige Wochen lang der Schrecken des Bürgers; der Schrecken ist vorbei, er wird nicht mehr kommen. [...] Demonstrationen ändern an Tatsachen nichts, der Klassenkampf ist und bleibt Staats- und Volksverrat, ehrliche und nüchterne Arbeit für die Notwendigkeit des Staates und des Volkes, wie sie der Tag bringt, ist nach wie vor Pflicht.»¹¹

In dieser und ähnlicher Form wurde, im Stile tibetanischer Gebetsmühlen, die angebliche Irrlehre der SP kommentiert. Um die Lesenden nicht unnötig zu ermüden, seien aus der langen Reihe der Litaneien nur einige Bruchstücke herausgegriffen. «Wir haben namentlich», meinte der BUND 1933, «die Grundlehren nicht ganz vergessen, womit unsere leitenden Genossen sich und der Welt die Ohren voll posaunten. Marxismus hat mit Demokratie den Teufel zu schaffen!» An anderer Stelle heisst es weiter: «Die schweizerische Sozialdemokratie ist in die Irre gegangen, darüber kann ein Zweifel nicht bestehen. Ihr Weg führt nicht weiter.»

Die Umkehr

Man sparte auch nicht mit guten Ratschlägen, rief zur grundsätzlichen Umkehr auf und warnte: «Was dazu nottut, ist ausserdem die Abkehr von einem Dogma, das nur zu vergiften, aber nicht zu helfen vermag. Wandeln sich die sozialistischen Ideen der führenden Männer der Sozialdemokratie nicht in diesem Sinne, so wird die Partei aus der Kraft des Volkes zwar nicht vernichtet, aber mattgesetzt werden. Wir zweifeln nicht, dass die heute noch vaterländisch gesinnte grosse Mehrheit der Arbeiterschaft zu einer Umkehr innerlich bereit ist. Dagegen wird man nicht zu prophezeien wagen dürfen, dass auch die sozialdemokratische Partei in letzter Stunde den Anschluss noch finden werde.»¹²

Die «Umkehr» fand 1935 statt. «Klassenkampf» und «Diktatur des Proletariats» wurden über Bord geworfen, dafür aber die bewaffnete Landesverteidigung unterstützt. Das änderte vorerst nichts an der grundsätzlichen Ablehnung der SP durch den Bürgerblock. Dabei hatte die SP nicht nur die von den Bürgerlichen geforderte Umkehr vollzogen, sondern auch entschieden mitgeholfen, dass der Versuch der antidemokratischen Rechten, die Verfassung aus den Angeln zu heben, scheiterte. 1935 hatten in der Tat die faschistischen Fronten, die Katholisch-Konservativen und Teile der BGB mit einer Initiative zur Totalrevision der Verfassung versucht, in der Schweiz eine ständestaatliche, autoritäre und dem Faschismus angepasste Ordnung einzuführen. Ohne geschlossene Unterstützung der Linken hätte der Freisinn diesen Kampf gegen die Totalrevision verloren.

Doch die Verunglimpfungen gingen fröhlich weiter. Ausgerechnet der Chefredaktor der NZZ, Willi Bretscher, wagte es, die SP mit den Nazis gleichzusetzen. «Man sieht», schrieb er 1935, «dass die roten Führer von ihren Gegnern, den Nationalsozialisten, einiges gelernt und kopiert haben; die klassenkämpferische Phraseologie wird gedämpft [...], und auf breitester Grundlage soll die Sammlung aller irgendwie Unzufriedenen aus allen Volksschichten, ohne Unterschied der Klasse, unter dem Panier eines «national» getarnten Sozialismus erscheinen.»¹³

Im Bundesrat

Obwohl die SP 1935 sogar zur stärksten Partei im Nationalrat aufrückte, wurden alle Versuche, einen Sitz im Bundesrat zu erobern, abgeschmettert. Erst Ende 1943 kam Ernst Nobs, Redaktor des Zürcher Volksrechts, in den Bundesrat. Es waren handfeste Gründe, die diese Wahl möglich machten. Angesichts der absehbaren Niederlage Nazideutschlands musste das Kriegsende vorbereitet werden. Da erinnerte man sich an das chaotische Ende des Ersten Weltkriegs. Deshalb sollten nun Massnahmen getroffen werden, um eine ähnliche soziale Katastrophe wie 1918 zu verhindern, und dazu brauchte es die Einbindung der SP in die Landesregierung.

Doch die geistige Einstellung der Bürgerlichen zur SP änderte sich nur wenig. So meinte der Genfer Staatsrat Albert Picot nach der Wahl von Nobs in den Bundesrat: «Die sozialistische Schweiz ist nicht die wahre Schweiz der Zukunft ... Wir wollen eine Schweiz, wo die private Initiative ihre Rechte behält, in der die Kantone ihre Vitalität bewahren, wo der soziale Gedanke vom Handwerk und den Berufskorporationen, aber nicht von politischen Parteien getragen wird.»¹⁴

Obwohl die SP nun eidgenössische Regierungspartei war, blieb sie ein privilegiertes Feindbild der Politik der Nachkriegszeit. Der angesichts des Kalten Krieges zur nationalen und patriotischen Aufgabe erklärte Antikommunismus konnte gewissermassen auch gegen die SP instrumentalisiert werden. Die brutale Machtpolitik Moskaus, insbesondere die militärische Intervention 1956 in Ungarn, lieferte genügend Stoff, um selbst den helvetisch biedereren Sozialismus an den Pranger zu stellen. Von der antikommunistischen Polemik, die kaum dem amerikanischen McCarthyismus nachstand, soll hier gar nicht gesprochen werden – sie zählte gewissermassen zu einem der Grundzüge der allgemeinen politischen Kultur der Schweiz der Nachkriegszeit. In einem Rückblick sprach die NZZ von einem «psychologischen Cordon sanitaire» mit dem die «Feinde der Freiheit» neutralisiert werden müssten.¹⁵

Sozialismus im Konsumparadies

1943 in den Bundesrat eingetreten, erhielt die SP 1959 dank der Zauberformel zwei Sitze im Bundesrat. Die Partei hatte im gleichen Jahr ihr Programm geändert, d.h. noch die letzten Spuren des marxistischen Gedankenguts getilgt. Der Grund, dass der Partei zwei Sitze in den Schoss fielen, lag nicht etwa in einem grösseren Verständnis der Bürgerlichen für sozialistische Anliegen. Die Zauberformel war schlicht ein taktisches Manöver der Katholisch-Konservativen, um die freisinnige Mehrheit im Bundesrat zu brechen.

Die SP richtete sich in den 1960er-Jahren im kapitalistischen Konsumparadies ein. Die Kommunisten, die sich euphemistisch «Partei der Arbeit» bezeichneten, waren zu einer praktisch belanglosen Splitterpartei verkommen. Man hatte Mitte der 1960er-Jahre den Eindruck, die Linke vermöge das Bürgertum kaum mehr zu beunruhigen. Doch ab 1968 kam wieder Unruhe ins Land. Ein «kulturrevolutionärer Dammbbruch», ein «politischer Sündenfall» oder möglicherweise auch nur «ein blosses Spektakel ohne Sinn und Bedeutung» haben

1968, so ein bürgerlicher Kommentator im Rückblick¹⁶, unser Land überfallen. Für Erich Gruner, Professor für politische Wissenschaft an der Universität Bern, handelte es sich um «Neomarxisten», die «den geschichtlichen Marx aktualisierten und in die Zukunft projizierten»¹⁷.

In bürgerlichen Augen handelte es sich 1968, ähnlich wie im 19. Jahrhundert, um einen Einbruch sozialistisch-marxistischer Ideen – ausgerechnet in dem Jahre, da man sich daran machte, das 50-Jahr-Jubiläum des Landesstreiks von 1918 würdig, d.h. entschärft von jedem gesellschaftskritischem Bewusstsein, zu feiern. Da gewannen angesichts der jugendlichen Unruhe Begriffe wie «Kapitalismus» und «Sozialismus» wieder einen kritischen Stellenwert. Aus dem ungeordneten Aufbruch erwachsen schliesslich einerseits parteimässige Formationen (POCH, Ligue marxiste révolutionnaire), während andererseits einzelne dieser «intellektuellen Revolutionäre» in die öffentlichen und privaten Institutionen einsickerten.

Verständlich, dass die in der Euphorie der Konsumgesellschaft ein wenig eingeschlafene bürgerliche Kontrolle wieder aktiviert werden musste. Hugo Bütler von der NZZ umschrieb dies – mit einem Satz, dessen Stil geradezu dem neolinken Sprachgebrauch zu entstammen scheint – wie folgt: «Die Schlagworte, die das «Establishment» und die Träger bürgerlicher Vorstellungen in Bedrängnis versetzen sollten, waren zu demontieren, und die Begriffe eines liberalen gesellschaftlichen und politisch-institutionellen Selbstverständnisses, von «Autorität» und «Emanzipation», von «Kapitalismus» und «Herrschaft», von «Verfassung» und «Freiheit» bis hin zu «Hierarchie», «Demokratie» und «Rechtsstaat», waren neu und in angemessenes Licht zu rücken gegen jene, die alles Kapitalistische pauschal unter den Hut des Faschismus packen und damit in den Augen einer allenthalben in Europa nach links neigenden öffentlichen Meinung die politische Enteignung und Illegitimisierung alles Bürgerlichen und alles Liberalen versuchen wollten.»¹⁸

AHV und Zauberformel

Der SP war allerdings die neue Linke auch nicht ganz geheuer. Die Partei war ja inzwischen im Konkordanzsystem «vereidgenossenschaftet» worden. Mit der Einführung der AHV 1947 durch den freisinnigen Bundesrat Walther Stampfli – übrigens ein Postulat des Forderungskataloges des Landesstreiks von 1918 – schien der SP-Forderung nach einem Wohlfahrtsstaat Genüge getan. Es handelte sich jedoch um eine minimale, regelmässig wieder auszuhandelnde Sozialpolitik, für deren Wohlergehen und Entwicklung die SP nun permanent kämpfen musste.

1947 sind aber auch die so genannten Wirtschaftsartikel angenommen worden. Sie verankerten verfassungsrechtlich das Vernehmlassungsverfahren, das insbesondere den grossen bürgerlichen Wirtschaftsverbänden vermehrt Einfluss auf die Politik verschaffte. Damit kam es zu einer Art politischer Arbeitsteilung: Die SP sollte sich um die AHV kümmern, während die Bürgerlichen das Primat in Wirtschaftsfragen beanspruchten.

Die SP übernahm diese mehr oder weniger klar definierte Rollenverteilung ohne Murren. Das AHV-Tempo von Bundesrat Tschudi, der beständige Wirtschaftsaufschwung und die in der Konkordanz gesicherten Regierungssessel schienen einen kämpferischen Sozialismus überflüssig zu machen. Zugleich prophezeiten die Wirtschaftswissenschaftler, dass es in Zukunft keine Krisen mehr geben werde. Man habe alles im Griff.

Krise und Ernüchterung

Doch die Ernüchterung kam, früher als erwartet, mit der Wirtschaftskrise der 1970er-Jahre. Dass man nun möglicherweise doch wieder auf eine marxistisch begründete Gesellschafts- und Wirtschaftsanalyse zurückgreifen musste, zeigte eine von jungen Autoren unter dem Titel «Krise. Zufall oder Folge des Kapitalismus» veröffentlichte Studie.¹⁹ Die Schrift dieser der SP nahestehenden Autoren (Felix Müller, Hans Schächli und Jakob Tanner), sowie eine neu aufflammende Kapitalismusdebatte, führte erneut zu scharfer Kritik an der SP: «Woran ist der Bürger heute [...] mit der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS)? Hat er es mit einer Partei zu tun, die weiterhin eine schweizerische Regierungspartei sein und ihren Teil an staatspolitischer Mitverantwortung loyal mittragen will? Oder sieht er sich einer Partei gegenüber, die sich Schritt für Schritt aus der Verantwortung stiehlt, die ihr als Bundesratspartei eigentlich zufiele und die Kooperation und Konkordanz immer kleiner, Opposition und Konfrontation immer grösser schreibt?»²⁰ Zugleich wurden die jungen Linken als «intellektuelle Dogmatiker, meist verlorene Söhne und Töchter des Bürgertums», apostrophiert.

1981, als die SP einen Entwurf für ein neues Parteiprogramm diskutierte, glaubte die NZZ eine Wiederkehr des alten sozialistischen Radikalismus zu sehen. «Diese Rückkehr», hiess es, «in die Nähe des <alles oder nichts> schlägt – durch die Ungeduld der <Jugendbewegung> angereichert – den Bogen zu dem Revolutionarismus vor dem Ersten Weltkrieg.»²²

Im bürgerlichen Lager bereitete noch anderer Aspekt der SP-Politik Sorgen. Angesichts der in den 1980er-Jahren aktiven linken und progressiven Bewegungen, mit denen die SP gelegentlich bei Wahlen Listenverbindungen einging, malte die bürgerliche Kritik nun gleich wieder den Teufel einer marxistischen Volksfront an die Wand. «Die Frage», schrieb die NZZ, «ob das mit andern Linksparteien gemeinsame marxistische Erbe, ob der Mythos der linken Einheit oder ob das mit den bürgerlichen Parteien gemeinsame Bekenntnis zur demokratischen Tradition unseres Landes Priorität für die politische Haltung und Gesinnung haben soll, ist eine Grundsatzfrage, die auch beim Eingehen von Listenverbindungen und Wahlbündnissen nicht umgangen werden kann.»²³

Doch gegen Ende der 1980er-Jahre schien, jedenfalls in bürgerlichen Augen, die Zeit der SP abgelaufen. Schuld daran sei die 68er-Linke, die «vom Hoffnungsträger zum <Totengräber>, jedenfalls zum Klumpfuss der Partei degeneriert sei». Sie habe die SP «tief gespalten», schwanke «zwischen staats-, selbstverwaltungs- und ökosozialistischen Konzepten hin und her, ohne am

Niedergang etwas ändern zu können». [...] «Linke Gesellschafts- und Staatsmodelle», folgerte die bürgerliche Zeitung, «in welcher Form und Tradition auch immer haben [...] jegliche Überzeugungs- und Strahlungskraft eingebüsst.»²⁴

Zumindest in einer Sache konnte die bürgerliche Mehrheit frohlocken: Es gelang ihr, die SP an die drei Säulen, d.h. an das Bundesgesetz über berufliche Vorsorge von 1985, zu fesseln. Anstatt die AHV zu einer Volksversicherung auszubauen, wurden auf Kapitaläufnung basierende Pensionskassen für obligatorisch erklärt. Das Wohl der Altersvorsorge, auch der kleinen Einkommen, hing nun von den Aktienkursen, den spekulativen Geschäften der Banken und den Immobilienrenditen ab. Die SP und die Gewerkschaften kamen so in die Fänge der Börse und der Finanzmärkte.

Renaissance des Ultraliberalismus

Es war wohl kein Zufall, dass der Freisinn in denselben Jahren unter dem Schlagwort «Weniger Staat, mehr Freiheit» den Startschuss für eine Neuaufnahme der antisozialistischen Politik gab. Man griff auch wieder auf Friedrich August von Hayek, einen der Begründer der ultraliberalen Ökonomie, zurück. Sozialpolitik bedeute für Hayek den Anfang von Totalitarismus und Staatsterror. Die NZZ aber sprach von der «Renaissance <alter> liberaler Werte». Hayek, so fährt das Blatt fort, widerfahre «in seinen <alten Tagen> eine Aufwertung seiner Ordnungsvorstellungen, von der im schwülen Treibhausklima der sechziger Jahre, als der Glaube an das wirtschaftlich Machbare Triumph feierte, als der Staat in der Maske des grossen Verführers umging und andere falsche Propheten ihr Unwesen trieben, wohl niemand zu träumen wagte».²⁵ Einen vorläufigen Höhepunkt in dieser neoliberalen und antisozialistischen Euphorie bilden die Sätze, die 2003 der Wirtschaftsguru der NZZ, Gerhard Schwarz, von sich gab. Auch wenn die SVP den EU-Beitritt gebodigt habe, bestehe die Chance, so Schwarz, «dass es mit einem in die Verantwortung eingebundenen Christoph Blocher in der Schweiz zu mehr Freiheit, mehr Markt und weniger Staat kommt. Mehr Wachstum und Wohlstand wären die Folge».²⁶ Die bürgerliche Rechte sah tatsächlich damals im Gespann Blocher-Merz – den 2003 in den Bundesrat gewählten neuen Vertretern der SVP und der FDP – den Sturmbock für die letzte Attacke gegen die SP.

Abschied von Links?

Die Rechtswende hatte den Schriftsteller Peter Bichsel dazu geführt, über den «Abschied von Links» nachzudenken. «Wenn das ein Ende ist», schrieb Bichsel, «dann ist es nur ein Ende von dem, was wir kannten. Es ist so: man trägt wieder rechts, man darf es wieder sein und man kann es wieder. Die Zeiten sind vorbei, in denen jeder Liberale sich selbst als Linksliberalen darstellte. Die Klage der Linken darüber ist trotzdem unberechtigt: auch in den Zeiten, in denen «Rechts» nicht sehr modisch war, war trotz allem die Macht auf der rechten Seite.»²⁷

Doch für Resignation, meine ich, besteht kein Grund. Die SP und die Gewerkschaften mussten zwar oft masslose Verketzerungen erdulden, aber die Geschichte gab ihren Forderungen, wie ein rascher Überblick zeigt, nicht selten Recht. Kurz nach ihrer Gründung hatte die SP den Acht-Stunden-Arbeitstag aufgegriffen, und im Programm des Landestreiks von 1918 werden die AHV und das Frauenstimmrecht aufgeführt. Alle diese Forderungen wurden, trotz grossem Widerstand, erfüllt. In den 1930er-Jahre, um noch ein weiteres Beispiel anzufügen, hatte Robert Grimm ein an Keynes erinnerndes Wirtschaftsprogramm²⁸ vorgelegt, das nolens volens – verschämt und unter anderer Bezeichnung – von den Bürgerlichen umgesetzt wurde und viel dazu beitrug, die Schweiz aus der grossen Wirtschaftskrise der 1930er-Jahre herauszuführen.²⁹

Trotz aller bürgerlicher Kritik gab die SP ihre Überzeugung, der Kapitalismus führe unweigerlich zu Krisen, nicht auf. 1984 hatte die Partei eine Initiative für eine bessere Kontrolle der Banken lanciert. Sie wurde zwar, wie üblich unter massivem Beschuss durch das bürgerliche Lager, gebodigt – doch spätestens zu Beginn des 21. Jahrhunderts wäre man über eine bessere Kontrolle der Banken froh gewesen.

Und heute? Die weltweite Finanzkrise produziert nicht nur ökonomische Probleme. Die entfesselte und verantwortungslose Macht der Finanzmärkte könnte auch die Demokratien endgültig zu Fall bringen. Die SP ist einmal mehr gefordert – und sie verfügt, im Gegensatz zum bürgerlichen Lager, über alternative, die demokratischen Regeln respektierende Vorstellungen: Soziale Gerechtigkeit, Solidarität und ein festes Staatsbewusstsein, das die Macht der Wirtschaft in Schranken halten kann – Werte und Vorstellungen, die im bürgerlichen Lager nur ein Schattendasein fristen.

- 1 NZZ, 29. Okt. 1888
- 2 Jost, Hans Ulrich / Vuilleumier, Marc et al. (éd.) (1992): Cents ans de police politique en Suisse (1889–1989), Lausanne. Autorenkollektiv (1990): Schnüffelstaat Schweiz, Hundert Jahre sind genug, Zürich.
- 3 NZZ, 29. Okt. 1888
- 4 Zit. in: Moser, Daniel Vinzenz (1977): Geschichte der Freisinnig-demokratischen Partei des Kantons Bern 1890–1922, Diss. phil.-hist., Bern: S. 175.
- 5 Droz, Numa (1895): Etudes et portrait politiques, Genève/Paris: S. 44.
- 6 Sulzer-Ziegler, Eduard (1912): «Streik und Staat». In: Wissen und Leben X, S. 8–9.
- 7 Gruner, Erich (1987/88): Arbeiterschaft und Wirtschaft. Bd. 3, Zürich 1987/88: S. 512–513.
- 8 Gautschi, Willi (1988): Der Landesstreik 1918. Mit einem Nachwort von H.-U. Jost, Zürich.
- 9 «Rede von Dr. Jean Musy im schweiz. Nationalrate am 10. Dezember 1918», Der Landesstreik vor dem Nationalrat, Luzern 1919: S. 30–31.
- 10 Schweiz. Arbeitgeber Zeitung, 21. Jun. 1919.
- 11 Schweizerische Monatshefte 1, 1921/22: S. 421.
- 12 Der Bund, 12. und 24. Apr. 1933.
- 13 NZZ, 28. Jan. 1935.
- 14 Journal de Genève, 14. Dez. 1943.
- 15 Bütler, Hugo (1980): «Die NZZ in den letzten 25 Jahren – politisch betrachtet», NZZ, 12. Jan. 1980.
- 16 NZZ, 2./3. Jul. 1988.
- 17 Gruner, Erich (1981): «Die vier Generationen 1945, 1959, 1968 und 1980», NZZ, 19./20. Sept. 1981.
- 18 Bütler, Hugo (1980): «Die NZZ in den letzten 25 Jahren – politisch betrachtet», NZZ, 12. Jan. 1980.
- 19 Autorenkollektiv (1976): Krise: Zufall oder Folge des Kapitalismus? Die Schweiz und die aktuelle Wirtschaftskrise. Eine Einführung aus marxistischer Sicht, Zürich.
- 20 NZZ, 15./16. Sept. 1979.
- 21 NZZ, 19./20. Feb. 1977.
- 22 NZZ, 21./22. Feb. 1981.
- 23 «Wird die Volksfront allmählich salonfähig?», NZZ, 11./12. Feb. 1978.
- 24 NZZ, 2./3. Jul. 1988.
- 25 NZZ, 29./30. Dez. 1984.
- 26 NZZ, 25./26. Okt. 2003.
- 27 Bichsel, Peter (1985): «Der Abschied von Links»: In: Schulmeistereien, Frankfurt/M.: S. 196.
- 28 Grimm, Robert / Rothpletz, Ferdinand (1934): Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung, Bern.
- 29 Studer, Brigitte (2012): «Der Experte». In: Bernard Degen, Hans Schächli, Adrian Zimmermann (Hg.): Robert Grimm. Marxist, Kämpfer, Politiker, Zürich: S. 107–119.

Schweizer Politik, weiss auf schwarz

Regula Stämpfli

Résumé zur Analyse von Regula Stämpfli

Zur Analyse: Das Wichtigste in Kürze

Während von unterschiedlicher Seite eine Fülle mehr oder weniger wissenschaftlicher Erkenntnisse rund um Gender,¹ Frauenvertretung in der Politik,² Männerforschung etc. produziert wird, verschwinden in den Medien die entscheidenden Inhalte. Zum Beispiel liefert die Frisur einer Politikerin Schlagzeilen, aber ihre politischen Positionen kommen nicht zur Sprache. Gehaltvolle, kritische Diskussionen zum Thema Gleichstellung sind deshalb selten.³ Studien zu Frauen in der Politik beginnen häufig so, als ob die Philosophin und Frauenrechtspionierin Mary Wollstonecraft nicht schon 1792 festgestellt hätte, dass Denken kein Geschlecht hat.⁴ Die Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln ist umso störender, als seit einigen Jahren mit Hilfe der Biowissenschaften und der Mediendemokratie versucht wird, jede an sich geschlechtsübergreifende menschliche Eigenschaft, wie dies eben das Denken ist, auf eine Geschlechtszugehörigkeit zu fixieren.

Klischees sind keine Wissenschaft

Mehrere in den Medien häufig zitierte wissenschaftliche Studien machen deutlich, wie in Politik und Öffentlichkeit Körbchengrösse- und Castingshow-Mechanismen Einzug gehalten haben und die Diskussion beherrschen. Besonders beliebt sind Arbeiten zum Zusammenhang von Attraktivität und Wahlerfolg oder zum Einfluss von «erotischem Kapital» auf die Medienpartizipation von Frauen. Die vorliegende Analyse unterzieht diese in den Medien transportierten Befunde einer kritischen Beurteilung. Denn: Nicht die Körbchengrösse, sondern die Frauenförderpolitik in den Parteien entscheidet über den Erfolg oder Misserfolg von Frauen in der Politik.

Drei Hürden: Mobilisierung, Nomination, Wahlproblem

Die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern in der Politik wird in der Analyse erfasst mit der Darstellung des Hürdenlaufs von Mobilisierung (Wahl- und Abstimmungspartizipation, Medienwahrnehmung), Nomination (Parteien- und Ämternetzwerke) und eigentlicher Wahl (Chancenungleichheit, Stereotypen). Frauen verlieren im Vergleich zu Männern bei jeder dieser drei Hürden, und zwar unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, ihrem Alter, Aussehen oder Beruf.

Mobilisierung Hier wirken Geschlechterklischees, fragwürdige wissenschaftliche Erhebungsmethoden sowie die Darstellung ungesicherter geschlechtsspezifischer Partizipationsmuster als Tatsachen zu Ungunsten von Frauen. Die Stereotypen, dass Frauen weniger als Männer an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen, paaren sich mit der Erwartungshaltung, dass dem wirklich so sei

(und wirken möglicherweise als «self-fulfilling prophecy»). Bezieht man bei der Interpretation der diversen Studien die teils beträchtlichen Vertrauensintervalle ein, lässt sich der Befund nicht stützen, dass Frauen tatsächlich signifikant weniger als Männer an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen. Hier wäre es wichtig, auch in der Wissenschaft nicht an dem ungesicherten Geschlechterverhalten bei Wahlen festzuhalten, sondern sich eher auf die Analyse politischer Vorbilder und Leitbilder zu fokussieren: zu untersuchen, wie sich diese in der Mediendemokratie verändert haben, sie zu hinterfragen und eventuell sogar zu verändern. Denn auch solche Leitbilder beeinflussen das (geschlechtsspezifische) Wahlverhalten. Aufgabe der Wissenschaft ist es deshalb, nicht nur quantitative Wahlbefragungsstatistiken zu erstellen, sondern eine kritische qualitative Einordnung des gegenwärtigen kulturellen und medialen Wandels zu leisten. Damit Frauen in der Politik mehr Erfolg haben, müssen nicht biologische Voraussetzungen diskutiert werden, sondern gesellschaftliche Mechanismen aufgebrochen werden, die viel zu wenig besprochen werden.

Nomination Hier ist der Zusammenhang zwischen Diskriminierung und Ungleichbehandlung von Frauen und Männern offensichtlich. Praktizieren die Parteien, wie dies die linken und grünen Parteien konsequent tun, Gleichstellung innerhalb der gesamten Parteihierarchie, haben Frauen die gleichen Chancen wie Männer, nominiert zu werden. Wo diese Praxis fehlt, bleiben die Frauen in den hinteren Rängen. Wer behauptet, Frauenförderung sowie die Gleichstellung der Frauen in der Politik sei nur eine Frage der Zeit oder schon selbstverständlich, wird durch die Realität korrigiert. Die grösste Hürde sind immer noch die parteiinternen Strukturen, Haltungen und Handlungen.⁵ Parteiinterne Frauenförderungsmassnahmen bedeuten immer einen Schritt in Richtung Gleichstellung und Veränderung.

Wahlproblem Bei den Nationalratswahlen 2007 lag der Anteil der gewählten Frauen (29,5%) unter dem Anteil der kandidierenden Frauen (35%). Die Wahlchancen der Frauen sind je nach Parteizugehörigkeit unterschiedlich hoch. Vor allem Männer der Mitteparteien sowie der rechtspopulistischen Parteien haben ungleich höhere Chancen gewählt zu werden als die Frauen in diesen Parteien. Wählerinnen und Wähler der bürgerlichen und rechtspopulistischen Parteien wählen unterdurchschnittlich Frauen, während Wählerinnen und Wähler der linken und grünen Parteien Frauen zu einem fast gleichen Anteil in politische Ämter wählen.

Zu den schlechteren Wahlchancen der Frauen tragen auch strukturelle Faktoren bei. Erstens behindert die starke geschlechtsspezifische Erwerbsstruktur der Schweiz die Frauen beim Erringen von Machtpositionen nicht nur in der Politik, sondern überall.⁶ Zweitens unterstützt die klare geschlechtsspezifische Verteilung der Haus- und Familienarbeit Bilder, welche die Frauen eher dem Haus, statt dem Bundeshaus zuordnen. Und drittens spielen die schweizerischen Medien in der Wahrnehmung von Frauen in Machtpositionen eine rückständige, klischierte und diskriminierende Rolle.⁷

Ein demokratiethoretisch brisanter Wandel

Die Analyse «Schweizer Politik, weiss auf schwarz» zeigt darüber hinaus, wie sich der demokratiethoretische Diskurs von der Deliberation (Prozess der Konsensfindung) und den Argumenten in der Politik hin zum Körper der Politikerinnen und Politiker bewegt hat. Statt ein Parteiprogramm ausführlich zu diskutieren, wird die körperliche Verfassung eines Parteipräsidenten ins Licht gerückt. Statt Argumente auszutauschen, werden Schlagworte präsentiert. Statt Wahrhaftigkeit dominiert die Bildhaftigkeit («Imagepflege»). Umfassendere Themen gehen zugunsten von Einzelthemen vergessen. Dieser ikonographische, demokratiethoretisch höchst brisante Wandel korreliert negativ mit der Frauenvertretung in der Politik. Je mehr geschlechtsspezifische Zuschreibungen im Vordergrund stehen, desto weniger werden Frauen in Machtpositionen zu finden sein. Die weiterführenden Analysen stellen also nicht nur numerische und strukturelle, sondern vor allem auch medien- und demokratiethoretisch relevante Hürden fest. Gerade diese würden es verdienen, genauer diskutiert zu werden.

Zur Vorgeschichte:Umfrage der Frauendachverbände bei den Parteisekretariaten

Im Herbst 2010 stellten die Schweizer Frauendachverbände den rund 150 nationalen und kantonalen Parteisekretariaten zwei Fragen zur Partizipation der Frauen in der Politik und in öffentlichen Ämtern. Die Fragen lauteten:

A: «Was gedenkt Ihre Partei konkret bezüglich der Zusammensetzung der Wahllisten und Wahlveranstaltungen zu unternehmen, um eine ausgewogene Repräsentation der Frauen im Parlament zu erreichen?»

B: «2009 präsentierte die Schweiz dem UNO-Frauenrechtsausschuss den Dritten Staatenbericht zur Umsetzung des UNO-Frauenrechtsübereinkommens CEDAW. Die Schweiz hat dieses Abkommen ratifiziert und ist damit zur Umsetzung verpflichtet. In seinen Schlussempfehlungen vom 14. August 2009 stellt der Ausschuss in Ziff. 33f u.a. fest, dass Frauen in politischen Parteien und öffentlichen Ämtern (so auch im Parlament) unterrepräsentiert sind. Was gedenkt Ihre Partei zu unternehmen, um das UNO-Frauenrechtsübereinkommen CEDAW umzusetzen?»

Der Rücklauf war mit 29 Antworten der kantonalen Parteisekretariate eher dürftig.

Zur Studie:

Im April 2011 gaben die Frauendachverbände der Politikwissenschaftlerin Dr. Regula Stämpfli den Auftrag, aus der Umfrage mit den Parteisekretariaten eine aktuelle Studie zur Situation der Frauen in der Politik zu verfassen. Die Einsicht, dass auch die Form über die Wahrnehmung des Inhalts entscheidet, führte zur Analyse «Schweizer Politik, weiss auf schwarz».

- 1 Vgl. Hausmann, Ricardo / Tyson, Laura D. / Zahidi, Saadia (eds) (2010): The Global Gender Gap Report 2010, Genf.
- 2 Sauer, Birgit (2011): Die Allgegenwart der «Androkratie». Feministische Anmerkungen zur «Postdemokratie». In: Politik und Zeitgeschichte, 1–2/2011, 3. Jan. 2011. www.das-parlament.de/2011/0102/Beilage/006.html
- 3 Das seit 1995 laufende Global Media Monitoring Project (GMMP) 2010 wird im Vergleich zu populistischen «Studien» à la «Küssen Männer anders» kaum zitiert, siehe dazu auch http://www.equality.ch/pdf_d/GMMP2010_CH_Bericht_d.pdf.
- 4 In ihrer Schrift «A Vindication of the Rights of Woman» (Die Verteidigung der Frauenrechte).
- 5 Statistiken, Zahlen und Quelle: Bundesamt für Statistik (2008): Auf dem Weg zur Gleichstellung von Frau und Mann. Stand und Entwicklung, Neuchâtel.
- 6 Vgl. die Übersicht des Bundesamtes für Statistik (2008): Auf dem Weg zur Gleichstellung von Frau und Mann. Stand und Entwicklung, Neuchâtel.
- 7 Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten (2011): Wer macht die Nachrichten in der Schweiz?, Bern, siehe http://www.equality.ch/pdf_d/GMMP2010_CH_Bericht_d.pdf

«Wie in alten «Schweizer Illustrierten» blättern»

Die bekannte Politologin und Philosophin Dr. Regula Stämpfli zu ihrer Studie im Wahljahr 2011 und den seitherigen Entwicklungen.

Die «Arena» brachte erst kürzlich Highlights aus zwanzig Jahren Polittalk. Sind die Frauen in den Medien heute präsenter?

Nein, im Gegenteil, und sie sind vor allem rein äusserlich kaum mehr von den Männern zu unterscheiden (lacht). Zudem fühlen sich die Themen der Arena oft so an, als würde man in alten «Schweizer Illustrierten» blättern (lacht). Enorm antiquitiert! Nur deshalb kam Sonja Hasler wohl auch auf die wahnsinnige Idee, anlässlich von vierzig Jahre Frauenstimmrecht darüber zu diskutieren, ob nun die Männer die armen «Sieche» sind. Stellen Sie sich das vor! Die «Arena» feiert vierzig Jahre Grundrechte für Frauen, und die Moderatorin macht sich bei der Einführung des Menschenstatus für die Frauen Sorgen um die Männer. Eben. Die «Arena» widerspiegelt in ihrer Unreflektiertheit oft eine Deutungsmacht, die glücklicherweise mit Ihrem und meinem Leben nichts zu tun hat. Trotzdem prägt sie natürlich so den politischen Diskurs, was mich wiederum enorm ärgert, weil er damit völlig an den wirklich wichtigen Themen vorbeizieht. Deshalb haben sich die Zuschauerinnen ja auch von diesem Talk verabschiedet.

Immerhin werden aber nun «Arena» und «Club» von Frauen moderiert – ist das als Fortschritt zu werten?

Frauen fragen – Männer antworten. Man merkt schnell: Frauen werden nur eingeladen, wenn man nicht anders kann, als sie einzuladen (beispielsweise weil sie Regierungsrätin oder Parteipräsidentin sind), d.h. also ex officio. Als Opfer sind Frauen übrigens auch wahnsinnig gerne gefragt. Als Expertinnen aber sind Frauen in der Schweiz schlicht nicht präsent – oder werden aus dem Ausland eingeflogen (lacht). Hierzulande denken auch Journalistinnen oft bei «Politik» automatisch «Mann». Zudem: Die «Arena» zieht die Beschwerde des Presserats wegen Nicht-Berücksichtigung der Frauen vors Bundesgericht. Statt der Beschwerdeführerin entgegenzukommen, Frauen reden zu lassen – wie im normalen Leben –, und ihnen zuzuhören, werden Steuergelder für Anti-Gleichstellungsprozesse verschleudert. Spannend daran ist, dass sich in der Presse selbstverständlich über solche Zusammenhänge niemand ärgert.

In Ihren Untersuchungen zeigen Sie den Zusammenhang zwischen Medien, Klischees, Wissenschaft und politischer Machtverteilung auf. Weshalb finden dazu auch unter den Linken keine heftigeren und öffentlichen Diskussionen statt?

Weil der Feminismus auch in der Linken eigentlich «verbrannt» ist. Das neoliberale Gequatsche, dass jede Frau alles kann und noch besser als der Mann, hat den Blick auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge, die Deutungshoheiten getrübt.

Sie sehen, dass sogar die Sozialdemokratin Simonetta Sommaruga oder Regine Aeppli als Regierungsrätin in Zürich sich punkto Politik weder von Männern noch von rechtspopulistischen Personen unterscheiden. Was mich daran stört, ist, dass hier nicht mehr anständig gestritten wird und gegen die völlige Verblödung gewisser Kategorien öffentlich diskutiert wird. Nehmen Sie nur Smartvote: Da wird Politik vermessen, als handle es sich um ein Produkt. Denken Sie an die Umfragen, auf welche auch Linke wie die Kaninchen vor der Schlange starren! Wer die Demokratie vermisst, schafft sie ab – das mussten wir in den letzten Jahren schmerzlich feststellen.

Würde denn eine Frauenquote weiterhelfen?

Vor zwanzig Jahren, ja klar, das hätte die Schweiz revolutioniert! Doch heute bin ich skeptisch. Denn Frauenquoten werden wie ein Modeartikel als «hip» verkündet, ohne dass sich mit der Frauenquote sofort auch die Arbeitsteilung ändert. Bei der Einführung der Frauenquote an einer Uni beispielsweise müsste gleichzeitig auch das ganze Beförderungssystem radikal reformiert werden. Da herrschen ja Zustände wie im Ancien Régime. Das heisst jedoch nicht, dass auf Frauenquoten verzichtet werden soll, mit dem Hinweis, sie kämen dann, wenn alles verändert sei (lacht). Quoten sind für Parteien das einzige Mittel, damit Frauen wirklich etwas zu sagen haben. Dies gilt auch für alle Expertinnenkommissionen und öffentlichen Gremien. Aber wie ich nun die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre kenne, weiss ich, dass die Quote wohl erst dann kommt, wenn sie an den gesellschaftlichen Machtverhältnissen nichts mehr ändert.

Ihre Studie zieht ein ernüchterndes Fazit nicht nur punkto Frauen, sondern auch punkto Mediendemokratie und Wissenschaft.

Bleibt alles so düster?

Ganz im Gegenteil! Schauen Sie doch die Wahlen 2011 an – da hat zwar die Linke im Kanton Zug nicht punkten können, doch gesamtschweizerisch hat die SVP einen Einbruch wie seit Jahren nie mehr erfahren. Dies trotz allen Umfragen und Smartevote-Analysen, die das Gegenteil behauptet haben! Ähnlich sieht es auch punkto Linke, Frauen, Politik und Medien aus. Es gibt wunderbare Menschen, die sich wieder wagen, vielfältig zu denken, zu handeln. Dieser auch in der SP eingebürgerte Uniformlook von Businessfrauen und -männern ist wieder aufgelockert. Die Jungen beiderlei Geschlechts debattieren, machen sich unbeliebt und lancieren Initiativen, die noch vor ein paar Jahren undenkbar gewesen wären. Grundsätzlich gilt: Wer nicht immer auf die Mehrheit schießt, macht nicht nur bessere Politik, sondern lebt auch lustvoller und lacht viel. Was ich in den letzten Jahren nie begriffen habe, ist diese Obsession an Wahlgewinn statt am Denken und Träumen von demokratischer Politik und vielfältiger Gesellschaft. Seit die SP eine Beamtinnenpartei geworden ist, ist zwar enorm viel Schlimmes punkto Sozial- und Bildungspolitik verhindert worden, und das ist gut so, doch irgendwie hat sie vergessen, wie es ist, wirklich von Freiheit, Gleichheit und Solidarität auch zu träumen. Ich sage extra «träumen», das hat etwas Spielerisches und weniger etwas Ideologisches.

Wohnen in Zug

Armin Oswald

Zug – 1970er-, Anfang 1980er-Jahre

Zug boomt.

Büros, Büros sind gefragt.

Und lukrativ für den Vermieter.

Und Wohnungen?

Leerwohnungsbestand knapp über null.

Es herrscht Wohnungsnot.

Es wird abgebrochen, umgepflügt, wo es nur geht.

Mit Hilfe der Stadt auch; dem bürgerlich dominierten Stadtrat
und Gemeinderat.

Bebauungspläne en masse werden aufgelegt, beschlossen,
mit minimalem Wohnanteil und hoher Ausnützung:

Bahnhofstrasse/Dreispietz/Metalli/Stadthof und so weiter.

Der private Wohnungsbau stockt.

Genossenschaften und Korporation können und/oder wollen nicht.

Und was macht die SP?

Haben wir Ideen/Konzepte/Vorschläge?

Ja, wir haben eine Idee, einfach und naheliegend:

Die Stadt soll bauen!

400 Wohnungen in 10 Jahren, davon 20 Alters- und
Behindertenwohnungen.

Die Unterschriften für die Initiative sind schnell zusammen.

Stadtrat und Gemeinderat: NEIN, das ist nicht unsere Aufgabe, das wollen
wir nicht, das können wir nicht; wir setzen auf Private und
Genossenschaften. Staatlicher Wohnungsbau ist doch des Teufels.

Ein heftiger Abstimmungskampf.

Die SP dreht einen Fernsehfilm zum Thema: Abbrüche, Briefkastenfirmen,
verzweifelte Mieterinnen mit dem Amtsblatt.

Er wird im Lokalfernsehprogramm gezeigt und wirft Wellen.

Am 14. Juni 1981 die Sensation:

Mit 3886 Ja gegen 3223 Nein wird die Initiative angenommen.

Stadtrat und bürgerliche Parteien sind perplex.

«Nur über meine Leiche», so oder ähnlich soll sich der damalige
Stadtpräsident geäußert haben.

Ein Jahrhunderterfolg für die SP.

Schon nach zwei Monaten aber der erste Versuch zu tricksen:

Der Text ist eindeutig, doch soll jetzt auch genossenschaftlicher
Wohnungsbau auf städtischem Land zählen, meint der Stadtrat.

Die Geschäftsprüfungskommission ist dagegen, aus rechtlichen
Überlegungen.

Und dann kommt Urs B. Wyss mit der Einzelinitiative:

Der Volksentscheid soll aufgehoben werden.

Der Grosse Gemeinderat wittert die Chance, dem Volkswillen eins auszuwischen, und so kommt es zu einer zweiten Abstimmung.

Wieder JA zum städtischen Wohnungsbau.

Eigentlich wäre jetzt Vollgas angesagt.

Doch es wird getrödelt und verzögert.

Und immer wieder der Versuch, Genossenschaftswohnungen dazuzählen zu dürfen.

Irgendwann knickt die SP ein und stimmt zu.

Mit welcher Legitimation?

Nach mehr als 30 Jahren; im Jahr 2012 statt 1990, meldet der Stadtrat:

Auftrag erfüllt!

Hat er das?

Ich meine NEIN: Mit grosser Lustlosigkeit wurde agiert, der Auftrag vom Volk war lästig.

Zu den 400 Wohnungen gehören nun also auch Genossenschaftswohnungen – und es sollen auch WG-Zimmer als Wohnungen gezählt worden sein.

Trotzdem:

Die Initiative war ein Erfolg.

Städtischer Wohnungsbau ist eine Möglichkeit.

Aber die Wohnungsnot als Thema bleibt.

Der Kanton Zug wächst und wächst und wächst

Armin Jans

Von 1980 bis 2010 wuchs die Bevölkerung im Kanton Zug um 48 %, doppelt so stark wie im schweizerischen Mittel. Von den 37546 zusätzlichen Personen entfielen 15025 auf den Geburtenüberschuss, 17779 auf den Zuwanderungsüberschuss aus dem Ausland und 4495 auf den Zuwanderungsüberschuss aus anderen Kantonen. Im Vergleich zur Schweiz sind Personen im Rentenalter im Kanton Zug weniger häufig vertreten, die Bevölkerung ist im Durchschnitt also etwas jünger, dies aufgrund der Zuwanderung.

Bevölkerung im Kanton Zug

	1980	1990	2000	2008	2010	2011	Zuwachs 1980–2011
Baar	15 196	16 147	19 407	21 524	21 709	22 125	45,6%
Zug	21 609	21 705	22 973	25 778	25 726	26 901	24,5%
Kanton Zug	75 930	85 546	100 052	110 384	112 237	113 105	49,0%
Schweiz	6 366 000	6 873 687	7 288 010	7 701 856	7 864 012	7 954 662	25,0%

Quellen: 1980–2000 gemäss Volkszählung, ab 2008 ständige Wohnbevölkerung per Ende Jahr.

2008 arbeiteten 73% der Beschäftigten im Dienstleistungssektor, 25% in Industrie und Baugewerbe und noch 2% in Land- und Forstwirtschaft. Während die Beschäftigung in der Industrie 1995–2008 weitgehend stagnierte, nahm sie in einzelnen Dienstleistungsbranchen sprunghaft zu, so im Grosshandel, im Finanzbereich, in den wirtschaftlichen Dienstleistungen und der Information und Kommunikation, aber auch in den Schulen und im Gesundheitswesen. Frauen dominierten 2008 im Gesundheits- und Sozialwesen, im Detailhandel, Gastgewerbe und im Unterricht, sie sind mehr als die Männer teilzeitlich erwerbstätig. Der Anteil an ausländischen Beschäftigten liegt bei 21,6%, vor allem im Gast- und Baugewerbe ist er überdurchschnittlich.

Beschäftigte nach Branchen im Kanton Zug 1985 und 2008

	Beschäftigte (Vollzeit und Teilzeit)		Beschäftigte 2008 (in Prozent)		
	1985	2008	Vollzeit	Schweizer	Frauen
Primärer Sektor	1769	1850	50,9	94,7	34,6
Sekundärer Sektor	18103	20599	88,1	73,9	20,4
Davon:					
Metallindustrie	711	1152	84,1	72,3	15,4
Elektronik, Optik	6379	7248	89,2	72,7	27,1
Maschinen, Fahrzeugbau	1824	2061	86,9	81,8	18,8
Baugewerbe	4782	5973	91,5	70,1	9,0
Tertiärer Sektor	26567	60553	66,0	79,5	48,7
Davon:					
Grosshandel	5770	11845	82,4	77,3	41,6
Detailhandel	3771	5372	60,1	84,3	64,8
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	1312	2182	71,6	77,1	26,1
Gastgewerbe	2236	2848	63,8	57,5	62,7
Information, Kommunikation	182	4380	80,5	73,9	25,1
Banken, Versicherungen, Immobilien	2134	4636	77,7	80,1	39,5
Wirtschaftliche Dienstleistungen*	2746	13503	61,5	76,6	45,5
Öffentliche Verwaltung	1066	1779	66,7	98,6	41,3
Erziehung, Unterricht	2089	4458	45,0	90,0	62,0
Gesundheit, Sozialwesen	2628	5715	46,2	83,1	77,9
Total	46439	83002	71,2	78,4	41,4

* Werbung, Grafik, Leasing, Reisebüros,
Hausreinigung, Sicherheit etc.

Quelle: Bundesamt für Statistik, Betriebszählung 2008 und 1985.

Beschäftigte = Voll- und Teilzeitbeschäftigte, unabhängig vom Beschäftigungsgrad
Die fünfundzwanzig Arbeitgeberinnen, die 2011 am meisten Personen beschäftigten,
boten rund einen Fünftel aller Arbeitsplätze im Kanton Zug an. Darunter befinden
sich die Verwaltung und Schulen des Kantons und von vier Gemeinden, Post und
Kantonalbank sowie fünf weitere öffentliche Betriebe und Non-Profit-Organisationen.

Die 25 grössten Arbeitgeberinnen im Kanton Zug 2011

Firma	Anzahl Beschäftigte 2011
Siemens Schweiz AG (Building Technologies Division)	2240
Kantonale Verwaltung (inkl. Mittelschulen und Rechtspflege)	2012
Roche-Gruppe / Roche Diagnostics AG	1610
V-Zug	1294
Genossenschaft Migros Luzern	1117
Zuger Kantonsspital	815
Johnson & Johnson, Families of Companies in Zug	750
Stadtverwaltung Zug (inkl. Schulen)	705
Gemeindeverwaltung Baar (inkl. Schulen)	533
Glencore International AG	530
Coop Verkaufsregion Zentralschweiz	462
Die Schweizerische Post	451
Zuger Kantonalbank	447
Gemeindeverwaltung Cham (inkl. Schulen)	418
Zugerland Verkehrsbetriebe	389
Zugerische Werkstätte für Behinderte (zuwebe)	373
Landis+Gyr AG	370
Gemeinnützige Gesellschaft des Kantons Zug (GGZ)	362
Bossard Holding AG	352
Amgen (Europa / Schweiz)	300
Cham Paper Group (Papierfabrik)	294
Gemeindeverwaltung Unterägeri (inkl. Schulen)	281
Crypto AG	280
Partner Group AG	278
Alterszentrum Zug	273
Total	17 216

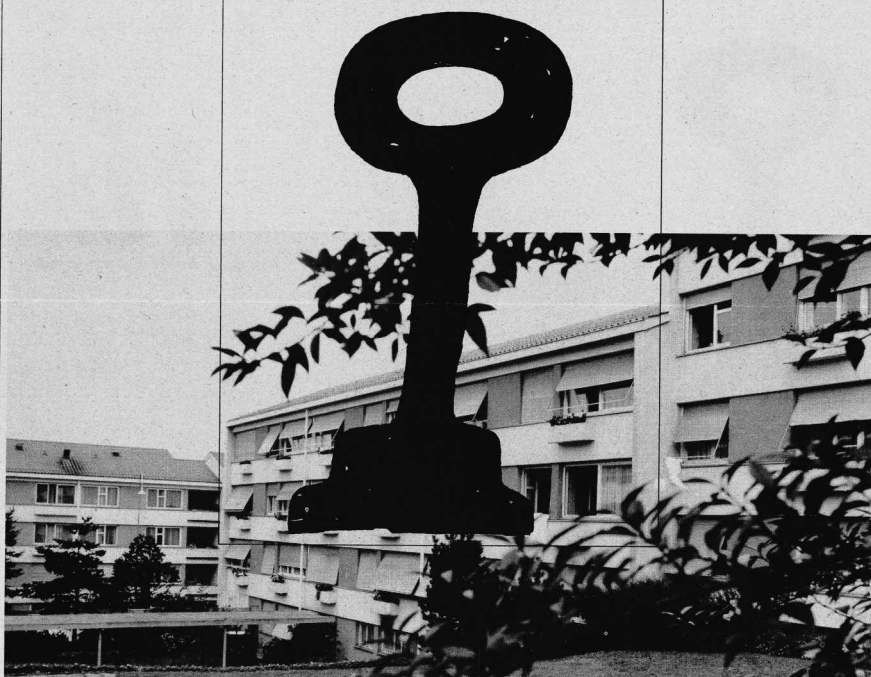
Beschäftigte = Anzahl Personen, die Voll- oder Teilzeit arbeiten

Quelle: Neue Zuger Zeitung vom 8.6.2012, Wirtschaftsbeilage, S. 2

Achtung Hinterhalt:

Geben Sie den Schlüssel nicht aus der Hand.

Volksabstimmung 27. September



Am 27. September

**Einzelinitiative zur
Aufhebung des Beschlusses
für den Bau von 400
städtischen Wohnungen**

Sozialdemokratische
Partei

Nein



Inserate aus dem Zuger Amtsblatt vom 3. Mai 2013 – wer kann das bezahlen?

Ein neu renoviertes, grosszügiges 7½-Zimmer-Eck-Reiheneinfamilienhaus. Richtmiete 7000 Fr./Mt Helles und modernes Wohn-/Esszimmer, 4 Schlafzimmer, grosser Garten, eigene Garage direkt vor dem Haus.

Luxurious 4 bedroom Penthouse Apartment with 2 large terraces – monthly rent 5500 Fr. plus 400 Fr. for utilities. 160 Fr. for underground garage space. Wooden floors (American walnut), 2 well equipped design bathrooms. Total floor space 141m².

4½-Zimmer-Attikawohnung mit grosser Terrasse. Miete 4700 Fr./Mt plus 350 Fr. NK akonto und 160 Fr. für Tiefgaragenplatz. Hoher Ausbaustandard und ruhige, kinderfreundliche Umgebung, keine Haustiere.

An zentraler ruhiger Lage modernes, gepflegtes Einfamilienhaus. Miete 7000 Fr./Mt exkl. NK und Garagenplatz. Sehr sonnig, verkehrsfrei, 8 Zimmer, 3 Nasszellen, 2 Balkone, Dachterrasse und Garten mit Sitzplatz.

Wohnen wie im Einfamilienhaus – 4½-Zimmer-Wohnung (160 m²), Terrasse.

Miete 4950 Fr./Mt ohne Heizung, Einzelgarage 220 Fr. Ganze Wohnung in gehobenem Ausbaustandard, 3 Nasszellen, Eichenparkett und grosszügiges Wohnzimmer.

Nachbemerkung

In der gleichen Ausgabe wurden auch Wohnungen mit bescheidenerem Standard zu tieferen Preisen angeboten. Tiefste Miete (inkl. NK) für eine 3½-Zimmer-Wohnung 1910 Fr., für eine 4½-Zimmer-Wohnung 1800 Fr./Monat.

Zug – Ende siebziger, anfangs achtziger Jahre

Armin Jans

Der erste Ölpreisschock führte zu einer spürbaren Rezession Mitte der siebziger Jahre. Erstmals seit Jahrzehnten gab es so viele Arbeitslose im Kanton Zug, im Dezember 1975 offiziell 424. Dazu kamen bis zu 4000 Kurzarbeitende, viele aus der damaligen Landis+Gyr. Bis Ende der siebziger Jahre war der Schock verdaut, die Arbeitslosigkeit weitgehend verschwunden. Die Bautätigkeit zog an, erneut kam es zu Wohnungsmangel.

Zug boomt ...

Die boomende Wirtschaft brachte neue Arbeitsplätze. Haupttreiber waren (schon damals) die ausländischen Gesellschaften. Holdings und Domizilgesellschaften begnügten sich in der Regel mit einer Anwältin oder einer Treuhänderin als Standbein. Dagegen betrieben gemischte Gesellschaften (wie die Rohstoffhändlerinnen) ihre Geschäftstätigkeit vor allem in Zug und beschäftigten hier immer mehr gut bezahlte Angestellte.

Zuger Filz von damals

Antonio Planzer hatte als Rechtsanwalt über hundert Verwaltungsratsmandate, vor allem für ausländische Firmen, inne. Er behielt diese Mandate (erlaubterweise) auch als Regierungsrat bei, stolperte jedoch über diverse Affären. Unter anderem vertrat er (als Rechtsbürgerlicher) eine kommunistisch beherrschte österreichische Firma. Ende 1982 wurde er als Regierungsrat abgewählt. Die CVP verlor ihre über hundertjährige Mehrheit im Regierungsrat.

... und Wohnungen?

Es wurde seit Ende der sechziger Jahre sehr viel gebaut, vor allem Bürobauten und Wohnungen im oberen Preissegment. Da die Nachfrage nach Büros nicht allein mit Neubauten gedeckt werden konnte, wurden in der Stadt Zug laufend Wohnungen in Büros umgewandelt, weil es lukrativer war. Aus diesem Grunde wurden in der Zuger Innenstadt viele ältere Gebäude mit Wohnungen in Büros umfunktioniert. Andere Häuser wurden abgerissen, die Neubauten wurden grösser, höher und teurer. Die früheren Bewohnerinnen hatten grösste Mühe, in der Stadt eine andere Wohnung zu erschwinglichem Mietzins zu finden. Sie zogen in die umliegenden Gemeinden, ab den 1990er-Jahren vermehrt auch ins Freiamt, nach Gisikon-Root-Meierskappel oder ins Säuliamt.

In der Stadt Zug wird nach wie vor Wohnraum erstellt, aber vornehmlich am Berg, für Gutsituierte. Die Bevölkerungszahl stagnierte bis 2005 bei rund 23000. Ende 2011 gab es im Kanton Zug 52981 Wohnungen. Die durchschnittliche Fläche pro Wohnung liegt im Kanton Zug um fast 10% höher als in der

übrigen Schweiz. Gemäss den Mietpreis-Strukturerhebungen 1996, 2003 und 2010 weist der Kanton Zug von allen Kantonen das höchste Mietzinsniveau auf. 2010 lag es um 35% über dem schweizerischen Durchschnitt und um 17% über dem Niveau im Kanton Zürich. Dies auch deshalb, weil in den letzten zehn Jahren primär für einkommensstarke Personen gebaut wurde, was auch durch den Anstieg der Eigentumsquote von 32,6% im Jahr 2000 auf rund 38% 2013 unterstrichen wird.

Gemäss der Immobilienberatungsfirma Wüest und Partner betrug die Nettomiete (ohne Nebenkosten) für eine Wohnung mit einer Fläche von 100m² und mittlerem Standard in der Stadt Zug Ende 2012 satte 2535 Franken pro Monat. Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, kosten Einfamilienhäuser (EFH) in der Stadt Zug doppelt so viel wie im schweizerischen Durchschnitt, Eigentumswohnungen (EWG) 55% und Mietwohnungen mittlerer Qualität 31% mehr.

Preisniveaus in den grössten Gemeinden

Bevölkerungsreichste Gemeinden	EFH		EWG		Miete	
	mittel	gehoben	mittel	gehoben	mittel	gehoben
Zug	21 709	13 759	6 221	7 538	9 384	15 605
Baar	25 726	15 730	9 330	6 400	20 167	29 497
Cham	112 237	70 691	32 200	38 490	49 749	81 949
Risch	112 237	70 691	32 200	38 490	49 749	81 949
Steinhausen	112 237	70 691	32 200	38 490	49 749	81 949
Schweiz	112 237	70 691	32 200	38 490	49 749	81 949

Quelle: Wüest und Partner

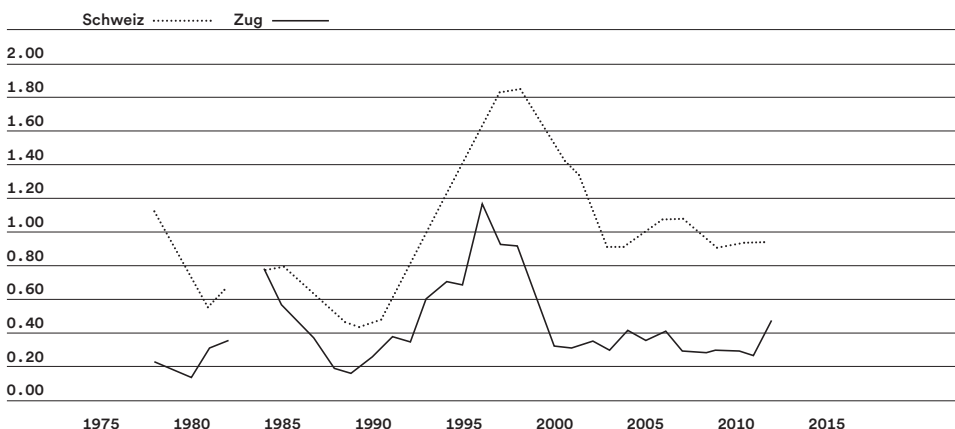
EFH = Einfamilienhaus; EWG = Eigentumswohnung, Angaben für 3. Quartal 2012.

Chronische Wohnungsnot

Die Leerwohnungsziffer ist zwar nicht sehr aussagkräftig, aber eine der wenigen Messziffern für die Wohnungsnot. Sie lag im Kanton Zug stets viel tiefer als im schweizerischen Durchschnitt, in der Stadt Zug durchwegs unter dem kantonalen Niveau. Für einen funktionierenden Wohnungsmarkt müsste sie 1,5 bis 2% betragen, dieser Wert wurde in den letzten vierzig Jahren nie erreicht.

Leerwohnungsziffer im Kanton Zug 2000–2012

in % Wohnungsbestand



Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz (1983: keine Erhebung, deshalb Bruch in den Zeitreihen).

Wo bleibt die Politik?

Grundmaxime: Es soll gebaut werden. In allen Gemeinden wurden Zonenpläne und Bauordnungen entwickelt und eingeführt. In der Stadt Zug wurden viele Bebauungspläne mit hohen Ausnutzungen, aber geringen Wohnanteilen festgesetzt. Teilweise widersprachen sie dem Zonenplan, aber dafür hatten die Bürgerlichen immer Argumente. Die Wohnungsbedürfnisse der normal verdienenden Bevölkerung hatten regelmässig eine niedrige Priorität – eine Ausnahme bildeten Altersheime und Alterswohnungen.

Auch der Kanton zeigte wenig Engagement. Ausnahmen bilden das Gesetz, das 1992 verabschiedet wurde und mit dem die Wohnbau- und Eigentumsförderung des Bundes (WEG) objektweise bei 1079 – hauptsächlich privaten – Wohnungen verstärkt werden konnte. Als der Bund aus finanziellen Gründen aus der Wohnbauförderung ausstieg, erliess der Kanton 2003 ein Wohnraumförderungsgesetz (WEG). Bis Ende 2011 unterstanden ihm 663 Wohnungen.

Paradebeispiel Metalli-Areal (heutiges Einkaufszentrum und Park-Hotel)

Der Stadtrat schlug eine hohe Ausnutzung vor – die Ausnutzungsziffer (AZ) beträgt 2,3, das heisst für die Landfläche von 25000 m² kann eine Nutzfläche von 57500 m² erstellt werden – und lediglich einen Wohnanteil von 20%. Mit dem Bebauungsplan fiel den Eigentümerinnen ein massiver Mehrwert zu – gratis. Die SP verlangte mit einer Volksinitiative eine AZ von 1,5 und einen Mindestwohnanteil von 40%. Damals durfte man noch nicht zweimal Ja stimmen, falls eine Initiative mit einem Gegenvorschlag zur Abstimmung gelangte. Die SP zog deshalb knurrend die Initiative zugunsten eines Gegenvorschlags zurück, der die hohe AZ beibehielt und den Wohnanteil auf 26% erhöhte. Er erreichte im Mai 1979 zwar 44% Ja-Stimmen, wurde also abgelehnt.

Nachbemerkung

Der Neubau ist mit vier Oberschossen grösser und höher als der Altbau auf dem Foto. Im April 2013 gab es darin zehn Wohnungen und Büros für rund fünfundzwanzig Firmen. Im Erdgeschoss sind ein Laden, sowie ein Personalvermittler domiziliert.

Leere Wohnung

«Ab sofort oder nach Vereinbarung im Zentrum von Zug vier grosse Dreieinhalbzimmer-Altwohnungen mit üblichem Komfort. Kinderfreundliche Umgebung, auch für Wohngemeinschaften geeignet. Mietzinse 500 Franken inklusive Nebenkosten.»

Dieses Inserat erschien im Zuger Amtsblatt. Angesichts der auch in Zug herrschenden Wohnungsnot mutet das Angebot fast unreal an. Auch Hinweise auf Kinderfreundlichkeit und Wohngemeinschaften sind eher ungewöhnlich. Entsprechend gross war der Erfolg. 120 potentielle Mieter meldeten sich auf das Inserat. Statt einer Antwort auf ihre Bewerbung mussten die Wohnungsuchenden jedoch erfahren, dass es so etwas in der Wirklichkeit kaum mehr gibt.

«Die von der Aktionsgruppe (AGW) inserierten Wohnungen befinden sich an der Gotthardstrasse in Zug, rund 200 Meter vom Bahnhof entfernt. Obwohl die ausgeschriebenen Wohnungen seit über sechs Monaten leerstehen, können wir sie Ihnen, so leid es uns tut, nicht vermieten, einzig der Inhaber, H. Durrer, könnte dies tun. Offenbar kann er es sich leisten, und er ist nicht der einzige, der dringend benötigten Wohnraum leerstehen lässt», heisst es in einem Brief, den die potentiellen Mieter erhielten. Wer hinter dem Absender und dem Inserenten steckt, steht bisher nicht fest. Damit hat sich nun die Justiz zu beschäftigen, weil der Hausbesitzer Hans Durrer inzwischen *Ehrverletzungsklage wegen Verleumdung* gegen die unbefugten Vermieter seiner leeren Wohnungen eingereicht hat.

Der betroffene Hauseigentümer machte mir gegenüber keinen Hehl aus seinem Zorn: «Von Grünschnäbeln lasse ich mich nicht zum Prügelknaben stempeln. Die haben den Kampf gewollt und nicht die Verbesserung der Zustände. Niemand hat mit mir das Gespräch gesucht.» Das Haus stehe leer, weil es Probleme gegeben habe mit der Baubewilligung und der Überbauung eines Nachbargrundstücks, sagt Durrer. Zudem müssten Wasserleitungen und Elektrizität neu installiert werden, und das Dach des von aussen gesehen guter-

gen illegal angeboten



Altes Haus – nicht zu vermieten. (Bild Seiler)

haltenen Hauses sei renovationsbedürftig. Das Treppenhaus sei so schlecht, dass man nicht wisse, ob man noch oben ankomme. Ein ehemaliger Mieter, der bis Ende 1979 in dem Haus gewohnt hatte, bestritt dem TA gegenüber diese Darstellung. Die frühere Besitzerin habe im Haus nicht mehr viel gemacht, doch seien die Wohnungen trotzdem «tipptopp in Ordnung gewesen».

Inzwischen wurde ein Teil des Hauses einer Firma als Provisorium vermietet, die sich laut Aussage des Vermieters Wasser und Strom selber organisieren musste. «Ich habe einen hohen Quadratmeterpreis bezahlt, ich muss das Grundstück optimal ausnützen, sonst mache ich Konkurs», sagt Durrer. In der Nähe des Zuger Bahnhofs werden Quadratmeterpreise von 2000 Franken bezahlt. «Ich will ein Haus bauen, in das ich mit meinen Firmen einziehen kann», sagt der angegriffene Eigentümer. Hans Durrer ist Rechts-, Finanz-

und Steuerberater und vertritt «einige Firmen und Verwaltungsratsmandate». Im Neubau sind 12 Wohnungen vorgesehen, über deren Mietzinse Durrer keine Angaben machen will.

Die Lösung der Wohnungsnot für kleinere Einkommen sieht Durrer «im sozialen Wohnungsbau der Stadt. Ich habe die hohen Quadratmeterpreise beim Bahnhof Zug nicht gemacht.»

«Diese 120 Briefe haben uns gezeigt, dass die herrschende Wohnungsnot in Kanton und Stadt Zug ein Problem ist, das offenbar vielen Leuten existentielle Notlagen verursacht und Schicksale prägt», kommentiert andererseits die anonyme Gruppe Wohnungsnot ihre Aktion in einem Antwortschreiben an die Wohnungsuchenden.

Mindestens ein Jahr werden die Wohnungen noch leerstehen, bis auch für diese Liegenschaft ein rechtskräftiger Bebauungsplan existiert. Vorher darf nicht gebaut werden.

Rolf Wespe

Konsequenz: Pendlerinnenströme ohne Ende

Der Kanton Zug hatte im Jahr 2000 rund 11000 mehr Arbeits- und Schulplätze, als er für die eigene Bevölkerung benötigt. Innerhalb des Kantons sind die Arbeits- und Schulplätze sehr ungleich verteilt.

Die Stadt Zug verfügt über doppelt so viele Plätze, wie die eigene Bevölkerung beansprucht. Entsprechend hoch sind die Zupendelndenströme.

Mehr Weg- als Zupendelnde haben die Berggemeinden (eine Ausnahme bildet Menzingen, aufgrund der Kantonsschule), Hünenberg, Steinhausen und Walchwil.

Bei den Wegpendelnden verlaufen etwa zwei Drittel der Pendelndenströme innerhalb des Kantons, bei den Zupendelnden etwa 55%.

Gegenüber 1980 haben sich die Pendelndenströme über die Kantonsgrenzen im Jahr 2000 stark vergrössert: Die Anzahl jener, die in den Kanton Zug pendeln, hat sich vervierfacht; Personen, die aus dem Kanton Zug wegpandeln, verdreifacht. Dies dürfte sich seit 2000 fortgesetzt haben – genaue Angaben sind allerdings nicht verfügbar.

Einwohnerinnen, Arbeitsplätze und Pendlerinnenströme nach Zuger Gemeinden im Jahr 2000 (VZ)

	Einwohner	davon Einwohner und Schüler	davon tätig in der Gemeinde	Wegpendler	Zupendler	Total Einwohner und Schüler in Gemeinde
Baar	21 709	13 759	6 221	7 538	9 384	15 605
Zug	25 726	15 730	9 330	6 400	20 167	29 497
Kanton Zug total	112 237	70 691	32 200	38 490	49 749	81 949
innerkantonal				25 923	27 536	
ausserkantonal				12 567	22 213	

Die Stadt Zug wies im Jahr 2000 einen Zupendlerüberschuss von 13700 Personen aus.

Die Hälfte der Pendelnden benutzte den öffentlichen Verkehr (öV), etwa 45% das Auto oder Motorrad und nur gut 5% kommen und gehen zu Fuss oder mit dem Velo.

Pendlerinnen und Verkehrsmittel Stadt Zug im Jahr 2000 (VZ 2000)

Verkehrsmittel	Zupendler	Wegpendler
zu Fuss/Velo	1 130 6%	325 5%
öV	10 593 52%	3 141 49%
MIV	8 444 42%	2 934 46%
Total	20 167 100%	6 400 100%

Ansätze gegen die Wohnungsnot

Armin Jans

Welche Ideen hatte (und hat) die SP?

Städtische Volksinitiative: Bau 400 städtischer Wohnungen, 1981 von 53,5% der Stimmenden angenommen – 2012 endlich realisiert (mit Abstrichen). Sechs Jahre später wurde auf Drängen der CVP nochmals eine Volksabstimmung zur Initiative durchgeführt – mit dem Antrag, die Initiative aufzuheben! Es wurde knapp – am 27. September 1987 stimmten 2719 für Aufhebung und 2888 für die Beibehaltung des städtischen Wohnbauprogramms. Der 1981 errungene Ja-Überschuss von 650 Stimmen schmolz 1987 auf 170 Stimmen zusammen.

Neuer SP-Ansatz – überlagernde Zone für preisgünstigen Wohnungsbau

Ein neuer Ansatz, der erstmals 2009 in der Bauordnung der Stadt Zug auf Vorschlag der SP verankert wurde: die Zone für preisgünstigen Wohnungsbau, die Arbeits- und Wohnzonen überlagert. Darin sind mindestens 50% der anrechenbaren Geschossfläche für den preisgünstigen Wohnungsbau zu reservieren. Dafür gibt es einen Ausnutzungszuschlag von 10%. Der Stadtrat legt die höchstzulässigen monatlichen Mieten fest. Sie betragen 1475 Fr. für eine 2½-, 1875 Fr. für eine 3½- und 2300 Fr. für eine 4½-Zimmerwohnung. Umstritten war, ob auch Eigentumswohnungen mitgezählt werden können. Man einigte sich schliesslich auf einen Anteil von maximal 15% der Gesamtfläche, die Preise müssen sich an den obigen Ansätzen für Mieten orientieren. Im Frühling 2013 verabschiedete der Stadtrat zuhanden des Gemeinderats zwei Bebauungspläne, die im Göbli und im Rank total 130 bis 140 preisgünstige Wohnungen vorsehen. Weitere 200 preisgünstige Wohnungen sollen so in Oberwil beim Franziskusheim und in der Herti in der Schleife gebaut werden. Insgesamt hat das neue Konzept innerhalb von fünf Jahren die Planung von über 300 neuen und bezahlbaren Wohnungen ausgelöst. Im Vergleich zur Wohnbauinitiative von 1981 ein gewaltiger zeitlicher Unterschied ... Auch andernorts interessiert man sich für das Konzept der überlagernden Zone, nicht zuletzt in der Stadt Zürich.

Zukunftsperspektiven – drei Vorschläge, was man machen könnte

1) Gemeindliche Bebauungspläne

Bebauungspläne sind parzellenscharfe Nutzungspläne, die vom Zonenplan abweichen können und dies in der Regel auch tun. Mit einer befristeten Geltungsdauer (z.B. fünfzehn Jahre) könnten sie regelmässig daraufhin überprüft werden, ob sie konform sind mit dem Zonenplan. Ebenso liesse sich der Wohnanteil erhöhen.

2) Initiative für mehr gemeinnützigen Wohnungsbau im Kanton Zug

Wohnbaugenossenschaften sind dafür prädestiniert, preisgünstige Wohnungen anzubieten. Denn sie arbeiten mit Kostenmieten, es wird nicht eine maximale Rendite angestrebt und schon gar nicht spekuliert. Im Kanton Zug allerdings hielten sie im Jahr 2000 nur etwa 3% aller Wohnungen. In letzter Zeit fehlte es vor allem an erschwinglichem Bauland, um weitere Wohnungen zu realisieren.

Ziel

Jede vierte Wohnung, die neu entsteht, sollte in Zukunft gemeinnützig sein oder aber dem Kanton oder einer Gemeinde gehören.

3) «Mehr Land für Zug(er)» –

Initiative für eine aktive Land- und Immobilienerwerbspolitik der Stadt Zug: Die Stadt Zug wird verpflichtet, sich aktiv auf dem Grundstück- und Immobilienmarkt einzubringen, insbesondere im Segment Wohnbauland und -immobilien. Zu diesem Zweck wird ein Fonds in der Höhe von 100 Millionen Franken gebildet. In den zehn Jahren nach der Zustimmung zur Initiative stehen jedes Jahr 10 Millionen Franken für Käufe von Bauland und Gebäuden zur Verfügung. Die Realisierung kann durch die Stadt oder (im Baurecht) durch Wohnbaugenossenschaften erfolgen. Ebenso können Immobilien an Genossenschaften abgetreten werden.

Ziel ist die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum.

Begründung:

1981 hat das Zuger Stimmvolk die Wohnbauinitiative angenommen. Diese verlangte den Bau von 400 Wohnungen innert zehn Jahren. Leider ist dieser klare Volksauftrag auch nach dreissig Jahren noch nicht erfüllt, obwohl die Stadt in diversen Studien nachgewiesen hat, dass die Wohnungen auf stadteigenem Land realisiert werden könnten. Bis heute (das heisst nach über dreissig Jahren) sind diese Wohnungen, bei grosszügiger Zählmethode, mittlerweile gebaut. Die Problematik des Wohnungsmangels, nicht nur im preisgünstigen Segment, hat sich seither aber verschärft.

Wohnbaugenossenschaft

BAARBURG

Armin Oswald

Fast ein Märchen

Es war einmal:

Bei Fischbachers zuhause.

In einer aufgewühlten Nacht bei Zigarettenrauch und Wein.

Genossinnen und Genossen der SP Baar.

Anfangs der 1990er-Jahre.

Auch in Baar: Wohnungsnot oder unbezahlbar, die Mietzinse der wenigen freien Wohnungen.

«Wir müssen etwas machen», sind sie sich einig; auch noch am Morgen danach.

Nur was?

«Endlich den Kapitalismus überwinden.» – «Die Grundeigentümer enteignen.» – «Alle Macht dem Staat.»

Oder halt:

Gründen wir einfach eine Wohnbaugenossenschaft!

Per Handschlag besiegelt in der rauchigen Nacht. Noch 1990 wird sie gegründet.

Paul Hutter, der Präsident – noch heute ist er es.

Mit Begeisterung und glänzenden Augen erzählt und schwärmt er:

«Meine politisch wichtigste und befriedigendste Aufgabe.»

Die Genossenschaft ist gegründet, die Statuten geschrieben, Präsident und Vorstand gewählt.

Wie weiter?

Wir brauchen Geld, wir brauchen Land!

Es gibt den Verband für Wohnungswesen, heute Wohnbaugenossenschaften Schweiz. Es gibt das Bundesamt. Sie beraten und helfen.

Auch die Gemeinde wird aktiv. Auch dank einer Motion Landerwerbspolitik von Ruedi Hug.

Das erste Projekt 1994: Sagenbrugg.

Land im Baurecht von der Gemeinde/Architekturwettbewerb/

24 Wohnungen, in verschiedenen Grössen/

90% Fremdfinanzierung.

Und doch: Es funktioniert. Für 1600 Fr. eine 4½-Zimmer-Wohnung in Baar, im Kanton Zug.

Das zweite Projekt 2012: Schürmatt, im Verbund mit noch zwei Genossenschaften. Das Land wieder im Baurecht von der Gemeinde.

dreizehn Wohnungen in einem Haus; im Erdgeschoss ein Gemeinschaftsraum und Gastzimmer.

Fazit:

Ohne öffentliche Hand gehts nicht. Und es braucht die Privatinitiative.

Und der Kanton?

Das Geld, die Instrumente sind da: zinslose Darlehen, individuelle
Zusatzverbilligung.

Es fehlt an Projekten.

Und Paul Hutter:

«Ich würds wieder machen. Trotz der vielen Stunden. Die Möglichkeit,
so etwas zu schaffen, ist einmalig. Und es ist auch Politik.»

Danke Paul, und mach weiter.

Fakten

Wohnen in Baar: Wohnbaugenossenschaft Baarburg

Gründung: Juni 1990

Gründungsmitglieder: SP-Mitglieder

Präsident: Paul Hutter (seit 1990)

Anzahl Mitglieder: 92

Zweck: Die Genossenschaft verfolgt den Zweck des preisgünstigen, gemeinschaftlichen Wohnungsbaus für ihre Mitglieder unter Ausschluss jeder spekulativen Absicht.

Anzahl Wohnungen Ende 2012: 37

Bauland: von der Gemeinde Baar im Baurecht

1. Projekt

Sagenbrugg mit 24 Wohnungen

(2 ½-, 3 ½-, 4 ½- und 5 ½-Zimmer-Wohnungen)

Mietzinse:

4 ½-Zimmer-Wohnung 1600 Fr., exkl. NK

5 ½-Zimmer-Wohnung 1820 Fr., exkl. NK

2. Projekt

Teil der Gesamtüberbauung Schürmatt: 13 Wohnungen

Mietzinse

4 ½-Zimmer-Wohnung 1950 Fr., exkl. NK

5 ½-Zimmer-Wohnung 2360 Fr., exkl. NK

Individuelle Zusatzverbilligung bei einer 5 ½-Zimmer-Wohnung bis 500 Fr.

Genossenschaftlicher / gemeinnütziger Wohnungsbau in Baar:

– ca. fünf Genossenschaften / Stiftungen

– Anteil am Gesamtwohnungsbestand: ca. 5%

«Zugisierung»: Zuwanderung, Wirtschaftswachstum und Bodenknappheit – Was tun, was nicht?

Reiner Eichenberger und David Stadelmann

Die Nettozuwanderung in die Schweiz als Differenz von Ein- und Auswanderung ist hoch und steigend. Zwar ist sie nach dem bisherigen Rekordjahr 2008 von rund 103 000 auf 69 000 im Jahr 2010 gesunken. Seit etwa Mitte 2010 nimmt sie aber wieder kontinuierlich zu, erreichte im Jahr 2012 offiziell 77 925 Personen und ist in den ersten vier Monaten 2013 mit plus 18 Prozent gegenüber 2012 richtiggehend explodiert.¹ Was ist in Zukunft zu erwarten?

Unter Personenfreizügigkeit treiben zwei Faktoren die Zuwanderung: der Lebensstandard und die Verfügbarkeit von attraktiven Arbeitsstellen in der Schweiz – jeweils im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern. Lebensstandard und Arbeitsmarkt entwickeln sich vergleichsweise positiv. Dank direkter Demokratie, wettbewerblichem Föderalismus und anderen vorteilhaften Institutionen hat die Schweiz relativ gesunde Staatsfinanzen, stabile Sozialwerke, gute Infrastruktur, flexible Arbeitsmärkte und eine tiefe Arbeitslosigkeit. Diese Eigenschaften halfen der Schweiz durch die Wirtschaftskrise, sie schaffen gute Wachstumsaussichten, und den Einwohnerinnen bleibt mehr vom Wachstum als in den meisten Ländern Europas. Denn diese haben grosse explizite und riesige implizite Schulden durch ungedeckte zukünftige Rentenansprüche, weshalb ihre Steuer- und Abgabelast in Zukunft noch stark wachsen wird. Damit ist und bleibt die Schweiz – trotz der in den meisten Kantonen im internationalen Vergleich sehr hohen Besteuerung von Vermögen und Vermögenseinkommen² – ein eigentliches Erwerbstätigenparadies, was eine längerfristig hohe Zuwanderung wahrscheinlich macht. Was bedeutet das wirtschaftlich?

Einwanderung und Pro-Kopf-Einkommen

Die zuständigen Bundesämter argumentieren stereotyp, die heutigen ausbildungsmässig relativ gut qualifizierten Einwandernden erhöhten das Gesamteinkommen. Das ist richtig, aber nicht wichtig. Natürlich wächst die Wirtschaftsleistung, wenn die Bevölkerung jährlich durch Zuwanderung um rund 1 Prozent wächst. Entscheidend ist jedoch vielmehr, was mit dem Pro-Kopf-Einkommen der bisherigen Einwohnerinnen passiert. Am besten versteht man die Zusammenhänge, wenn man sie sich in zwei Schritten verdeutlicht:

Erstens senken die heutigen gut qualifizierten Zuwandernden die Knappheit gut qualifizierter Arbeitskräfte und damit tendenziell ihre Entlohnung. Dadurch sinken aber auch die realen Lohnkosten der Unternehmungen, was die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz insgesamt steigert. Zweitens werden dadurch neue Unternehmungen und Investitionen angezogen, und die einhei-

mischen Unternehmen lagern weniger Arbeiten in andere Länder aus, als sie es ohne Einwanderung getan hätten. Zudem sinkt mit den Produktionskosten auch das Preisniveau, was den Reallohnverlust verkleinert. Neuinvestitionen und zusätzliche Nachfrage aufgrund der Einwanderung heissen, dass die Nachfrage nach Arbeit und damit deren Entlohnung steigen. Diese Effekte zusammen führen die Wirtschaft tendenziell wieder zum Ausgangslohniveau zurück, wobei die Entlohnung gering qualifizierter (und durch die gut qualifizierten Zuwandernden nicht konkurrierte) Arbeit sogar über das Ausgangsniveau steigen kann.

Über diese Mechanismen von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt hinaus kann es sein, dass die relativ hoch qualifizierten Einwandernden dem Staat mehr Einnahmen als Ausgaben bringen, u.a. weil ihre Ausbildung schon vom Herkunftsland bezahlt wurde. Der so mögliche fiskalische Überschuss kann helfen, die Abgabenlast zu senken und die Sozialsysteme zu stabilisieren. Zudem könnte durch die Zuwanderung besonders hoch qualifizierter Arbeitskräfte die gesamtwirtschaftliche Produktivität zunehmen, wenn sie die Wirtschaft anpassungsfähiger und innovativer macht.

Bodenknappheit:

Wachstumsbremse und Reichtumsbeschleuniger

Insgesamt führt also die Zuwanderung im Regelfall nicht zu tieferen Löhnen, sondern kann sogar tendenziell höhere Einkommen bewirken. Diese positiven Wirkungen werden jedoch durch zwei Faktoren gebremst:

Zum einen bewirken allfällige Lohnsteigerungen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zusätzliche Einwanderung, was die Löhne zuerst wieder etwas drücken, aber zugleich einen neuen Wachstumszyklus auslösen würde. Insgesamt bringt so Zuwanderung ein schnelleres paralleles Wachstum der Gesamtwirtschaft und der Einwohnerinnenzahl, bei praktisch unverändertem Pro-Kopf-Einkommen.

Zum anderen wird das Gesamtwachstum durch den immobilien und fixen Faktor Boden begrenzt. Je mehr Arbeit und Kapital in die Schweiz fliessen, desto knapper wird der Boden, wodurch die Bodenpreise und die Mieten stark steigen. Die entscheidende Bedeutung des Bodens illustriert heute schon der Kanton Zug. Er ist zwar für alle Beschäftigten steuerlich und leistungsmässig überaus attraktiv. Mittlerweile sind aber dort die Bodenpreise und Mieten so hoch, dass sich die Zuwanderung nur noch für sehr gut Verdienende lohnt. Der gleiche Mechanismus, von uns an anderer Stelle auch als «Zugisierung der Schweiz» beschrieben, dürfte immer grössere Gebiete der Schweiz prägen. Wie stark sich die Standortattraktivität auf das Niveau der Bodenpreise auswirkt, ist heute wissenschaftlich gut belegt. So finden wir in empirischen Untersuchungen für den Kanton Zürich, dass sich neben den lagebedingten Vorzügen einer Gemeinde (u.a. Zentrumsnähe, Verkehrserschliessung, Aussicht, Seenähe etc.) auch die Qualität ihrer Infrastruktur und öffentlichen Leistungen positiv und die Steuern negativ in den Bodenpreisen niederschlagen. Besonders interessant ist, dass sich auch die Gemeindeschulden negativ

auf die Bodenpreise auswirken, da sie die zukünftigen Steuern und Ausgaben der Gemeinde prägen.

Die «Zugisierung der Schweiz» kann durch die Politik noch verstärkt werden: Wenn der fiskalische Überschuss zur Abgabensenkung eingesetzt wird, nimmt die Attraktivität der Schweiz insbesondere für Hochqualifizierte weiter zu. Zudem erhält der Staat Anreize, seine Leistungen verstärkt auf die Bedürfnisse der Hochqualifizierten auszurichten. Wenn der fiskalische Überschuss hingegen zur Steigerung der Ausgaben eingesetzt wird, werden vermehrt Zuwandernde angezogen, die mehr an hohen staatlichen Leistungen als tiefen Steuern interessiert sind und zumeist weniger Steuern und Abgaben entrichten, als sie staatliche Leistungen beziehen.

Studienschlachten und Denkfallen

Zur besseren Einschätzung der Auswirkungen der Zuwanderung hat der Bund zahlreiche Studien in Auftrag gegeben. Viele von ihnen stützen die hier entwickelten Argumente. Manche bemühen sich jedoch um eine vorteilhaftere Darstellung der Zuwanderung. Das offizielle Bild der Personenfreizügigkeit ist deshalb oft zu einseitig. Es beruht unter anderem auf folgenden Fehleinschätzungen:

«Die Schweiz ist auf die Zuwandernden angewiesen.»: Das stimmt für wenige Berufe, etwa Universitätsprofessorinnen und Alterspfleger die für die Ausbildung und Pflege der Einheimischen dringend benötigt werden. In vielen Berufen werden die Schweizerinnen aber gerade durch die Zuwanderung noch knapper. In manchen Bereichen sind sie heute aus ausbildungsbedingten, rechtlichen oder sprachlichen Gründen weit übervertreten – etwa bei den Anwältinnen, an hohen Verwaltungsstellen, bei der Polizei oder in der Kleinkinderziehung. Folglich müssen sie in den anderen Bereichen untervertreten sein. Je mehr die Zuwanderung die Gesamtwirtschaft und damit die Nachfrage nach Schweizerinnen in den «Schweizerbranchen» wachsen lässt, desto mehr muss der Einheimischenanteil in den anderen Branchen schrumpfen.

«Die Zuwanderung füllt Lücken im Arbeitsmarkt.»: Zwar erlaubt es die Zuwanderung, viele Lücken einfacher oder billiger zu füllen. Dadurch wird jedoch der Standort Schweiz attraktiver, was neue Investitionen und Firmen anzieht. Das schafft neue Arbeitsplätze, aber damit gleich wieder neue Lücken. Genau so schafft die Zuwanderung auch neue Nachfrage, was wiederum Lücken und damit «Bedarf» nach neuer Zuwanderung schafft. Wenn die Zuwanderung netto Lücken füllen würde, müssten heute nach mehreren Jahren Personenfreizügigkeit immer weniger Lücken existieren und der Bedarf an Zuwandernden abnehmen. Dafür gibt es aber keinerlei Evidenz.

«Die Zuwanderung reguliert sich von selbst. Zuwandernde kommen nur, solange neue Stellen geschaffen werden.»: Falsch: Die Zahl offener Stellen wird weit weniger durch den Zuwachs von Arbeitsplätzen als durch die natürliche Fluktuation infolge Jobwechsels und Pensionierungen geprägt. So sind auch in schlechten Zeiten jährlich 400 000 Stellen neu zu besetzen, so dass die Zuwanderung dann kaum abnehmen wird.

«Die Zuwandernden sind höher qualifiziert als die Schweizerinnen und Schweizer.»: Das galt bedingt für die Zuwandernden der letzten Jahre. Mittlerweile stammt die Zuwanderung wieder vermehrt aus den EU-Südländern, wo eher der formale als der reale Bildungsstand beeindruckt. Weil die formale Bildung dauernd zunimmt, sollten die Zuwandernden mit gleichaltrigen Schweizerinnen verglichen werden. Dann erscheint ihre Bildung noch weniger eindrucklich. Zudem haben die wirklich hochqualifizierten Zuwandernden eine besonders kurze Verweildauer in der Schweiz, wie George Sheldon und Dominique Cueni (Universität Basel) eindrucklich gezeigt haben. Deshalb ist die Nettozuwanderung weit weniger gut qualifiziert als die Bruttozuwanderung.

«Die Zuwandernden bringen einen fiskalischen Überschuss. Sie zahlen mehr Steuern und Abgaben, als sie den Staat kosten.» Das stimmt nur unter sehr speziellen Bedingungen. Zuwandernde mit Kindern, die öffentliche Schulen besuchen, bringen nur einen fiskalischen Überschuss, wenn sie sehr gut verdienen und lange bleiben. Zudem profitieren die verschiedenen Kantone sehr ungleich von der Zuwanderung. Während der fiskalische Überschuss in den steuergünstigen Kantonen beträchtlich sein dürfte, weil dort wegen der hohen Wohnkosten vor allem Gutverdienende und damit gute Steuerzahler zuwandern, dürfte es für die weniger steuergünstigen Kantone mit tiefen Wohnkosten gerade umgekehrt sein. Sie ziehen vor allem Familien und Personen mit tieferen Einkommen an, die dem Staat mehr Ausgaben als Einnahmen bringen.

Was soll die Politik NICHT tun?

Aufgrund der bisherigen Argumente könnte man meinen, die Zuwanderung sei wenigstens für die Wirtschaft und einheimischen Arbeitskräfte nicht schädlich. Doch die grössten volkswirtschaftlichen Kosten verursachen nicht die Einwanderung an sich, sondern die politischen Reaktionen darauf.

Immer mehr Politikerinnen rufen nach zusätzlichen flankierenden Massnahmen. Mindestlöhne sollen die relativ niedrigqualifizierten Einheimischen vor Lohndumping schützen. Dieses Rezept versagt jedoch unter den heutigen Bedingungen völlig! Hohe Mindestlöhne ziehen mehr Einwandernde an und bewirken eine Substitution relativ gering qualifizierter Einheimischer durch besser qualifizierte Zuwandernde.

Genau so führt auch die Forderung nach neuen Mietpreisvorschriften zum Schutz der bisherigen Mieterinnen von zuwanderungsgetriebenen Mietkostensteigerungen ins Abseits. Derartige Regulierungen machen die Mieterinnen immobil, weil sie beim Umzug in andere Wohnungen ihre Privilegien verlieren. Zudem mindern sie die Anreize der Vermieterinnen, ihre Liegenschaften gut zu unterhalten. Schliesslich führen all die Mietmarkt Eingriffe dazu, dass das wahre knappe Gut, der Boden und Wohnraum, übernutzt wird. Je tiefer die Mieten unter den Marktpreis gedrückt werden, desto grösser ist die Nachfrage nach Wohnraum und desto kleiner wird das Angebot. Die Zuteilung des so künstlich verknappten Wohnraums muss dann über andere

Mechanismen als den Marktpreis stattfinden, z.B. Warteschlangen, staatliche Zuteilung nach «Bedürftigkeit», was längerfristig überall zu grössten Problemen bei der Wohnungsvergabe geführt hat – inklusive Schwarzmärkten, Korruption und offensichtlichen Fehlzuteilungen.

Die Eingriffe auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt zum Schutz der bisherigen Einwohnerinnen zerstören also zwei bisherige Hauptstärken der Schweiz: den relativ flexiblen Arbeits- und Wohnraummarkt. Deshalb fordern mittlerweile manche liberale und früher sehr zuwanderungsfreundliche Organisationen wie etwa Avenir Suisse, dass die Nachfrage der Wirtschaft nach Zuwandernden gesenkt werden soll, indem die Frauen und älteren Menschen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. Tatsächlich ist die freiwillige Integration aller Arbeitskräfte, die arbeiten wollen, in den Arbeitsmarkt sehr wünschenswert. Denn sie steigert die persönliche Wohlfahrt dieser Bürgerinnen und bringt dem Staat eine Entlastung, wenn die Arbeitsmarktintegration nicht mit höheren Kosten verbunden ist.³ Die Strategie bringt aber kaum Entlastung bei der Zuwanderung. Denn die verstärkte Arbeitsmarktintegration der Frauen und älteren Menschen reisst da neue Lücken, wo diese Personen bisher gewirkt haben. So muss dann zum Beispiel die Kinderbetreuung vermehrt marktlich organisiert werden, wozu es wiederum zusätzliche Arbeitskräfte und damit Zuwandernde braucht. Zudem bringt die Mehrarbeit den Frauen und Betagten Mehreinkommen, was wiederum Mehrausgaben und zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskräften und damit zusätzliche Zuwanderung bringt.

Was soll die Politik tun?

Aus gesamteuropäischer Sicht ist die Personenfreizügigkeit eine grossartige Sache. So wie bei der Gründung der modernen Schweiz 1848 die Einführung der Niederlassungsfreiheit den Schweizerinnen insgesamt grosse Vorteile brachte, so bringt heute die Personenfreizügigkeit insgesamt grosse Vorteile. Für die Schweiz stellt sich deshalb die Frage, wie die möglichen Kosten der Zuwanderung möglichst klein gehalten werden können und die grossen Wanderungsgewinne stärker zugunsten der bisherigen Bewohnerinnen der Schweiz umverteilt werden können.

Dazu können erstens der Boden und die Infrastruktur weit effizienter als heute genutzt werden. So ist die heutige Zersiedelung und Infrastrukturüberlastung nicht nur eine Folge des Bevölkerungswachstums, sondern vor allem der übermässigen Subventionierung der Mobilität. Eine verursachergerechte Anlastung der externen und betrieblichen Kosten des privaten und auch des öffentlichen Verkehrs an die Verkehrsteilnehmenden würde hier Wunder wirken. Mit anderen Worten: Heute gilt es mehr denn je, die typisch ökonomischen Vorschläge zur besseren Nutzung der knappen Mittel und Ressourcen umzusetzen. Denn sie steigern den Wohlstand und die Lebensqualität für alle Einwohnerinnen der Schweiz.

Zweitens muss endlich offen darüber debattiert werden, wie die grossen Wanderungsgewinne ein wenig stärker zugunsten der bisherigen Bewohne-

rinnen der Schweiz umverteilt werden können. Ein unseres Erachtens vielversprechender und neuer Denkansatz ist folgender Vorschlag:

Die Personenfreizügigkeit wird einseitig auf alle OECD-Länder ausgeweitet. Dadurch wachsen die Vorteile aus der Zuwanderung noch weiter an. Gleichzeitig aber werden die Erträge aus den alten schweizerischen Vermögenswerten wie Immobilien, Swisscom, Post, Nationalbankgewinne, Gemeindewerke etc. nicht mehr über alle Einwohnerinnen verteilt. Vielmehr werden sie neu zu gründenden demokratischen Körperschaften übertragen, deren Mitglieder nur die bisherigen langjährigen Einwohnerinnen der Schweiz sind, und die in gewisser Weise an Bürgergemeinden oder Korporationen erinnern. Dann könnten Bund, Kantone und Gemeinden ihre Einnahmen durch Steuern zu erhöhen versuchen und manche Ausgaben, z.B. im Sozialbereich, senken, während die neuen Körperschaften ihre Gewinne an ihre Mitglieder ausschütten könnten, indem sie ihnen eine Pauschale, einen Teil ihrer Steuern oder zusätzliche Sozialunterstützung bezahlen. Insgesamt können so die Einwanderung in nicht-diskriminierender Weise gelenkt und die Erträge der bisherigen Einwohnerinnen aus der Zuwanderung erhöht werden.

Verweis auf umfangreichere Beiträge zum Thema Zuwanderung und zur Auswirkung der Standortattraktivität auf die Bodenpreise:

– Eichenberger, Reiner und Anna Maria Koukal (2013). Bildungsfinanzierung im Zeitalter von Personenfreizügigkeit und Globalisierung: das Bildungskapital der «Schweizerischen Bildungsgenossenschaft». In Caritas, 2013 Sozialalmanach, Bildung gegen Armut, Luzern: Caritas: 169–181.

– Stadelmann, David und Reiner Eichenberger. Public Debts Capitalize into Property Prices: Empirical Evidence for a New Perspective on Debt Incidence, International Tax and Public Finance, erscheint demnächst. DOI: <http://dx.doi.org/10.1007/s10797-013-9276-x>
 – Stadelmann, David (2010). Effects of Fiscal Policies on House Prices: New Evidence, Persistence, Consequences, Nomos-Verlag, Baden-Baden.

- 1 Als dieser Aufsatz im Juni 2013 geschrieben wurde, waren nur Zuwanderungszahlen bis April 2013 verfügbar.
- 2 Viele Kantone haben eine im internationalen Vergleich aussergewöhnlich hohe Besteuerung der persönlichen Vermögen von bis fast 1 Prozent jährlich. Ähnliche hohe Vermögenssteuern gibt es im OECD-Raum nur noch in Norwegen und Frankreich. Hingegen erheben z.B. Schweden, Dänemark, Deutschland oder Österreich keine Vermögenssteuern.

- Zugleich werden die Vermögenserträge in den allermeisten EU- und OECD-Ländern deutlich tiefer als in der Schweiz besteuert, weil sie dort – anders als hier – nur einem weit tieferen Satz als Arbeitseinkommen unterliegen, oft der Hälfte oder noch weniger.
- 3 Die Förderung der Arbeitsmarktintegration hat oft weit höhere Kosten als Erträge für den Staat, so etwa, wenn – so wie heute üblich – die Betreuung von Kindern schlecht verdienender Eltern mit monatlich 2500 bis 3000 Franken pro Kind gefördert werden.

Mythen und Fakten zur Einwanderung im Kanton Zug

Ein fast vergessenes Zuger Grossprojekt: Die Sanierung des Zugersees.

Armin Jans

Dem Zugersee ging es lange Zeit schlecht. In den 1970er-Jahren kam es häufig zu grossen Algenteppichen, die ziemlich unappetitlich aussahen. Die Bevölkerung fragte sich: Darf man im See noch schwimmen? Könnte Seewasser als Trinkwasser aufbereitet werden, wenn es sonst zu wenig Wasser gäbe?

Die schlechte Qualität des Seewassers war darauf zurückzuführen, dass es im Wasser zu viel Phosphor und zu wenig Sauerstoff gab. Die Grenzwerte wurden massiv verfehlt, anstatt 30 gab es Anfang der 1980er-Jahre rund 200 Milligramm Phosphor pro m³. Und der Sauerstoffgehalt sank unter den Zielwert von 4 Milligramm pro Liter.

Man war sich politisch einig, dass Abhilfe geschaffen werden musste. Bis 1991 wurde eine Ringleitung um den Zugersee fertiggestellt, die alles Abwasser einsammelt und der ARA Schönau in Cham zuführt. Der Kanton unterstützte die Bauern mit rund 7 Millionen Franken, um die Jauchegruben zu vergrössern, so dass sie Gülle nicht zu einem falschen Zeitpunkt austrugen. Schliesslich beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat im Januar 1990 den Bau eines Stollens vom Küssnachter- zum Zugersee (Ausfluss in Küssnacht und Eingang bei Immensee) und einer Tiefenwasserableitung in die Reuss. Damit sollte der Durchfluss durch den Zugersee verbessert und schlechtes Wasser beschleunigt abgeführt werden. Die Baukosten wurden auf 67 Millionen, die jährlichen Betriebskosten auf 3,7 Millionen Franken pro Jahr veranschlagt. Der Kantonsrat verabschiedete schliesslich mit 67 zu 0 Stimmen folgenden Beschluss:

«Kantonsratsbeschluss betreffend Kredit für weitere Vorabklärungen bezüglich Sanierung des Zugersees vom 21.5.1992 (Vorlage Nr. 7680)

- §1 Das Vorprojekt für die Überleitung von Wasser aus dem Vierwaldstättersee in den Zugersee und von diesem in die Reuss wird nicht weiterverfolgt.
- §2 Für die Beschaffung von wissenschaftlichen Entscheidungsgrundlagen zwecks allfälliger seeinterner Massnahmen wird zu Lasten der Laufenden Rechnung ein Kredit von Fr. 120 000 bewilligt.» ...

Wie kam es zu diesem kompletten Sinneswandel? Entscheidend waren die Beratungen in der erweiterten Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz im ersten Halbjahr 1990. Der Regierungsrat vertrat dort unbeirrt die Meinung, dass der See nur mit den von ihm vorgeschlagenen Massnahmen gesunden könne. Ihn leitete die Auffassung, dass das Problem mit einem grossen (und teuren) Bauwerk zu lösen war. In der Kommission wurden unterschiedliche Meinungen vertreten: Die einen waren für eine Belüftung, andere für den Eintrag von Sauerstoff. Skepsis gegenüber dem Stollenprojekt gab es schon geraume Zeit vorher. Es fehlten aber überzeugende Argumente. Wir von der SP-Fraktion waren überzeugt, dass zuallererst die Zufuhr von Phosphor in den See so stark wie möglich zu senken sei. Hauptquelle war damals die Landwirtschaft, die etwa die Hälfte der 24 Tonnen pro Jahr beitrug. Hier musste der Hebel angesetzt werden.

An den Kommissionssitzungen nahmen rund zehn Fachleute teil, unter ihnen auch Prof. Dr. Dieter Imboden von der ETH Zürich (der Jahre danach Präsident des Schweizerischen Nationalfonds wurde). An der Sitzung vom 17. Mai 1990 fragte ich ihn:

«Was würde passieren, falls auf seeinterne Massnahmen ganz verzichtet würde? Würde sich der See erholen, falls der Eintrag an Phosphor auf 15 Tonnen pro Jahr beschränkt werden könnte? Wenn ja – wie lange würde dies dauern?»

Ich gab Imboden meine Fragen vor dem Mittagessen schriftlich ab und sagte ihm dazu, dass ich sie am Nachmittag in der Sitzung an ihn richten würde. Seine Antwort:

«Prof. Dr. D. Imboden nimmt dazu Stellung: Richtig ist, dass der See ohne interne Massnahmen saniert werden kann, wenn man lange genug wartet.»

Dies war matchentscheidend, wie das Votum von Anton Gügler, dem nachmaligen und viel zu früh verstorbenen Zuger Stadtrat, zeigt:

«A. Gügler fasst kurz die gehörten Meinungen der Experten zusammen. Politisch gesehen, ist das Stollenprojekt eine Leiche, welche begraben werden sollte. (...)»

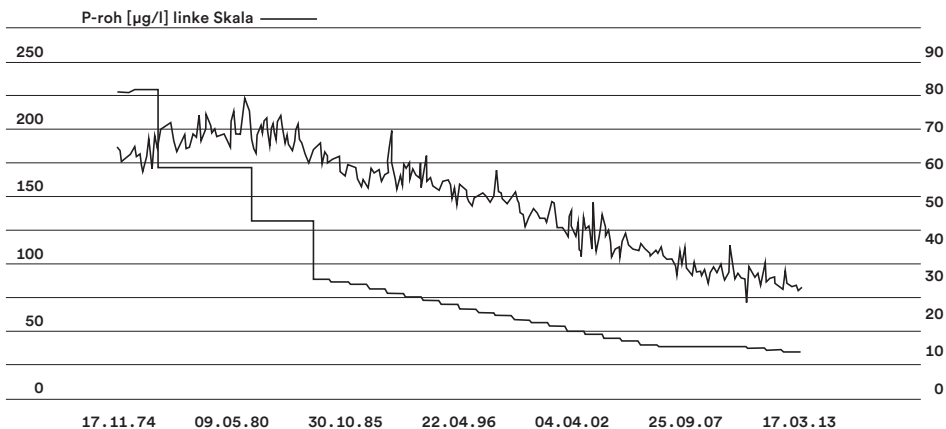
Auszüge aus dem Kommissionsprotokoll
vom 17.5.1990, S. 16 und S. 18

So haben wir bis heute dem Kanton Baukosten von 67 Millionen und Betriebskosten von mindestens 40 Millionen Franken gespart. Haben wir dafür einen Bonus verdient? Entscheidend ist, ob die Ziele für die Qualität des Seewassers heute erreicht sind. Das nachfolgende Diagramm zeigt, dass die jährliche Zufuhr von Phosphor von rund 100 Tonnen im Jahr 1972 bis 2012 auf rund 12 Tonnen sank und die Phosphorkonzentration 1980 bis 2012 von 200 auf 80 Milligramm pro m³ zurückging. Vom Zielwert von 30 Milligramm pro m³ ist der Zugersee aber noch weit entfernt. Gemäss einem EAWAG-Gutachten aus dem Jahr 2010 wird sich die Phosphorkonzentration ab 2040 je nach Höhe des jährlichen Eintrags bei 40 bis 60 Milligramm pro m³ einpegeln, was immer noch deutlich über dem Zielwert liegt.

Gemäss dem AquaPlus-Bericht aus dem Jahr 2004 wurde im Zugersee 1990 bis 2000 bis in eine Tiefe von ca. 80 bis 100 Meter der Zielwert von mindestens 4 Milligramm pro Liter Sauerstoff erreicht. Darunter nimmt die Sauerstoffkonzentration ab, an der tiefsten Stelle (198 Meter) lag sie unter einem Milligramm pro Liter. Daran dürfte sich seither wenig verändert haben. Die Wasserqualität hat sich in den letzten vierzig Jahren stark verbessert. Wir sind aber noch nicht am Ziel. Weitere Massnahmen sind zu diskutieren, um dahin zu gelangen.

Phosphorkonzentration und Phosphoreintrag Zugersee

1974–2012



Den Herren Bruno Mathis und Peter Keller vom Amt für Umweltschutz des Kantons Zug danke ich für ihre wertvolle Unterstützung bei der Darstellung der heutigen Situation.

Martin Amrein

Geboren 1981. Studierte an den Universitäten Bern und Cambridge (UK) Wissenschaftsgeschichte und an der Universität Zürich Biologie. Seit 2008 als Journalist tätig, unter anderem als freier Mitarbeiter für «Der Bund» und «Tagesanzeiger», derzeit als redaktioneller Mitarbeiter auf der Wissenschaftsredaktion der «NZZ» angestellt.

Reiner Eichenberger

Geboren 1961. Ordentlicher Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Fribourg (Schweiz) und Forschungsdirektor von CREMA (Center for Research in Economics, Management and the Arts).

Barbara Gysel

Geboren 1977. Zweitstudium an der Universität Zürich in Politikwissenschaften und Arbeit an Doktorat. Berufliche Teilzeitanstellung beim Bund im Gleichstellungsbereich. Verschiedentlich freiwillig-ehrenamtlich tätig. Politische Engagements: seit 2008 Präsidentin der SP Kanton Zug, seit 2008 im Kantonsrat.

Armin Jans

Geboren 1949. Mitglied des Grossen Gemeinderats (1978–1986), des Kantonsrats (1986–1995) und des Nationalrats (1995–1999). Beruflich tätig als Professor für Volkswirtschaftslehre an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Winterthur.

Hans Ulrich Jost

Geboren 1940. Professor für neuste Geschichte an der Universität Lausanne 1981–2005. Z.Z. Präsident der Kommission für die Publikation der Diplomatischen Dokumente der Schweiz.

Armin Oswald

Geboren 1964. Architekt. Knapp vierzig Jahre SP. Immer noch Mitglied; mit ziemlicher Distanz. Vorstand und Präsident SP Stadt. Etwa zehn Jahre Grosser Gemeinderat Stadt Zug. Initiant SP Kulturgruppe – als Kultur für Linke noch wichtig war. Viele Jahre kantonale Kulturkommission.

Christian Raschle

Geboren 1949. Studium an der Universität Zürich und Fribourg. 1973 Lizentiat in Geschichte, 1980 Dissertation und Doktorat an der Universität Fribourg. Lehrer an der Kantonsschule Zug und von 1982–2013 Stadtarchivar von Zug. 1969–1994 Mitglied Stadtmusik Zug. Mitverfasser zahlreicher Publikationen.

David Stadelmann

Geboren 1982. Seit März 2013 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth und Research Fellow von CREMA (Center for Research in Economics, Management and the Arts). Zuvor Oberassistent am Departement für Volkswirtschaftslehre der Universität Fribourg.

Regula Stämpfli

Geboren 1962. Studium und Promotion in Geschichte. Geschichten schreibt sie (zahlreiche Kolumnen), Geschichte macht sie (politische Beratung) und Geschichte interpretiert sie (Sachbücher). Weitere Informationen www.regulastaempfli.eu.

Politik ist mehr
als das Machbare
machen.
Politik ist Probleme
sehen und
Lösungen suchen
mit dem Blick
auf eine bessere
Welt:

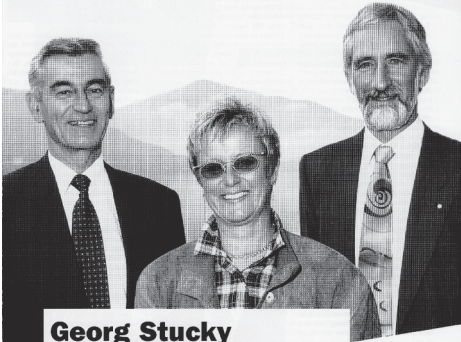
sozial und
demokratisch

SP

Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften.



**Guter National-Rat:
FDP bringt Zug-Kraft.**



Georg Stucky
Susi Kuhn-Gassmann
Christoph Straub

Für mehr Zug-Kraft in Bern.

FDP
Freisinnig Demokratische Partei



FDP
bodenständig bürgerlich.

Gut, besser, FDP.



**Urs Kohler, Susanna Fassbind, Max Lustenberger, Andreas Iten
in den Regierungsrat.**

FDP
Die Liste mit Profil.



Mit Zugkraft in die Zukunft.
Markus Frigo als Stadtpräsident.
Linie halten.

FDP

Zukunft gestalten nicht nur verwalten

Andreas Iten
Regierungsrat

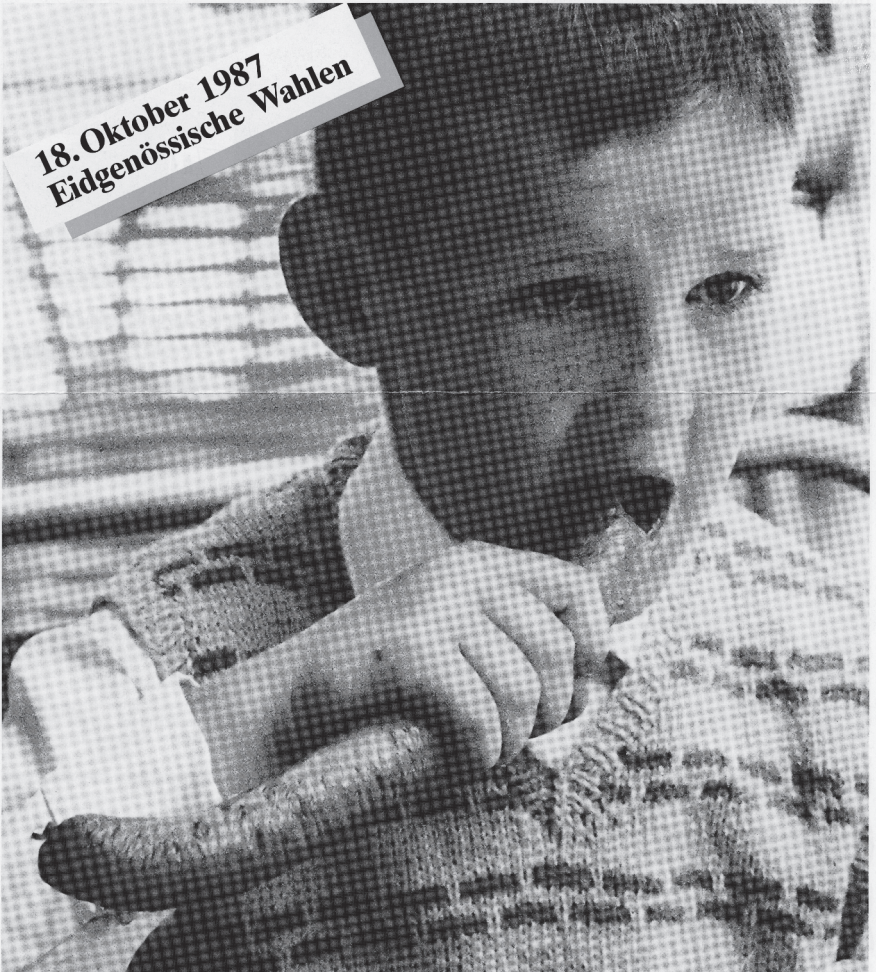
Georg Stucky
Regierungsrat



**Freisinnig-
Demokratische und
Liberaler Liste**

**Handeln! Mit Weitsicht
und Zuversicht.**

CVP
Kanton Zug



**18. Oktober 1987
Eidgenössische Wahlen**

Am 18. Oktober geht's um die Wurst!

**ECHT GRÜN.
ECHT STARK.**
WWW.GRUENWAERLEN.CH

Mit viel Energie –
aber ohne AKW!

Wieder in den Nationalrat
Josef Lang (bisher)

Liste Alternative – die Grünen Zug
www.alternative-zug.ch

**ALTERNATIVE
DIE GRÜNEN ZUG**

Das sind die Rechten:

Anita Stadler...Ivana Calovic
Jetzt endlich Stadträtinnen

Das sind die Linken:

zupackend und solidarisch

In den Gemeinderat
Liste SGA und Parteilose
www.sga-zug.ch

SGA
Rot und Grünlich

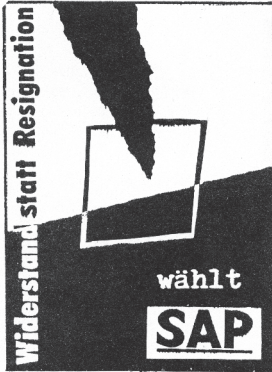
**Patrick Cotti, 36,
Projektleiter**

IN DEN NATIONALRAT

Andreas Hürlimann
Lea Zehnder
Rupen Sivaganesan

**JUNGE
ALTER-
NATIVE**

ALTERNATIVE KANTON ZUG



Den bürgerlichen Rahmen sprengen!

bresche

Wahlzeitung der Sozialistischen Arbeiterpartei

Ständerat: Elfi Seiler

Regierungsrat: Bruno Bollinger

Kantonsrat Zug: Elfi Seiler, Josef Lang, Thomas Rattaggi,
Peter Huber, Hanspeter RothKantonsrat Baar: Bruno Bollinger, Daniel Heller,
Hanspeter Uster

Bruno Bollinger, 29, Elektro-
eicher. Mitglied des SMUV und
des Mieterverbandes. SAP-Kan-
didat für den Regierungsrat
und für den Kantonsrat in Baar.

40 - Std. - Woche

Die düsteren Wolken der nächsten Krise tauchen am Horizont auf. In der Landis & Gyr wird mit einer "Gemeinkosten-Wert-analyse" der Abbau von 300 bis 400 Arbeitsplätzen vorbereitet. Der Bundesrat hilft den Unternehmern, den Teuerungsausgleich zu verweigern, indem er behauptet, der Index sei falsch berechnet worden. Tatsächlich bekamen wir aber nicht zuviel, sondern zuwenig. Die Unternehmer und ihr Staat bereiten sich auf die härteren Zeiten vor. Auch wir Werkstätigen sollten dies tun! Wir müssen uns in den Gewerkschaften organisieren und uns dort aktiv einsetzen. Die Gewerkschaft muss eine kämpferische Politik beginnen. Die Opfer von heute sichern überhaupt nicht die Arbeitsplätze von morgen - diese bittere Erfahrung haben die Kolleginnen und Kollegen der Uhrenindustrie machen müssen. Wir sollten sie nicht wiederholen. Die Verhandlungen am "grünen Tisch" genügen nicht mehr, um die Unternehmer zum Nachgeben zu zwingen. Wir sollten wieder einmal "auf den Tisch hauen". Leisten wir Widerstand: Weder Lohnabbau noch Kurzarbeit noch Entlassungen!

Voller und automatischer Teuerungsausgleich!
Sofortige Verkürzung der Arbeitszeit auf
40 Stunden pro Woche ohne Lohneinbusse!



Elfi Seiler, 27, Verkäuferin.
Mitglied des VHTL und des
Mieterverbandes. SAP-Kandi-
datin für den Ständerat und
den Kantonsrat in Zug.

Gleicher Lohn

In der Bundesverfassung ist seit über einem Jahr der Grundsatz "Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" verankert. Wie wenig sich die Unternehmer an die Verfassung halten, zeigen ihre Manöver gegen die Lohn-gleichheit. Der Verband Graphischer Unter-nahmen (SVGU) hat bei den letzten Gesamt-arbeits-Vertragsverhandlungen bei den Hilfsarbeiterlöhnen die Unterscheidung in Arbeit an kleinen Maschinen (Fr.1'887.50) und Arbeit an grossen Maschinen (2'304.-) durchgebracht. Damit ist es gelungen, den Verfassungsartikel über die gleichen Rechte zu umgehen. Denn in der Praxis ar-beiten an kleinen Maschinen fast nur Fra-uen. Präsident des SVGU ist Ständerat Kündig. Er hat sich auch als Verwaltungsrat der Bankgesellschaft gegen die Inter-essen der Lohnabhängigen eingesetzt. Kündig ist mitverantwortlich für die üb-erhöhten Hypothekarzinsen und damit für unsere hohen Mieten. Als Gewerbebands-präsident stellt Kündig den Teuerungs-ausgleich in Frage. Ein Volksvertreter? Oder ein "ergebener Sklave der Wirtschaft" (Richard Müller in der SMUV-Zeitung)? Nehmen wir uns die Druckereiarbeiter zum Vorbild, die SVGU-Präsident Kündig den Kampf angesagt haben.

WERNER GATTIKER

ER IST
KOMPETENT
UNABHÄNGIG
FÜR SICH

IDEEN STATT
THEOLOGIEN!

BUNTE
LISTE

Am **11. November**
in den Ständerat !
Damit auch Ihre Anliegen wieder in Bern vertreten werden

FRISCHE BRISE 12.

HURR LIBUS

ROB GERSEN
In den Gemeinderat

MONICA FEUZ
In den Kantonsrat

WAHLEN

URNE

TONI KLEIMANN
In den Kantonsrat

PHO FARNORCH
In den Regierungsrat

Bulletin der Frischen Brise Steinhausen, Postfach

FÜR
FRISCHEN WIND...
IM KANTONS RAT

FRISCHE
BRISE

TONI
KLEIMANN

MONICA
FEUZ

S.P.
FRISCHE BRISE
TONI KLEIMANN
MONICA FEUZ
TONI KLEIMANN
MARTIN SCHUCK

Wir kümmern
uns um Zug,
nicht um links
oder rechts.

Am 30. Oktober 1994 in den
Grossen Gemeinderat

bunte
liste zug

**NICHT
LINKS,
NICHT
RECHTS,
UNABHÄNGIG**

B U N T.

**WERNER MURER
BEAT HOLDENER**

**JUNGE POLITIK FÜR ZUG
BUNTE LISTE.**

AM 9. NOVEMBER AUCH IN DEN KANTONSRAT

Parteilpolitische
Übermacht



oder **Landesring**
Unabhängige
für Sie

Stark für Zug!



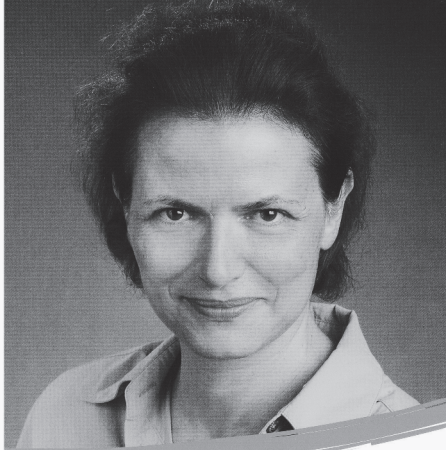
in den Nationalrat:

Reto Seeberger **Claudia Stöckli** **Manuel Brandenburg**

Liste 6 JSVP



Ihre Kandidatin als Gemeinderätin der Stadt Zug



Karin Schaedler



- X das Bauamt endlich professionell geführt wird
- X dem Asylmissbrauch der Kampf angesagt wird
- X der Sicherheit von unserem Hab und Gut vermehrt Achtung verschafft wird
- X eine faire Politik kriminelle Ausländer und Schmarotzer deutlich ausgrenzt
- X das Verkehrschaos in unserer Innenstadt endlich beseitigt wird
- X unser Bahnhof schnell und vernünftig modernisiert wird
- X Bürokratie und Behinderungen abgebaut werden
- X unsere Stadt als Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsort attraktiv bleibt

Das schaffen wir mit Ihrer Hilfe.
Wählen Sie unser Team.

Wählen Sie Liste:



Konsequent
und eigenständig.



J. P. Flachsmann

H. Durrer

A. Graf

Wir bewahren,
was andere aufs Spiel setzen.

Liste 4 **SVP**

In den Nationalrat



*Karl
Betschart*

*Yvonne
Kraft-Rogenmoser*

*Marcel
Scherer-Heierli*

**So wollen wir
DIE SCHWEIZ**

- **Unabhängig und neutral**
- **Kein EU-Beitritt**
- **Vollbeschäftigung**
- **Mehr Geld ins Portemonnaie des Bürgers**
- **Schluss mit dem Asylmissbrauch**



Wählen Sie
Liste 3



*Sichere
Zukunft
in Freiheit*

SVP

Schweizerische Volkspartei des Kantons Zug

In den Regierungsrat:

Monika Hutter (SP) **Hanspeter Uster** (SGA)



Urs Birchler (SP) **Sybilla Schmid** (SGA)

SP/Sozialdemokratische Partei und Alternative.
 UNSERE GEMEINSAME LISTE.

In den Kantonsrat

Sozialdemokratische Partei

SP



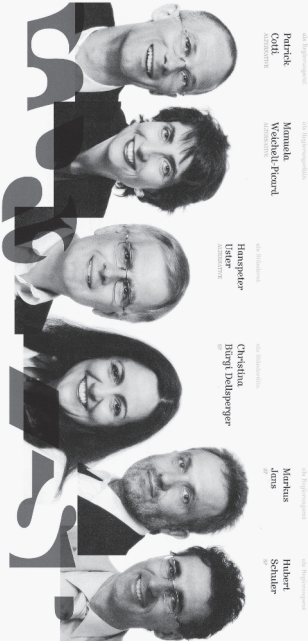
SGA

Sozialistisch Grüne Alternative

Ruth Wyss	Alois Gössi	Trudy Fux-Meier	Anna Lustenberger- Seitz
Hülya Gabriel	Monika Hutter-Häfliger	Diana Stadelmann	

SP, SGA und Parteilose

in den Regierungs- und Ständerat



**Patrick
Cott**
SP

**Monika
Weberli-Pfeud**
SP

**Hanspeter
Uster**
SGA

**Christina
Bingli-Underspiger**
SP

**Markus
Jura**
SP

**Hubert
Schuler**
SP

Gemeinsame Liste Alternative | SP



Hanspeter Uster SGA
Brigitte Profos SP
Hubert Schuler SP
Toni Kleimann KRIFO CHAM



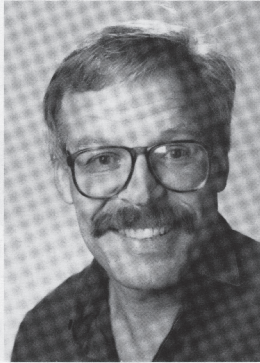
IN DEN REGIERUNGSRAT

WAHLEN 1990

In den Baarer Gemeinderat...



Ruedi Hug (SP)
Versicherungskonsulent



Walter Ineichen (SP)
Sekundarlehrer



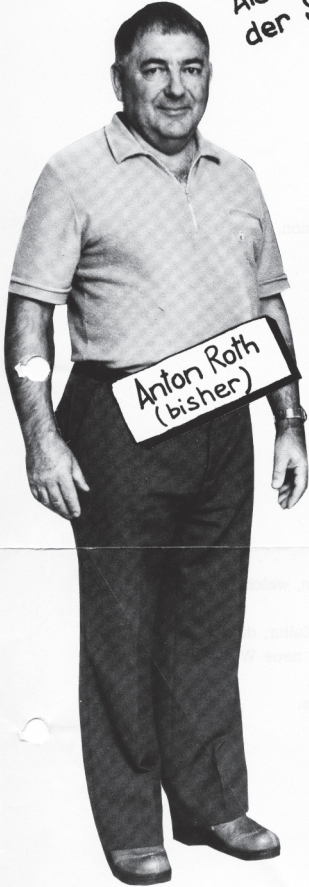
Sybilla Schmid (SGA)
Analytikerin
Programmiererin

... mit der
gemeinsamen Liste
von SP und SGA.

SP
Sozialdemokratische Partei

Sozialistisch
Grüne
Alternative **SGA**

Als Kantonsräte
der SP Cham:



Anton Roth
(bisher)



Jean-Pierre Prodoliet
(neu)



Marianne Perino-Muff
(neu)

sozial und
demokratisch

SP

Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften.



Bruno Bollinger

Im «Bären» in Zug sind wir mit Bruno Bollinger verabredet. Es freut ihn, dass sich das Innere des Restaurants kaum verändert hat, seit er hier vor vierzig Jahren mit Gleichgesinnten die Zuger Sektion der Revolutionären Marxistischen Liga (RML) gegründet hat. Seinen Traum der Revolution konnte er damals nicht verwirklichen. Aber als Präsident des Gewerkschaftsbundes (1992–2007) hat Bruno Bollinger einiges bewegt – und an den 1.-Mai-Feiern die Linken zusammengebracht.

Herr Bollinger, Sie waren Mitbegründer der Zuger Sektion der RML. Wie kam es dazu?

Wir waren eine Gruppe linker Lehrlinge und wollten Anschluss an eine grössere Organisation finden. Die SP war uns zu wenig links – nur gerade drei Monate lang war ich dort Mitglied. Am 1. Mai 1973 gründeten wir deshalb hier im kleinen Säli des «Bären» die Zuger RML.

Was genau passte Ihnen nicht an der SP?

Wir wollten den Kapitalismus, das heisst die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen, abschaffen, dafür brauchte es die Revolution. Von der SP konnten wir da keine Hilfe erwarten.

Mit welchen Mitteln wollten Sie die Revolution denn erreichen?

Die Absicht war, möglichst viele Leute zu organisieren und uns in der Arbeiterschaft so zu verankern, dass wir dabei sind, wenn etwas in Bewegung kommt. Ich arbeitete bei der Landis+Gyr – dort waren allein in Zug 5500 Arbeitende angestellt. Drei- bis viermal pro Monat verteilten wir Flugblätter. Wir denunzierten den Kapitalismus, um die Leute aufzurütteln.

Geklappt hat es dann doch nicht. Wann verabschiedeten Sie sich von der Idee der Revolution?

Es herrschte damals schon eine Aufbruchstimmung. Einige Länder wie etwa Italien oder Frankreich waren nicht so weit von einer Revolution entfernt, und in Spanien, Portugal und Griechenland herrschten noch Diktaturen. Aber irgendwann haben wir gemerkt, dass es ein längerer Weg ist, den wir auch mit politischen Mitteln wie Initiativen, Referenden und Wahlen beschreiten müssen.

Aus der RML entstand die Sozialistisch Grüne Alternative und daraus die Alternative – die Grünen. Dort sind Sie seit 1994 nicht mehr Mitglied. Wieso sind Sie ausgestiegen?

Ich sah meine Perspektiven immer mehr in den Gewerkschaften und nicht mehr in den Parteien. Die waren mir zu stark auf Parlamente, Wahlen und Abstimmungen ausgerichtet. Ich finde es nach wie vor wichtig, in den sozialen Bewegungen und bei Demonstrationen mitzumachen. Ich hatte in meiner politischen Karriere für alle möglichen Ämter kandidiert, wurde aber – im Nachhinein zum Glück – nie gewählt. Ich wäre kein Parlamentarier gewesen.

Wie kam es zu Ihrem Engagement für soziale Angelegenheiten?

Mein vermeintlich erster Schultag hat wohl dazu beigetragen, dass ich mich später gegen soziale Ungerechtigkeit einzusetzen begann. Ich bin im Februar geboren und wollte eigentlich mit den Kindern des Vorjahrganges eingeschult werden. Da aber der Sohn eines einflussreichen Baumeisters im Dorf – das war in Mesocco in Graubünden – etwas älter war als ich und noch nicht bereit war für die Schule, durfte auch ich nicht eingeschult werden. Ich schlich mich dann trotzdem am ersten Schultag ins Klassenzimmer, wurde aber wieder nach Hause geschickt, wo ich fürchterlich weinte. Und es war 1968, als ich in Zug die Lehre machte: die Proteste in Paris, die Rolling Stones und die Beatles gingen nicht spurlos an mir vorbei. Ich hatte lange Haare und sah mich als Hippie. Damals fiel man mit langen Haaren noch auf.

Wie gelangten Sie zur Gewerkschaft?

Meinrad Dossenbach war eine wichtige Figur für mich. Er und sein Bruder waren die «Gurus» der Zuger Hippiebewegung. Über ihn bin ich zur linken Lehrlingsgruppe gekommen und von dort in die RML. Irgendwann kam dann die Idee, sich den grösseren Arbeiterorganisationen anzuschliessen.

Welcher Arbeit gingen Sie bei Landis+Gyr nach?

Im Alter von 15 Jahren kam ich von Mesocco nach Zug, um die Lehre als Elektro-Eicher bei Landis+Gyr zu machen. Man entliess mich aber 1976. Die Konzernleitung hatte den Teuerungsausgleich verweigert und wir haben mit einem Flugblatt dazu aufgerufen, einen einstündigen Warnstreik zu machen. Das hat man mir dann als Streikaufruf und als Vertragsbruch ausgelegt, obwohl es gar nicht zum Streik kam.

Sie waren von 1992 bis 2007 Präsident des Gewerkschaftsbundes.

Wie kamen Sie zu diesem Amt?

Dem ging eine interessante Entwicklung voraus. Ruedi Hug und Othmar Romer hatten hohe Posten in den Gewerkschaften, weil sie von SP-Kreisen unterstützt wurden, um die noch Linkeren wie mich zu verhindern. Es waren aber genau die beiden, die uns später die Türen zur Spitze der Gewerkschaften öffneten. Wohl auch, weil man gesehen hat, dass wir nicht nur einfach subversiv sind, sondern unsere Arbeit auch ordentlich machen.

Was waren Höhepunkte, die Sie in Ihrer Zeit als Gewerkschaftsbundspräsident erlebt haben?

Der Gewerkschaftsbund wurde zum Angelpunkt der Zusammenarbeit der gesamten Linken in Zug. Als die Landis+Gyr 1992 Massenentlassungen ankündigte, verteilten wir gemeinsam Flugblätter. Da waren alle dabei: Hanspeter Uster, Othmar Romer, Urs Birchler, Sybilla Schmid. Daraufhin hatten wir unsere grösste Versammlung aller Zeiten. Rund 150 Leute kamen im grossen Saal hier im «Bären» zusammen. Das war wie bei der Russischen Revolution: Der Saal war übervoll, die Leute sind gestanden. Leider ging das nicht so weiter.

Was folgte darauf?

In den folgenden Jahren wurden auf Initiative des Zuger Gewerkschaftsbundes viele Abstimmungskampagnen von einem einheitlichen Komitee geführt,





in dem nebst der SP, die SGA, die alternativen Gruppen und sogar die christlichen Gewerkschaften dabei waren.

Die klassische Arbeiterschaft wird immer kleiner. Braucht es Gewerkschaften überhaupt noch?

Natürlich! Es gibt ja auch noch das moderne Proletariat der Dienstleistung. Leider sind dort die Gewerkschaften traditionell schwach vertreten. Seit Jahren erlebe ich den Widerspruch, dass die Leute denken, Gewerkschaften brauche es. Trotzdem machen sie den Schritt aber nicht, ihnen beizutreten. Ich erlebe in letzter Zeit jedoch eine neue Vorgehensweise, bei der sich jemand von der Gewerkschaft mit einem motivierten Arbeiter oder einer Arbeiterin zusammensetzt und sagt: «Ich bringe die Gewerkschaften, du bringst die Leute!» Das hat kürzlich bei einem Streik von Landschaftsgärtnerinnen in Schaffhausen sehr gut funktioniert.

Seit 2007 wohnen Sie nicht mehr in Baar, sondern in Erstfeld. Besuchen Sie auch heute noch die 1.-Mai-Feier in Zug?

Nein, mit den Zuger Linken habe ich nicht mehr viel am Hut. Im Zuge meiner Nachfolge im Präsidium des Gewerkschaftsbundes kam es zu Reibereien. Mir wurde das alles zu viel und ich wollte nichts mehr damit zu tun haben.

Sie arbeiten an einem Buchprojekt zum 1. Mai in Zug. Wie haben sich denn die 1.-Mai-Feiern über die Jahre verändert?

Lange feierten linke Kräfte im Kanton Zug den 1. Mai getrennt. Die RML organisierte 1973 eine Demonstration mit hundert Leuten in der Stadt. Ab dem folgenden Jahr hielten deshalb auch die Gewerkschaften eine eigene Veranstaltung ab. In der Folge nannten wir uns dann «der traditionelle 1. Mai» und sie sich «der offizielle 1. Mai». Erst später, als ich dann Präsident des Gewerkschaftsbundes war, begannen wir, gemeinsam auf dem Landsgemeindeplatz den 1. Mai zu feiern. Das wurde wirklich zum Fest der Linken, bei dem all die verschiedenen Gruppierungen zusammenkamen.

Wenn Sie nun von aussen auf Zug schauen, wie nehmen Sie den Kanton wahr?

Es ist schon traurig: Jedes Mal, wenn ich nach Zug zurückkehre, ist ein weiteres altes Haus weg. Deshalb bin ich froh, dass es den «Bären» noch gibt. Es ist wohl eines der letzten Restaurants, das noch so ist wie früher. Alles Alte wird abgerissen und neu überbaut. Verrückt sind auch all die Autogaragen hier: Mercedes, Audi, Maserati, Ferrari. Der Reichtum ist einfach sichtbar in Zug. Im «steinreichen» Kanton Uri ist es mir wohler als im «stinkreichen» Kanton Zug.

Was haben Sie trotzdem am Kanton geschätzt in den vierzig Jahren, in denen Sie hier lebten?

Das stimmt, ich habe lange hier gelebt, gekämpft und mich eingesetzt. Aber die politische Entwicklung wird immer schlimmer. Sogar die SVP im Kanton Uri ist mir weniger unsympathisch als die in Zug. In Uri besteht die Partei noch aus Leuten aus dem Volk, hier sind es vor allem Anwälte und Karrieristen. Aber ich möchte jetzt nicht die SVP Uri vergöttern, verlogen ist die SVP überall.

Welche weiteren Themen müssten in Zug angegangen werden?

Bezahlbare Mieten sind wichtig. Das ist ein Thema, womit sich die SP richtigerweise schon immer intensiv beschäftigt hat. Die Normalverdienenden werden aus dem Kanton hinausgedrückt – ich gehöre ja auch dazu. Mir gibt auch zu denken, dass schon wieder von Steuersenkungen die Rede ist.

Gibt es Personen, denen Sie gerne einmal begegnen möchten?

Da nenne ich zwei Personen, die beide nicht mehr leben. Einerseits Andreas Brunner, der FDP-Nationalrat und Finanzdirektor der Landis+Gyr war. Er lud mich 1975 nach den Wahlen, bei denen er nicht gewählt wurde, zu einem Gespräch ein – im Sinne einer Sozialpartnerschaft. Ich schlug das Gesprächsangebot aus, weil ich fand, mit Arbeitgebenden spreche ich nicht. Im Nachhinein gesehen war das ein Fehler. Denn mit Arbeitgeberinnen muss man verhandeln, wenn man etwas erreichen will. Die zweite Person ist Hans Eberli. Das war früher einer der rechtsten Sozialdemokraten. Er arbeitete in der Lohnabteilung der Landis+Gyr und war ein knallharter Gegner von mir. Er wehrte sich dagegen, dass ich Gewerkschaftsbundspräsident wurde. Als wir dann aber gegen die Massenentlassungen der Landis+Gyr mobil machten, stand er zuvorderst neben mir und unterstützte mich. Das war ein grosser Schritt von ihm, den ich sehr schätzte.

Brigitte Profos

Vor dem Theilerhaus in Zug treffen wir Brigitte Profos. Ihre knallrote Jacke trägt sie bewusst und bringt damit Farbe in den trüben Apriltag. Während die SP-Frau über ihre Vergangenheit als Zuger Kantonsrätin (1994–1998) und Regierungsrätin (2001–2006) berichtet, begegnen wir mehrmals ehemaligen Mitarbeitenden von ihr, die sie herzlich begrüsst.

Frau Profos, was hat Sie auf Ihrem politischen Weg geprägt?

Die Nicht-Wahl von Christiane Brunner hatte eine grosse Wirkung auf mich. Das wäre eine sehr fähige Bundesrätin gewesen. Ich war eine der Frauen, unter vielen anderen, die auf dem Bundesplatz demonstrierten, als dann Ruth Dreifuss gewählt wurde. Ich fand es haarsträubend, dass derart lange keine Frau im Bundesrat war.

Sie waren ja auch in der Gleichstellungskommission des Kantons Zug. Was haben Sie damals versucht zu bewirken?

Wir waren darum bemüht, einseitige Bilder in den Köpfen zu korrigieren. Ich meine: Wieso sollen Mädchen nichts mit Technik am Hut haben oder Knaben keine pflegerischen Berufe ergreifen?

Wenn Sie zurückschauen, hat sich etwas bewegt in diesem Bereich?

Nein, überhaupt nicht. Ich sehe sogar Rückschritte. Dass zum Beispiel das Gleichstellungsbüro und die -kommission im Kanton Zug abgeschafft wurden, finde ich sehr bedenklich. Das Bundesgericht hat die Untätigkeit des Kantons in diesem Feld gerügt.

Was hat Ihre persönlichen Wertvorstellungen geprägt?

Ich habe die SP gewählt, weil sie das verkörpert, was ich schon immer versucht habe: mich dafür einzusetzen, dass alle eine Chance haben. Nicht nur wenige, die ein grosses Mundwerk und viel Geld haben. Da wurde ich sicher von meinem Vater geprägt, einem Landarzt, der immer in unterschiedliche Verhältnisse hineingesehen hat. Ihm waren immer auch die Anliegen benachteiligter Leute wichtig.

Sie sind Präsidentin bei Pro Infirmis Schweiz.

Wie kamen Sie dazu?

Meine ältere Schwester war behindert. Ich wuchs mit ihr zusammen auf, weshalb mich das Thema Behinderung immer begleitet hat. Mir gefällt es, dass Pro Infirmis sich dafür einsetzt, dass Menschen mit Behinderung autonom über ihr Leben entscheiden können.

Auf welches Engagement in Ihrem politischen Wirken sind

Sie besonders stolz?

Aufs Theilerhaus! Das war eine lange Geschichte ... An meiner zweitletzten Regierungsratssitzung wurde es noch unter Schutz gestellt. So ein Gebäude darf man nicht einfach aus dem Gedächtnis streichen. Immerhin war es die Geburtsstätte der Landis+Gyr. Und ich freue mich über den blühenden TIXI-

Fahrdienst für Menschen mit Behinderung, den ich vor dreissig Jahren zusammen mit der Leiterin von Pro Infirmis Zug aufgebaut habe.

Sie wurden unter sehr schwierigen Umständen Regierungsrätin: nach dem Attentat im Zuger Kantonsrat. Wie war das für Sie?

Schwierig war es vor allem für die Mitarbeitenden. Mein Vorgänger war sehr engagiert und eine gute Führungskraft. Und dann kam mit mir plötzlich eine neue Person. Das war eine grosse Umstellung. Trotzdem wurde ich ohne Widerstände aufgenommen. Viele waren wohl auch froh, dass es schnell weiterging und keine Neuwahlen nötig waren.

Welche Auswirkungen hatte das Attentat auf das politische Klima?

Es gab schon Beteuerungen, vor allem von ganz rechts, dass man von nun an viel sorgfältiger miteinander umgehen sollte. Aber dem Firnis hab ich nie getraut. Es dauerte knapp zwei Jahre, dann hatten wir schon wieder das gleiche Hickhack wie zuvor. Ich finde aber nicht, dass man wegen eines solchen Ereignisses anders miteinander umgehen sollte. Man sollte überhaupt einfühlsamer miteinander umgehen.

Sie waren auch die erste Frau Landamman. Wie haben Sie Ihre Wahl erlebt?

Es gab grossen Widerstand. Ich wurde mit minimalem Ergebnis gewählt. Das hatte wohl auch damit zu tun, dass ich eine Frau war. Ich nahm das aber relativ gelassen und sagte mir: «Wenn ich nicht gewählt werde, ist das vor allem peinlich für den Kanton Zug, weniger für mich.» Für die Ausführung des Amtes war diese Vorgeschichte aber überhaupt kein Problem.

Von 1923 bis 2007 war die SP unentwegt im Regierungsrat vertreten. Seit 2007 nun nicht mehr. Wo liegen die Gründe für diese Entwicklung?

Man muss sich bewusst sein: Wir waren im Kanton Zug schon immer eine Minderheit. Es wäre aber denkbar, dass ich den SP-Sitz hätte halten können, wenn ich nochmals angetreten wäre.

Was sind derzeit die wichtigen Themen im Kanton Zug?

Ein wichtiges Thema, das aus meiner Sicht in letzter Zeit von der Regierung richtig angegangen wurde, ist die bauliche Entwicklung. Ich bin sehr froh, dass die Zersiedelung gestoppt und die Zahl der Neuzuzügerinnen in der Planung zurückgenommen wurden. Bedenklich ist für mich die Zuger Verwicklung mit der Finanzwelt und dem Rohstoffsektor. Wenn irgendwo ein Öltanker auf Grund läuft, führen die Fäden meist nach Zug. Zudem hat das Bundesgericht das Wahlgesetz des Kantons Zug beanstandet, weil es ein demokratisches Grundrecht verletzt: die Stimmrechtsgleichheit. Es kann doch nicht angehen, dass ein grosser Anteil der Wählenden ihren Wahlzettel ebenso gut in den Papierkorb statt in die Wahlurne werfen kann. Auch dieses Problem muss zwingend beseitigt werden.





Zari Dzaferi

Mit dem Ball unter dem Arm erscheint Zari Dzaferi zu unserem Gespräch auf dem Fussballplatz des FC Baar. Das Sporttrikot hat er zu Hause gelassen. Stattdessen trägt er ein Jacket, schliesslich ist er als Politiker hier. Der 28-Jährige ist einer der Jüngsten im Zuger Kantonsrat. Die Energie für sein politisches Engagement holt sich der aus Mazedonien stammende Sekundarlehrer beim Kicken im Freundeskreis.

Herr Dzaferi, wie sind Sie dazu gekommen, sich politisch zu engagieren?

Als ich mich immer wieder über die Kampagnen von ganz rechts aufregte, begann es mich zu interessieren, wie der politische Apparat eigentlich in der Praxis funktioniert, was ich als Bürger mitbewirken und verändern kann. So bin ich schrittweise in die Politik hineingerutscht.

Weshalb sind Sie der Sozialdemokratischen Partei beigetreten?

Ich schätze den einstigen Gemeinderat Wädi Ineichen sehr. Dies hat mich sicherlich dazu bewegt, mir die Baarer SP genauer anzuschauen. Dazu kommt, dass ich ein Arbeiterkind bin. Ich glaube, dass ehrliche Arbeit und Fleiss einen grossen Wert haben. Ein Familienvater muss mit seinem Lohn Kinder und Familie ernähren und stolz auf seine Arbeit sein können. Für solche Leute setzt sich die SP ein.

Gibt es weitere politische Figuren, die Sie prägten?

Mit der Zeit habe ich immer mehr Personen kennen gelernt, von denen ich lernen konnte. Auch Barbara Gysel, Markus Jans oder Eusebius Spescha gehören dazu. Sie engagieren sich seit vielen Jahren für die Zuger Politik und strahlen einen gesunden Menschenverstand aus. Ich bin nicht für eine Linksaussen-Politik, die extremistisch und gegen alles ist.

Sind Sie der Partei beigetreten, um in den Kantonsrat zu kommen?

Nein, mit meinem Beitritt wollte ich ein Zeichen setzen und unter anderem auch Migrantinnen und Migranten in ein besseres Licht rücken.

Sie waren 25 Jahre alt, als Sie in den Kantonsrat gewählt wurden.

Wie sehr sind Sie erschrocken, als Sie gemerkt haben, dass Sie tatsächlich reingekommen sind?

Ehrlich gesagt habe ich mit einem Platz geliebäugelt. Ich denke, wenn man politisch aktiv ist, muss man ein Amt ausüben oder in einer Kommission vertreten sein. Nur im Hintergrund zu arbeiten, war mir zu wenig. Mit einem Amt hat man ein anderes Gehör in der Gesellschaft und auf der politischen Bühne.

Wie sind Sie in das Amt als Kantonsrat hineingewachsen?

Das ging recht schnell. Wir sind eine kleine Fraktion, da kriegst du bald viel Verantwortung. Schon an meiner ersten Sitzung hielt ich ein Votum. Auch sind die Hierarchien in unserer Fraktion recht flach, man begegnet sich auf Augenhöhe. Aber noch heute lerne ich bei fast jeder Sitzung etwas dazu.

Hatten Sie das Gefühl, in einer speziellen Rolle zu sein, da Sie jung sind und einen Migrationshintergrund haben?

Ein Mustermigrant bin ich nicht, ich habe auch meine Macken. Aber als junger Aktiver konnte ich sicher Pluspunkte verzeichnen. Ich versuche mit vielen Personen gut auszukommen. Dafür bin ich im Kantonsrat mittlerweile wohl auch bekannt. Dazu kommt, dass mein Name auffällt. Ich kam mit sieben Jahren in die Schweiz, gross geworden bin ich aber in Baar. Mittlerweile identifiziere ich mich sehr stark mit meiner Bürgergemeinde, obwohl ich mit meinen Eltern zu Hause vorwiegend Albanisch spreche.

Für welche Themen setzen Sie sich besonders ein?

Als Sekundarlehrer bringe ich in Bildungsfragen Praxiswissen mit. Ich merke, dass mir im Kantonsrat zugehört wird, wenn es um diese Fragen geht. Natürlich sind aber auch Migration und Jugendfragen Schwerpunkte für mich. Zudem liegt mir die Wohnungsthematik am Herzen.

Was irritiert Sie im Kanton Zug?

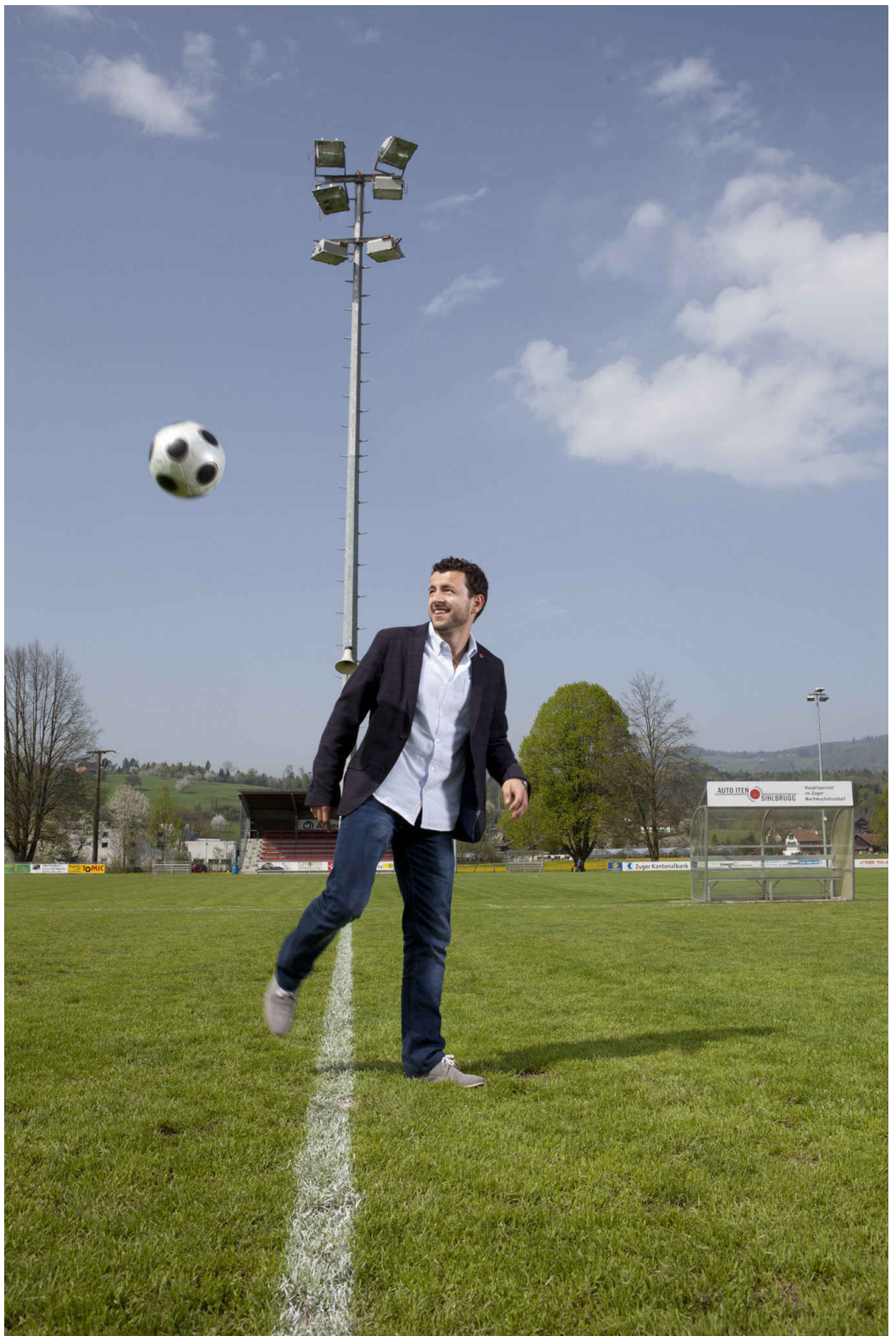
Dass hier eine Politik betrieben wird, die vor allem jenen dient, die sehr gut verdienen. Der gute Bevölkerungsmix gerät immer mehr ins Trudeln. Wenn ich von Freunden höre, die hier aufgewachsen sind und im Kanton Zug keine Wohnung bezahlen können, regt mich das auf. Im Kanton ist seit Langem eine Verdrängung des Mittelstandes im Gange. Dies kann fatale Folgen haben. In Gemeinden an der Zürcher Goldküste mussten auch schon neue Schulen schliessen, weil es schlicht keine Kinder mehr in der Gegend hatte. Soweit darf es im Kanton Zug nicht kommen. Wir sollten Familien fördern, da bin ich recht traditionell eingestellt. Ein Handwerker muss von seinem Job genauso leben können, wie einer, der mit Zahlen jongliert.

Auf welches politische Engagement sind Sie besonders stolz?

Von den achtzig Leuten im Kantonsrat haben zwei einen Migrationshintergrund. Ich bin einer dieser zwei. Zudem bin ich einer der wenigen unter dreissig Jahren, die im Kantonsrat einen Sitz haben. Darauf bin ich schon stolz. Es gibt aber noch keine konkrete Errungenschaft, auf die ich speziell stolz bin. Gute Sachen brauchen viele Jahre Vorlaufzeit. Grosse Ernten meiner Arbeit konnte ich bisher noch nicht einfahren. Ich bin aber zuversichtlich, dass ich in einer zweiten oder dritten Legislatur mehr in den einzelnen Geschäften mit bewirken kann.

Welche Zukunftsträume haben Sie für Ihre politische Karriere?

Ich könnte mir sehr gut vorstellen, einmal Gemeinderat und Lehrer gleichzeitig zu sein. Es würde mir viel bedeuten, im Gemeinderat von Baar mitzuarbeiten. Damit würde ich meiner Bürgergemeinde etwas zurückgeben, denn ich habe ihr viel zu verdanken. Vielleicht öffnen sich später auch Türen für einen nationalen Sitz. Was kommt, steht aber in den Sternen. Ich probiere mich vor allem auf die aktuellen Aufgaben zu konzentrieren.





Sie haben ein Postulat eingereicht für Stromanschlüsse für Laptops im Kantonsratssaal. Wie wichtig sind für Sie die neuen Medien in der Politik?

Die neuen Medien bringen viele Chancen, sie bergen aber auch Gefahren. Die ständige Erreichbarkeit etwa. Da muss man sich abgrenzen können. Immer mehr politisch Tätige stolpern auch über Facebook. Man muss sich bewusst sein, dass auch politische Gegnerinnen beobachten, was man da veröffentlicht. Wählerinnen gewinnt man aber nicht einzig und allein über Facebook oder über eine eigene Website. Es ist nach wie vor wichtig, dass man im Volk präsent ist. Sei es bei Anlässen, Gemeindeversammlungen oder beim Sammeln von Unterschriften auf der Strasse.

Jugendliche aus dem Balkan haben in der Schweiz nicht den besten Ruf. Wo sehen Sie die Ursachen?

Das Problem ist, dass nur ein paar wenige die Suppe versalzen, die an sich gut schmeckt. Häufig sind Leute aus dem Balkan involviert, die ein Kriegstrauma mitbringen. Die Medien nehmen das natürlich jeweils liebend gerne auf. Aber auch die Bildung ist ein Faktor: Viele Zugewanderte aus dem Balkan waren ursprünglich als Saisoniers in der Schweiz und haben später einen Familiennachzug erwirkt. Bildungsferne kann hier zum Teufelskreis werden.

Was könnte man dagegen tun?

Mein wichtigster Lösungsansatz ist, ältere Migrantinnen in Vereinen zu integrieren. Nur waren im ehemaligen Jugoslawien Vereine und Versammlungen unerwünscht. Die Älteren kennen die Vereinskultur gar nicht. Ich dagegen bin in den Kantonsrat gewählt worden, auch weil ich seit 1992 in Baar Fussball spiele und dadurch viele Leute kennen gelernt habe. Seit diesem Jahr engagiere ich mich auch bei Benevol Zug, der Fach- und Vermittlungsstelle für Freiwilligenarbeit. Wenn viele Migrantinnen sich in Vereinen einbringen, nimmt man sie als Individuen und nicht mehr als fremde Gruppe wahr.

Welchen Stellenwert hat Fussball in Ihrem Leben?

Einen sehr grossen. Einerseits weil ich beim Fussballspielen abschalten kann. Auf dem Rasen tanke ich Energie. Andererseits auch für mein soziales Zusammenleben. Der FC Baar ist wie eine erweiterte Familie für mich. Ich habe viel profitiert hier, nicht zuletzt sprachlich. Als ich 1992 in die Schweiz kam, begann ich, hier Fussball zu spielen. Mir blieb nichts anderes übrig, als deutsch zu sprechen.

Sie haben mit anderen Kantonsratsmitgliedern aus verschiedenen Parteien am Eidgenössischen Parlamentarier-Fussballturnier teilgenommen. Wie war es, für einmal die Gegnerinnen im eigenen Team zu haben?

Ich habe auf dem Platz Mitte-links gespielt, auf dieser Position fühle ich mich schliesslich auch im Kantonsratssaal am besten! Es ist wichtig für mich, dass Politisches politisch bleibt und man versucht, auf menschlicher Ebene gegenseitig einen guten Kontakt zu behalten.

Zu Ihrem Beruf: Wie hilft Ihnen Ihr Migrationshintergrund als Sekundarlehrer?

Ich kann Dinge ansprechen, wie es andere Lehrpersonen nicht können. Jugendliche können mir nicht vorwerfen, dass ich etwas gegen sie habe, weil sie nicht aus der Schweiz stammen. Auch die Zusammenarbeit mit Eltern kann einfacher sein, weil ich viele der Herausforderungen kenne, mit denen sie konfrontiert sind. Und nicht zuletzt kann ich in der Schule eine Vorbildfunktion für Secondos einnehmen. Als jemand, der etwas angerissen hat.

Sie sind mit sieben Jahren aus Mazedonien nach Baar eingewandert.

Was waren Ihre ersten Eindrücke im Kanton Zug?

Ich hatte einen schwierigen Start. In Mazedonien hatte ich jeden Tag von morgens bis abends gespielt. In der Schweiz kam ich gleich in die Schulmühle. Das war schwierig – auch sprachlich. Ich machte anfänglich nicht viel für die Schule. Meine Eltern hatten phasenweise mehrere Jobs gleichzeitig. Das bewundere ich. Für meine Eltern war es kaum möglich, mir schulisch zu helfen. Sie haben mir aber – dafür bin ich sehr dankbar – klare Strukturen gegeben, in denen ich mich bewegen durfte. Problematisch wäre gewesen, wenn ich meine Eltern so im Griff gehabt hätte, wie das bei einigen Jugendlichen mit Migrationshintergrund der Fall ist, die den Eltern alles Mögliche erzählen können.

Welche Werte haben Ihnen Ihre Eltern zusätzlich vermittelt?

Den Wert der Arbeit. Ab vierzehn habe ich immer gearbeitet und machte nur vier bis fünf Wochen Ferien pro Jahr. Bei meinem ersten Ferienjob ging ich eine Woche mit meinem Vater auf den Bau arbeiten. Mein Vater war dabei recht clever. Er behandelte mich wie den Hilfsarbeiter par excellence. Damit zeigte er mir, dass ich zwei Möglichkeiten habe: Entweder konzentriere ich mich auf die Schule und baue mir etwas auf – oder ich greife zur Schaufel.

In Zug leben viele Ausländerinnen. Wäre es nicht sinnvoll, wenn diese auf kommunaler Ebene wahlberechtigt wären?

Ganz klar. Es ist nur fair, dass auch ausländische Personen darüber mitentscheiden können, was mit ihren Steuergeldern passiert. Aber wir sind noch nicht bereit dafür. Im Kantonsrat wurde der Vorschlag, den wir von der SP einbrachten, massiv abgelehnt. Für mich war das auch etwas verletzend. Die Argumentation war, dass man für solche Rechte gänzlich Schweizerin oder Schweizer sein sollte. Gleichzeitig wird die Einbürgerung immer schwieriger. Die Frage ist, ob es nicht sinnvoll wäre, diesen Menschen etwas mehr Verantwortung zu übertragen. Die Schweizer und die Zuger Stimm- und Wahlbeteiligung beträgt durchschnittlich weniger als 50 Prozent. Es wäre schön, unsere Demokratie zu beleben, indem wir politisch interessierten Migrantinnen die politische Partizipation ermöglichen, mit oder ohne Einbürgerung!

Was halten Sie davon, dass die Einbürgerung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund erschwert wurde?

Das ist ein Zeichen mehr dafür, dass man in der Schweiz Angst vor Überfremdung hat. Diese Angst wird bewusst von ganz rechts geschürt, sie ist ihre Wahllokomotive. Das finde ich schade. So werden gegenseitige Antipathien

vergrössert. Auch die Annahme der Minarettinitiative enttäuschte mich sehr. Schliesslich habe ich noch nie ein Minarett in der Schweiz gesehen. Es ging also weniger um ein Minarett als um eine ausländerfeindliche Debatte.

Sind Sie selber religiös?

Ich bin sehr moderat eingestellt. Wenn man bei jeder Religion das Gute übernimmt, hat man keine Probleme miteinander. Vieles wird schlechtgeredet. Ein Beispiel ist Nicolas Blanchon. Der wird mit seinen extremen Ansichten als Sprachrohr der Muslime wahrgenommen, obwohl er ein erzkonservativer, konvertierter Schweizer ist. In Wahrheit ist die grosse Mehrheit der Muslime in der Schweiz gemässigt.

Bereitet Ihnen die zunehmend islamkritische Haltung in der Schweiz Sorgen?

Je mehr Antipathien man mit Gesetzen schürt, desto mehr zwingt man die Leute, sich zu einer Gruppe zu bekennen. Vor der Minarettinitiative waren einige wohl gemässigter. Diese Initiative hat damit das Gegenteil von dem bewirkt, was sie erreichen wollte. Sie gab unter anderem auch extremen Ansichten ein Sprachrohr. Das finde ich persönlich bedauernswert.

Wem möchten Sie einmal begegnen?

Keine einfache Frage! Die Person müsste extrem fleissig sein, sich selber etwas erarbeitet haben und mit dem, was sie erreicht hat, auch andern geholfen haben. Mutter Teresa wäre ein Beispiel. Sie kommt ursprünglich aus Mazedonien. Mit Engagement und Fleiss hat sie ein Zeichen in der Welt gesetzt. Auch Nelson Mandela würde ich gerne kennen lernen. Derzeit lese ich seine Biografie. Er zeigt darin auf, wie viel Fleiss und Kraft es braucht, bis man wirklich etwas verändert.

Theres Arnet-Vanoni

Mit Theres Arnet-Vanoni spazieren wir über einen der vielen sanft geschwungenen Moränenhügel bei Neuheim. Hier war sie zwölf Jahre lang Gemeinderätin für die FDP. Während wir über Stock und Stein gehen, schlägt Theres Arnet-Vanoni ein sportliches Tempo an. Kein Wunder: Sie ist ein Bewegungsmensch und regelmässig unterwegs in dieser zauberhaften Landschaft.

Frau Arnet-Vanoni, wie sind Sie zur Politik gekommen?

Ich war eine politische Senkrechtstarterin: Da man mich durch mein Engagement im Turnverein kannte, wurde ich für die Wahlen zum Gemeinderat in Neuheim angefragt. Dazu trat ich in die FDP ein. Gleich im ersten Anlauf wurde ich dann gewählt.

Wieso haben Sie sich für die FDP entschieden?

Ich wusste, in welche Parteien ich nicht wollte. Es gibt in der Gemeinde, damals wie heute, nur bürgerliche Parteien. Die FDP war die Partei, die am besten zu mir passte.

Wenn Sie auf Ihre Karriere zurückblicken, was würden Sie vielleicht anders machen?

Vielleicht würde ich als Frau trotz einer Familienpause im Beruf bleiben. Aber damals war das kein Thema. Heute ermögliche ich es meiner Tochter und später auch meinen Schwiegertöchtern, dass sie trotz Familie weiterhin mit einem Bein im Beruf stehen können. Ich betreue regelmässig die Grosskinder, was ich nie gegen Entgelt machen würde.

Was hat Ihre Wertvorstellungen geprägt?

Ich bin in einer Grossfamilie aufgewachsen, in der alle füreinander eingestanden sind. Es war von zu Hause aus gegeben, dass man etwas für die Allgemeinheit macht. Das versuchte ich, auch in meiner politischen Arbeit durchzuziehen.

Ist es ein Widerspruch, sich als FDP-Politikerin sozial zu engagieren?

Überhaupt nicht. Der FDP tut es gut, wenn sich ihre Mitglieder in jenen Gebieten betätigen, von denen es heisst, sie seien das Thema der Linken. Aber manchmal fühlte ich mich schon etwas unwohl in der FDP, weil ich mit meinen Anliegen nicht immer auf der Linie der Partei war. Und heute ist die FDP für mich zu stark nach rechts gerutscht.

Wie lief die Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinaus?

Die habe ich als sehr gut erlebt. Ich habe keine Berührungsängste mit anderen Parteien, dafür meine Vorlieben: Die weiter rechts mag ich nicht so, aber mit der SP habe ich gar keine Probleme. In Vereinen habe ich die Arbeit von ganz vielen Frauen und Männern der SP schätzen gelernt, die sehr viel bewegen, dranbleiben und Biss haben.

Mittlerweile sind Sie politisch nicht mehr aktiv. Noch immer sind Sie aber Präsidentin von Benevol Schweiz, einer Organisation, die sich für die Anliegen der Freiwilligenarbeit einsetzt. Wozu braucht es diese Arbeit?

Freiwilligenarbeit ist sehr wichtig für unsere Gesellschaft. Die Welt wäre viel ärmer ohne sie: Es profitieren viele Menschen von dieser Arbeit, zudem sehen auch viele freiwillig Tätige einen persönlichen Nutzen darin.

In welchen Bereichen ist Freiwilligenarbeit besonders wichtig?

In allen Bereichen: In der Politik, der Kultur, im Sport, in der Jugendarbeit – vor allem aber in der Altersarbeit ist der Einsatz von Freiwilligen eine Bereicherung, bleibt doch in der Pflege und Betreuung von betagten Menschen kaum mehr Zeit für persönliche Gespräche.

Sie betreiben regelmässig Sport. Weshalb ist das wichtig für Sie?

Die Bewegung in der Natur hilft mir, neue Kräfte zu tanken. Gerne bewege ich mich in einer Gruppe, da dadurch auch soziale Kontakte entstehen. Ich walke und wandere ausgiebig, fahre gerne Ski und liebe das Velofahren.

Was irritiert Sie am Kanton Zug?

Im Moment der Liegenschaftsmarkt. Weil die Preise sich immer mehr erhöhen, ist es für weniger betuchte Menschen fast unmöglich geworden, hier Fuss zu fassen. Viele junge Familien, die ein Eigenheim möchten, müssen den Kanton verlassen.

Wie könnte man dieser Entwicklung entgegenwirken?

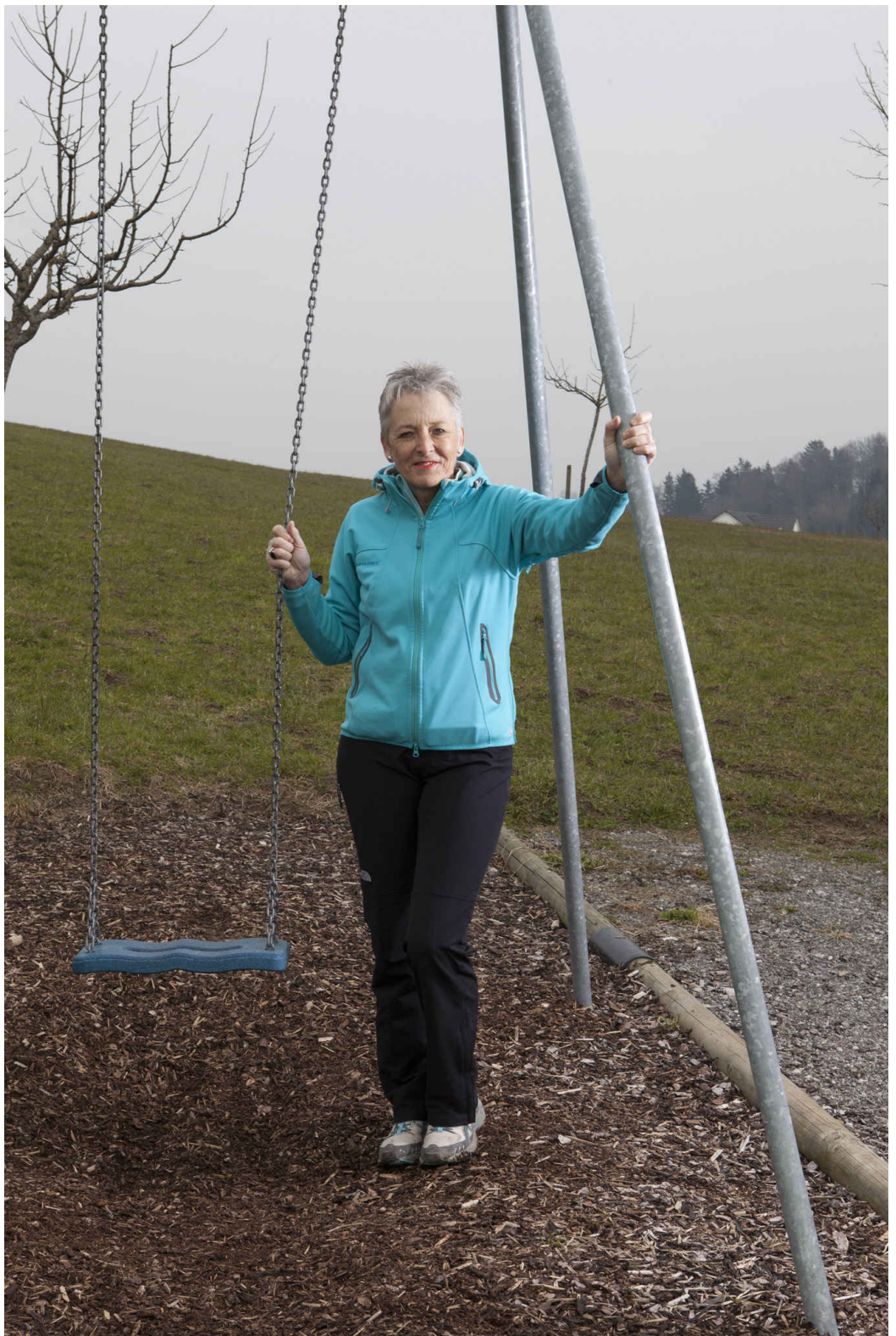
Damit die soziale Durchmischung gewährleistet wird, muss der gemeinnützige Wohnungsbau verstärkt werden.

Und was schätzen Sie am Kanton Zug?

Die Offenheit der Menschen und die Schönheit der Natur.

Wie erklären Sie sich diese Offenheit der Zuger Bevölkerung?

Die Nähe zueinander ist wohl ein Grund. Wir haben nur elf Gemeinden im Kanton. Die hat man schnell an einem Tisch zusammen. Dazu kommt, dass der Kanton viele Zuziehende hat. Das ergibt eine Durchmischung, in der Traditionen nicht so viel bedeuten, dafür Offenheit umso wichtiger ist.





Urs Birchler

Urs Birchler empfängt uns in seinem Büro im Berner Inselspital, einem hellen Raum mit altem Parkettboden. An der Wand hängt das Testament von Anna Seiler, die im 14. Jahrhundert jenes Hospital gründete, aus dem das Inselspital hervorging. Urs Birchler ist seit zehn Jahren Direktionspräsident dieser Klinik, an der 7400 Menschen angestellt sind. Der Ökonom kam im Alter von 36 Jahren in den Zuger Regierungsrat – schon dort beschäftigte er sich mit dem Gesundheitswesen.

Herr Birchler, welche Beweggründe führten Sie eigentlich in die Politik?

Bereits als Gymnasiast im Benediktiner-Kollegium in Sarnen begann ich mich mit der Drittweltproblematik und dem Vietnamkrieg zu befassen. Schliesslich studierte ich Volkswirtschaft, wobei ich vom Interesse an der Politik getrieben war. Ich war daran interessiert, eine Gesellschaft unter dem Stichwort «Wohlstand für alle» zu entwickeln. Mit 23 Jahren trat ich dann der SP bei.

Gab es Figuren in der Politik, die Sie prägten?

Salvador Allende war Chiles Präsident, als er 1973 starb. Als ich jung war, re-präsentierte er für mich Gerechtigkeit. Aber auch Nelson Mandela mit seinem Glauben ans Positive beeindruckte mich. Eigentlich konnte ich nie nachvollziehen, wie man 24 Jahre im Gefängnis sein kann, ohne verbittert zu sein. Ihm gelang es mit einer positiven Taktik, gesellschaftliche Veränderungen zu erreichen. Es gab aber auch Figuren in der Schweiz. Als ich Präsident der SP Baar war, haben wir einmal Helmut Hubacher eingeladen. Er machte mir mit seiner Souveränität und seinem politischen Instinkt grossen Eindruck.

Im Alter von 28 Jahren wurden Sie in den Zuger Kantonsrat gewählt, acht Jahre später in den Regierungsrat. Wie kam es, dass Sie dort das Amt des Gesundheitsdirektors übernahmen?

Die Direktion für Gesundheit und Forst galt damals als unwichtig, weshalb man sie der SP übergab. Bereits mein Vorgänger, der SP-Regierungsrat Thomas Fraefel, hatte dieses Amt inne. Während meiner Amtszeit wurden das Spitalwesen und die Drogenproblematik dann aber zu wichtigen Themen. Zürich erwartete, dass wir die Leute aus unserem Kanton, die an der offenen Drogenszene beteiligt waren, zurückholen. Wir errichteten Institutionen, in denen Drogensüchtige wohnen konnten, und organisierten in den Räumen der Krankenschwesternschule im Kantonsspital in Zug ein Heroinabgabeprogramm.

Waren diese Massnahmen erfolgreich?

Ja, das waren sie. Es ging vor allem darum, die Lebenssituation der Betroffenen zu verbessern. Zu verhindern, dass sie in Beschaffungsstress kamen und sich prostituieren mussten oder kriminell wurden. Das Abgabeprogramm brauchte aber viel Überzeugungsarbeit, denn es fand in einem Einfamilienhausquartier statt.

Das andere grosse Projekt in Ihrer Amtszeit betraf die Spitäler im Kanton. Wie war die Ausgangslage?

Wir hatten das Kantonsspital und die Klinik Liebfrauenhof in der Stadt Zug, dazu kamen das Spital Baar und das Spital Cham. Es war schwierig, aufzuzeigen, dass es in Zukunft nur noch zwei und nicht mehr vier Spitäler braucht.

Hatte das Volk die Reduktion von vier auf drei Spitäler nicht abgelehnt?

Das stimmt, das war aber noch zur Zeit meines Vorgängers. Als ich mein Amt antrat, war klar, dass alle Spitäler massiv erneuert werden mussten. Wir planten jegliche Investitionen und zeigten deren massive Kosten auf. So wurde der Bevölkerung bald klar, dass es keinen Sinn macht, alle vier Spitäler zu behalten, worauf die Reduktion auf zwei Spitäler gelang. Natürlich gefiel das nicht allen. Ich war danach einigen Anfeindungen ausgesetzt.

Wenn Sie heute zurückschauen: Können Sie sagen, dass Sie die richtigen Entscheidungen getroffen haben?

Ich stelle einfach fest, dass der Kanton Zug seit zehn Jahren kein Spitalproblem hat. Es gibt das Zuger Kantonsspital in Baar und ein kleineres Privatspital in Cham. Mittlerweile gibt es keine Anfeindungen mehr. Im Gegenteil, ich höre immer wieder, dass es gut funktioniert.

Was konnten Sie aus Ihrer Zeit als Gesundheitsdirektor mitnehmen für Ihre Tätigkeit am Insepsital?

So wie ich in der Politik den Kantonsrat und die Regierung mit Argumenten überzeugen musste, ist es auch hier. Ich kann nicht einfach sagen: «So ist es und so machen wir das!»

Ende Jahr beenden Sie Ihre Tätigkeit als Direktionspräsident des Insepsitals. Welches sind die grössten Herausforderungen in dieser Position?

Das Insepsital ist wie eine eigene Gemeinde. Hier sind 7400 Leute angestellt. Meine Chefärztinnen und Werkstattchefinnen sind jedoch Uniprofessorinnen. Sie alle sind sehr ehrgeizig und schauen für ihre Klinik. Die einzelnen Optima von ihnen decken sich nicht immer mit dem Gesamtoptimum. Meine Hauptaufgabe ist es, dass wir einen gemeinsamen Nenner finden. Wir sind keine Firma, die man einfach «top-down» dirigieren kann. Das würde mir auch nicht entsprechen.

Welche Herausforderungen sehen Sie derzeit in unserem Gesundheitssystem?

Medizin, Pflege und Therapie machen stetig Fortschritte, die aber auch etwas kosten. Grosse Operationen kann man gar nicht mehr selber bezahlen. Das funktioniert nur mit dem Solidaritätsprinzip, über Steuern und Prämien. Aber wir alle wollen nicht weitere Steuern und Prämien bezahlen. Im System fehlt schlicht das Geld für das, was heute an Behandlungen möglich ist.





Sie sind noch immer im Verwaltungsrat des Zuger Kantonsspitals in Baar. Gerade wurden Sie wieder für vier Jahre gewählt.

Was ist Ihr Beweggrund für diese Tätigkeit?

Als ich mit 48 als Regierungsrat aufhörte, habe ich zehn Jahre nicht mehr für den Kanton gearbeitet. Dann jedoch war das Spital in einer schwierigen Situation: Der gesamte Verwaltungsrat war zurückgetreten. In einer Taskforce half ich mit, das Spital wieder «flottzukriegen». Da uns das bestens gelang, blieb ich gleich im Verwaltungsrat.

Ist die Arbeit dort für Sie eine Herzensangelegenheit?

Ja, das kann man so sagen. Schliesslich hatte ich dafür gekämpft, dass das Kantonsspital in Baar überhaupt gebaut wurde. Zwar ist es aussergewöhnlich, dass es im Hauptort eines Kantons kein Spital gibt. Es war aber besser, an einem neuen Ort ein vollständig neues, für die Prozesse optimiertes Spital zu bauen.

Sie wohnen derzeit etwas ausserhalb von Bern.

Welche Unterschiede sehen Sie zwischen dem Kanton Bern und dem Kanton Zug?

Zug ist von der Grösse und Kompaktheit her ganz anders. Bern hat vom Grimsepass bis zum Berner Jura eine ganz andere Geografie und ist sehr heterogen. Wenn man nur die Stadt Bern und ihre Agglomeration nähme, würde Bern knapp zu den finanzstarken Kantonen zählen. Aber mit den strukturschwachen Regionen Emmental, Berner Oberland und Berner Jura hat der Kanton eine grosse Herausforderung: Es gibt zu wenig Gewinn, um genügend Steuern zu erheben. Der Kanton kann kaum finanzieren, was die Gesellschaft braucht. Zusätzlich gibt es in Bern einen Stadt-Land-Konflikt. Das Land fühlt sich benachteiligt, weil man aus ökonomischen Gründen alles zunehmend zentralisiert. Das führt dazu, dass ländliche Politikerinnen im Kantonsrat gegen städtische Bedürfnisse stimmen, was das politische Klima enorm erschwert.

Welche drängenden Probleme sehen Sie dagegen im Kanton Zug?

Ich bin nun seit elf Jahren in Bern und merke, dass sich Zug in dieser Zeit verändert hat. Vor allem die Entwicklung der Wohnkosten ist für die Gesellschaft nicht gut. Das drängendste Problem ist deshalb die Frage, wie teuer das Wohnen sein soll. Das zweite Problem sind die Steuern. Wenn ausländische Firmen keine Steuerprivilegien mehr haben sollen, muss Zug die Steuerpolitik so gestalten, dass diese Firmen abwandern werden. Oder Zug muss den Schweizer Firmen so entgegenkommen, dass es weniger Steuern gibt. Das ist effektiv eine Herausforderung.

Würden Sie das Zuger Steuermodell nicht als erfolgreich bezeichnen?

Für den Kanton Zug ist es schon erfolgreich. Aber ich kann verstehen, dass es andere Länder bekämpfen. Das würden wir genauso machen. Bei Rohstofffirmen findet die Wertschöpfung im Ausland statt. Deshalb müsste der Gewinn auch dort besteuert werden.

Wie sehen Sie die nationale Steuerpolitik: Wäre eine Steuerharmonisierung zwischen den Kantonen denkbar?

Das Schweizer System hat mit seinem Föderalismus durchaus seine positiven Seiten. Man kann nicht einfach alles gleichschalten. Aber die Unterschiede zwischen juristischen Personen, also Firmen, müssten viel enger sein, denn in der Marktwirtschaft sollten für alle dieselben Spielregeln gelten. Das ist momentan nicht der Fall.

Wie sehen Sie die Entwicklung der Zuger Linken?

Ich bedaure sehr, dass die SP nicht mehr im Zuger Regierungsrat vertreten ist. Das hat wohl mit dem gesellschaftlichen Wandel im Kanton zu tun. Geld spielt derzeit in Zug eine wichtige Rolle. Damit ist es für die SP zwangsläufig schwierig. Zu meiner Zeit hatten Hanspeter Uster und ich unsere Sitze noch auf sicher. Heute ist das nicht mehr so.

Was irritiert Sie am Kanton Zug?

Der Bauboom und die hohen Preise. Und dass wir in Zug den höchsten Anteil an Porsches pro Einwohnerin haben.

Was möchten Sie noch erreichen?

Wenn ich hier am Inselspital aufhöre, möchte ich weiterhin ein engagierter, politischer Bürger sein und – das ist eine grosse Herausforderung – zufrieden ins Alter gehen.

Barbara Beck-Iselin

Im Schulhaus Sonnengrund in Menzingen haben wir mit Barbara Beck-Iselin abgemacht. Hier streifen wir durch die Zimmer, in denen sonst Kinder über den Mittag oder nach der Schule spielen, essen oder «Uffzgi» machen. Möglich macht dies die Schulergänzende Betreuung, die Barbara Beck-Iselin leitet. Sie ist zudem Co-Präsidentin der Alternative – die Grünen, vierfache Mutter von erwachsenen Kindern und war lange bei der Frauenzentrale Zug engagiert.

Frau Beck-Iselin, wie wurden Sie politisch aktiv?

Schon in der Jugend habe ich mich für Umweltthemen und Ernährung interessiert. Als ich dann als junge Erwachsene im Spital als Laborantin arbeitete, war ich in der Gewerkschaft aktiv. In Zug herrschten damals noch sehr starre Strukturen. Es gab die FDP und die CVP, sonst nicht viel. Die SP gab es zwar auch schon, die hat mir aber nicht wirklich entsprochen. Ich hatte das Gefühl, ich passe nicht so ganz in diese Gruppe. Ich war einfach eine Linke, ohne mich auf eine Partei festzulegen.

Das heisst, Sie waren lange Zeit in keiner Partei?

Genau. Erst nach dem Zuger Attentat wurde ich richtig politisch aktiv. Zuvor war ich in verschiedenen Vorständen. Da war es einfacher, politisch unabhängig zu sein.

Wie beeinflusste das Attentat Ihren Werdegang?

Ich war keine Parlamentarierin zu dieser Zeit. Im Kantonsrat wollte ich mir an diesem Tag aber eine Verhandlung anhören. Ich kam dann zwei Minuten nach der Schiesserei zum Parlament und erlebte den ganzen Aufruhr. Da merkte ich, dass es Zeit ist, Farbe zu bekennen und bei der Alternative – die Grünen einzusteigen. Das Attentat hatte einen grossen Einfluss auf die Zuger Politik. Der Schock über das Geschehene hat für gewisse Zeit die Grenzen zwischen den Parteien aufgelöst. Viele hatten die Hoffnung, es käme eine andere Kultur, aber das war eine Illusion. Zwischen dem linken und dem rechten Lager wurde es später sogar eher gehässiger.

Vor drei Jahren wurden Sie dann Co-Präsidentin der Alternative – die Grünen. Weshalb waren Sie nie in einem Parlament?

In meiner Gemeinde braucht es 33 Prozent der Stimmen für einen Kantonsratsitz, diese Hürde ist für eine Linke zu hoch. Darum möchten wir ja auch das Wahlgesetz ändern. Ein Sitz im Parlament war also nie in Reichweite. Ich hatte ja vier Kinder. Da mein Mann sein Arbeitspensum nicht reduzieren konnte und es keine familienergänzende Betreuung gab, war auch Erwerbstätigkeit nicht möglich. So konzentrierte ich mich auf ehrenamtliche Tätigkeiten. Ich war in der Gewerkschaft, in der lokalen Spitex-Organisation, in verschiedenen Vereinen. Lange war ich in der Frauenzentrale Zug – zuerst neun Jahre im Vorstand (1993–2002), dann sechs Jahre als Präsidentin (2002–2008) – und auch national beim Bund Schweizerischer Frauenorganisationen engagiert. Das ist auch Politik und spannend.

Wieso nannten Sie sich nicht einfach «Grüne»?

Die Partei entstand aus Oppositionsgruppierungen, bei denen das Soziale fast wichtiger war als das Grüne. Aber die Diskussion gibt es noch heute, ob wir uns nicht einfach Grüne Kanton Zug nennen sollten.

Als Sie jung waren, waren Sie auch bei Protestaktionen dabei.

Wie lief das ab?

Man hat sich getroffen und diskutiert und gefordert. Wir wollten schliesslich die Welt verbessern. Als ich noch in der Kanti war, machten wir einmal an Weihnachten einen Protest gegen Hunger und Rohstoffhandel. Die jungen Männer begaben sich in einen Hungerstreik, die Frauen gingen ehrenamtlich arbeiten. Das war noch geschlechtergetrennt, aber es herrschte eine Aufbruchstimmung damals.

Was waren die Forderungen?

Wir wollten die «verknoteten» Strukturen aufbrechen. Das kann man sich heute nicht mehr vorstellen. Junge Lehrerinnen verloren zum Beispiel den Job, wenn sie geheiratet hatten. Nahmen sie doch einem Mann die Arbeit weg! Man durfte auch nicht in Wohngemeinschaften oder als unverheiratetes Paar zusammen wohnen. Wir hatten Freunde, die als Dienstverweigerer im Gefängnis sassen. Die Personen, die das Sagen hatten, waren radikal. Es gab keinen Dialog zwischen Alt und Jung. Die Schulen waren noch fest in katholischen Händen, viele Klöster hatten ihre Schwestern in Schulen oder Seminaren. Den Einfluss des Katholizismus hat man stark gespürt. Damit hatte ich meine Mühe. Es gab dann aber verschiedene Organisationen, die sich in den 1970er-Jahren für soziale Anliegen engagierten und Angebote schufen, zum Beispiel die Frauenzentrale oder die Gemeinnützige Gesellschaft.

Wie steht es mit den heutigen Jungen: Haben diese weniger das Bedürfnis, die Welt zu verändern als Ihre Generation?

Das sehe ich nicht so. Die heutigen Jungen sind ebenso engagiert, aber auf eine andere Weise. Da komme ich nicht immer mit. Weder in Twitter noch in Facebook kann ich Zeit investieren, ich nutze andere Kanäle.

Was früher auf dem Landsgemeindeplatz lief, geschieht heute online?

Genau, die Form des Protests hat sich einfach verändert. Wir waren noch richtige Hippies, liefen aus Protest barfuss in der Gegend umher. Ich freue mich, wie heute zum Beispiel online innerhalb kürzester Zeit Unterschriften gesammelt werden oder wie die linken Jungparteien aktiv ins Geschehen eingreifen. Ich kenne persönlich sehr viele engagierte Junge.

Worauf legen Sie Wert bei Ihrer politischen Tätigkeit?

Mir ist es wichtig, mit Freude zu politisieren. Da habe ich manchmal auch mit der Verbissenheit meiner eigenen Parteikolleginnen ein Problem. Einen zu starken Fanatismus finde ich schwierig. Der bringt niemanden weiter.

Gibt es Figuren in der Politik, die Sie prägten?

In meiner Jugend gab es einige bürgerliche Männer in der Zuger Politik, die mich stark prägten. Aber im negativen Sinne. Ich wollte nie so werden wie die. Starke Frauenvorbilder gab es nur wenige.





Welche Vorbilder gibt es heute für junge Frauen?

Da gibt es viele, sei es in der Wirtschaft, in der Politik oder sonstwo. Frauen erreichen heute etwas! In der Wirtschaftswelt macht mir zum Beispiel die Appenzellerin Gabriela Manser grossen Eindruck, die eine kleine Mineralwasserfirma wieder zur Blüte gebracht hat. Oder Manuela Weichelt, die zeigt, dass man auch mit kleinen Kindern Regierungsrätin sein kann.

Sie sind auch beim Skilift am Lindenberg in Menzingen engagiert.Weshalb setzen Sie sich dafür ein?

Vor 15 Jahren bin ich da reingerutscht, weil man jemanden an der Kasse brauchte. Mir macht diese Arbeit Freude, weil ich mit Kindern und Jugendlichen zu tun habe. Seit ich klein war, engagiere ich mich für Projekte mit Kindern.

2009 stand die Familienhilfe Zug kurz vor dem Aus. Dank dem Schritt an die Öffentlichkeit konnte sie jedoch gerettet werden. Sie haben danach das Präsidium übernommen. Wie steht die Familienhilfe heute da?

Ganz gut. Dank guter Öffentlichkeitsarbeit und der Mithilfe von prominenten Persönlichkeiten konnten wir Stiftungen, Kirchengemeinden und politische Gemeinden als Gönner finden. Viele Personen waren der Meinung, es könne ja nicht sein, dass im reichen Kanton Zug so eine Organisation sterben müsse. Aber aktuell will die Stadt wieder sparen, und ich kämpfe wieder um den Defizitbeitrag. Dabei könnten auch die Steuern endlich wieder erhöht werden. Schon ein Prozent bewirkte Wunder. Tiefe Steuern und dafür Qualitätsabbau, das geht für mich nicht!

Wem möchten Sie einmal begegnen?

Im Jahr 2005 waren 1000 Frauen aus der ganzen Welt für den Friedensnobelpreis nominiert. Da waren einige sehr interessante Persönlichkeiten dabei, die ich gerne einmal treffen würde. Acht von ihnen hatten wir von der Frauenzentrale nach Zug eingeladen.

Was irritiert Sie im Kanton Zug?

Die Rohstoffbranche gibt mir schon zu denken. Da hat es Menschen, die kein soziales Gewissen haben. Die schlagen Kapital daraus, dass andere Länder korrupt sind und sich die Leute dort zu wenig wehren. Das Geld, das diese Personen verdienen, können sie gar nicht ausgeben in ihrem ganzen Leben.

Was würde den Kanton Zug bereichern?

Orte, an denen sich Leute treffen können, um Musik oder Kunst zu machen. Das «Café Aige» war so ein Ort, aber das musste kürzlich schliessen. So kleine Inseln, bei denen nicht alles rentieren muss, fehlen schon. Wir sollten generell mehr über den Inhalt als über das Geld reden.

Die Bürgerlichen sind im Kanton Zug sehr stark. Muss man sich als Linke damit abfinden?

Nein, auf keinen Fall. Wir müssen uns engagieren und wunde Punkte aufzeigen, immer wieder Partei ergreifen für sozial Schwache und für die Natur. Das ist anstrengend. Wir haben sehr viele Ausländerinnen und Ausländer hier im Kanton. In meiner Kindheit hörte man vor allem Portugiesisch, Italienisch

und Spanisch auf der Strasse. Heute hört man Englisch, Hochdeutsch oder Dänisch. Das finde ich sehr eindrücklich. Bei den Italienischsprachigen fand man noch, dass sie Deutsch lernen müssen. Heute wird man in jedem Laden in Zug auch auf Englisch bedient. Viele Englischsprechende lernen kein Deutsch. Das ist schade.

Und da sehen Sie einen Zusammenhang mit der Dominanz der Bürgerlichen?

Ausländerinnen wählen nicht. Vor allem viele Deutsche sagen uns: «Wenn wir könnten, würden wir Grün wählen.» Aber sie haben weder Stimm- noch Wahlrecht. Damit fallen 30 Prozent der Bevölkerung weg.

Wie könnten die Linken wieder höhere Prozentzahlen erreichen?

Das ist schwierig. Derzeit geht es den Leuten einfach zu gut.

Pietro Panico

In der Bibliothek des Centro Italiano in Zug sprechen wir mit Pietro Panico. Zu jeder der zwanzig Regionen Italiens hängt ein Bild an der Wand. Auch Apulien mit der Provinz Lecce ist vertreten, von wo Pietro Panico 1962 aufbrach, um in der Schweiz Arbeit zu suchen. Hier fand er nicht nur eine Stelle, sondern auch eine wichtige Position in der Gesellschaft: Als Gewerkschafter und Präsident des Centro Italiano hilft er seinen Landsleuten, das Leben in der Schweiz zu meistern. Auch an diesem Morgen klingelt sein Handy immer wieder, die Ratschläge von Pietro Panico sind begehrt.

Herr Panico, was bewegte Sie dazu, nach Zug auszuwandern?

Als ich 18 Jahre alt war, fragte mich ein Freund, ob ich nicht auch in die Schweiz kommen wolle. Viele Leute aus Alessano, dem Dorf in der Provinz Lecce, wo ich herkomme, arbeiteten damals in der Schweiz. Dann ging ich auch und begann, bei Landis+Gyr als Gruppenführer zu arbeiten.

Haben Sie dafür andere Berufspläne aufgegeben?

Eigentlich studierte ich im Kollegium, um Priester zu werden. Aber mir wurde klar, das ist nichts für mich. Ich wollte eine Frau und eine Familie haben.

Wie haben Sie die Fremdenfeindlichkeit in Ihren ersten Jahren in der Schweiz erlebt?

Es gab schon einen Druck auf uns Italiener von verschiedenen Seiten. Dazu gehörten auch die Initiativen gegen die Fremdarbeiter. Aber die Schweiz brauchte die Arbeitenden aus Italien. Der Einfluss aus Italien hat die Schweiz auch bereichert.

Wie kam es zu Ihrem Engagement bei der Gewerkschaft?

Bei Landis+Gyr war ich in der Betriebskommission. Am Morgen hatten wir jeweils zwölf Minuten Pause. In dieser Zeit kamen immer Italienerinnen und Italiener mit kleinen und grossen Problemen zu mir und baten mich um Ratschläge. Die Pause reichte nie, um allen Menschen zu helfen. Ich habe dann neben meinem Job angefangen, in Bern für die Gewerkschaft zu arbeiten. Einmal hatte ich vor lauter Stress eine Magenblutung und musste ins Spital. So konnte es nicht weitergehen. Zum Glück hat mir die Gewerkschaft SMUV 1992 einen richtigen Job angeboten, und ich konnte bei Landis+Gyr kündigen.

Und nun sind Sie pensioniert?

Ja, aber ich arbeite noch ehrenamtlich für das Sekretariat der Gewerkschaft. Zusätzlich biete ich Sprechstunden im Centro Italiano an für Personen, die Fragen zur Rente oder Probleme mit dem Pass haben. Auch für das italienische Konsulat bin ich beratend tätig.

Seit 1990 sind Sie Präsident des Centro Italiano, das 1970 gegründet wurde. Was sind die wichtigsten Aufgaben des Centro?

Wir sind ein Stützpunkt für alle. Die Menschen kommen hierher, um zu essen, Karten zu spielen oder Fussball zu schauen. Wir haben auch einen Computerraum, wo wir Kurse anbieten und Deutsch- oder Italienischkurse organisieren.

Wenn jemand mit einem Problem kommt, zum Beispiel zu einer Firmengründung oder für mehr Wissen über ein Gesetz, helfen wir. Darin habe ich nun schon viele Jahre Erfahrung.

Was hat sich am Centro Italiano in den letzten Jahrzehnten verändert?

Es kommen weniger Italienerinnen und Italiener als früher. Heute sind die Jungen natürlich auch in anderen Vereinen. Dafür schauen wir nun auch für die Integration anderer Nationalitäten. Häufig sind Leute aus Eritrea hier, das war früher eine italienische Kolonie. Manchmal kommen auch tamilische Personen und Leute aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Worauf in Ihrer Karriere sind Sie stolz?

Ich habe verschiedene Auszeichnungen erhalten. Für mein soziales Engagement in der Schweiz hat mich Italien zum Cavaliere della Repubblica Italiana ernannt. Von der Stadt Zug habe ich einen Lebkuchen als Anerkennung gekriegt. Darauf bin ich stolz. Von der Stadt Baar habe ich eine Urkunde bekommen, weil ich Beistand für betagte Menschen bin.

Wie erleben Sie die Schweiz?

Ich kann nicht klagen über die Schweiz. Sicher ist hier nicht alles Gold, was glänzt. Aber es ist ein Staat, in dem man gut leben kann. Es läuft alles gut und gerecht. Als ich pensioniert wurde, habe ich mir überlegt, mit meiner Frau zurück nach Italien zu gehen. Aber meine Tochter lebt in der Schweiz. Sie hat hier einen guten Job, Familie, einen siebenjährigen Sohn. Wenn wir 1500 Kilometer weit weg in Süditalien leben würden, dann sähen wir uns vielleicht nur noch ein Mal im Jahr. Also blieben wir in der Schweiz.

Vermissen Sie Italien?

Dort bin ich geboren – zwei Kilometer vom Meer entfernt. Die Gerüche und das Essen dort sind anders. Manchmal fehlen mir die Fische, manchmal das Meer, manchmal eine bestimmte Blume. Meine Frau und ich gehen jeden Sommer zwei Monate nach Süditalien, wo wir ein Rustico haben. Mir fehlt Italien, obwohl wir gerne in der Schweiz wohnen. Beides ist meine Heimat, doch eine fehlt mir. Aber ich bin der Schweiz dankbar.

Wenn Sie in Italien sind, vermissen Sie auch etwas?

Nein. Wenn ich dort bin, vergesse ich die Schweiz für eine gewisse Zeit und genieße Italien. Manchmal sage ich mir höchstens, dass es in Zug nun vielleicht gerade regnet.

Was müsste anders sein in Zug?

Ich finde, in Zug läuft alles gut. Ich bin mir aber nicht sicher, ob es wirklich eine Milliarde Franken für einen Stadttunnel braucht. Schliesslich ist es das Geld von uns allen.

Sie haben sich vor einigen Jahren einbürgern lassen.

Weshalb wollten Sie Schweizer werden?

Mir fehlte es, nicht abstimmen zu können. Jetzt kann ich meine Meinung einbringen. Ich kann es jedem empfehlen, sich einzubürgern. Es kostet etwas, aber es lohnt sich.





Dolfi Müller

In seinem Büro im Zuger Stadthaus sprechen wir mit Dolfi Müller. Von seinem Pult aus, auf dem sich unzählige farbige Mäppchen stapeln, überblickt er den Kolinplatz. Es ist Mittagszeit. Zwischen einer Sitzung und seinem Unterricht an der Kantonsschule hat Dolfi Müller etwas Zeit für uns freigeschaufelt. Der 58-Jährige ist Zugs Stadtpräsident. Daneben arbeitet er als Gymnasiallehrer für Wirtschaft und Recht.

Herr Müller, gibt es politische Figuren, die Sie geprägt haben?

Mit Armin Jans, der an der Universität Assistent war, als ich Volkswirtschaft studierte, tauschte ich mich viel aus. Aber ich würde sagen, die Kantizeit bis 1974 hat mich am meisten geprägt. Wir diskutierten viel über die Achtundsechziger und sagten: «Die Autoritäten müssen gestürzt werden.»

Wie sind Sie zu Ihrem ersten politischen Amt gekommen?

Bei den städtischen Wahlen 1982 war Othmar Romer unser SP-Stadtrat. Daneben wollte die Partei Junge aufbauen. Deshalb habe ich mit 27 Jahren für den Stadtrat und gleichzeitig für den Grossen Gemeinderat kandidiert. In den Stadtrat bin ich natürlich nicht gekommen – so einfach aus dem Stand. Aber für den Grossen Gemeinderat hat es gereicht.

Wie sind Sie Stadtpräsident geworden?

Während zwanzig Jahren habe ich im Gemeinderat meine Sporen abverdient. Irgendwann war die Zeit reif, die Fronten zu wechseln und wirklich Verantwortung zu übernehmen. Als Parlamentarier kann man lediglich die Fahne hochhalten und Forderungen stellen. Nachdem ich 2002 in den Stadtrat gewählt wurde, war ich vier Jahre lang Bauchef. Dann trat 2006 der amtierende Stadtpräsident Christoph Luchsinger von der FDP zurück, und ich wurde als Stadtpräsident gewählt.

Wie fühlt es sich an, linker Stadtpräsident in einer bürgerlich dominierten Umgebung zu sein?

Das ist natürlich doppelt spannend. Es ist eine besondere Herausforderung, die nur lösbar ist, wenn man Stadtpräsident von allen ist und nicht nur von einer bestimmten Gruppierung.

Und wie ist man Stadtpräsident von allen?

Es ist wichtig, Präsenz bei allen Bevölkerungsgruppen zu haben: auch bei den Vereinen, sowie an kulturellen oder sportlichen Anlässen. Ich gehe auch mal zu einem Jubiläum der SVP, auch da kann man sein Gedankengut einbringen. Man muss den Leuten zeigen: «Ich bin für alle da.»

Was schätzen Sie an Ihrer Tätigkeit?

Die Gemeinde ist immer die Urzelle, und gerade eine Stadt wie Zug stellt eine tolle Herausforderung dar. Es gibt wahrscheinlich keine globalisiertere Kleinstadt als Zug. Zug ist ein dynamischer Wirtschaftsstandort und gleichzeitig eine Stadt mit katholischer Tradition. Das alles unter einen Hut zu bringen, ist eine spannende Aufgabe.

Mittlerweile ist in Zug ein Drittel der Bevölkerung ausländischer Herkunft. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Meiner Meinung nach sollte eine Stadt offen sein. Früher sagte man: «Stadtluft macht frei.» Wir müssen offen bleiben für die Einflüsse von aussen, denn sie haben uns auch stark gemacht. Der Kontakt zu anderen ist befruchtend. Ohne diesen Kontakt fängt man an, sich abzuschotten und ein Inseldasein zu fristen. Das bringt uns nicht weiter. Dieser offene städtische Geist ist mir wichtig.

Die Stadt Zug zählt bald 30 000 Einwohnerinnen.

Wächst die Stadt zu schnell?

Das starke Bevölkerungswachstum strapaziert die Menschen sicher, vor allem wegen des hohen Tempos. Deshalb ist es wichtig, die Zuger Traditionen weiterhin zu pflegen. Ich sage immer: «Wir sind ebenso in der Wirtschaft, wie auch in der Kultur und Tradition verankert.» Ein wesentlicher Teil der Politik ist es, hier die Balance zu bewahren. Das bedeutet unter anderem, dass die Wirtschaft nicht zu dominant wird, dass sie sich aber entwickeln kann. Es ist ja auch eine Stärke, genügend Arbeitsplätze zu haben – nicht zuletzt für die Jungen.

Ist denn ein weiteres Bevölkerungswachstum überhaupt noch sinnvoll in Zug?

Es ist klar, das Wachstum muss gegen innen geschehen und nicht auf die grüne Wiese hinaus. Eine Verdichtung mit hohen Häusern ist eine mögliche Antwort, die starken Symbolcharakter hat. Nur so können wir die Grünflächen und das Naherholungsgebiet um Zug herum bewahren. Natürlich müssen wir unbedingt darauf achten – und das ist das SP-Thema schlechthin –, dass der Bevölkerungsmix ausgewogen bleibt. Das ist wie bei einem guten Kaffee: Die Mischung muss stimmen. Wir dürfen nicht zulassen, dass gewisse Bevölkerungsgruppen dominant werden und andere unter Druck geraten. Deshalb haben wir in Zusammenarbeit mit dem Grossen Gemeinderat preisgünstige Wohnzonen entwickelt, die uns 400 bis 500 Wohnungen bringen werden.

Kurz nach Ihrem Amtsantritt als Stadtpräsident haben Sie gesagt, Sie wollten auch etwas «für die Ärmsten der Welt» machen.

Konnten Sie das verwirklichen?

Die Stadt Zug hat ein grosses Budget für Auslandshilfe, zum Beispiel über das Arbeiterhilfswerk. Dabei geht es um konkrete Projekte, die sich unmittelbar auf die Lebenssituation der armen Bevölkerung auswirken. Das sind wir diesen Menschen einfach schuldig. Diese Solidarität ist mir wichtig, selbst wenn wir im Moment auch dort vorübergehend den Sparstift ansetzen mussten.

Trinken Sie Ihren Kaffee immer noch jeden Morgen im «Grand Café» in Zug?

Natürlich! Wenn ich schon schauen muss, dass Zug in der Balance bleibt, sollte ich mich auch darum bemühen, selber in Balance zu bleiben. Für mich ist das der beste Start in den Tag. Es gibt auch immer wieder Leute, die mich im Café aufsuchen, um etwas zu besprechen. Ich pflege diesen offenen Kontakt zu den Leuten sehr gerne.





Welches sind derzeit die Probleme, die es in Zug zu lösen gilt?

Ein wichtiges Projekt ist das «Zentrum Plus», das dank Stadttunnel die Zuger Innenstadt für Generationen massiv aufwerten soll. Zug hat mit seinen Standortvorteilen viele Leute aus aller Welt angezogen. Deshalb brauchen wir auch die nötige Infrastruktur. Dazu gehören auch Strassen und Plätze. Dieses Projekt ist das grösste, das der Kanton Zug je gesehen hat. Dafür setze ich mich sehr ein, zusammen mit dem kantonalen Baudirektor, der übrigens in der SVP ist. Auch diese Zusammenarbeit funktioniert, wenn die richtigen Leute am selben Strick ziehen.

Im Kanton Zug sind die linken Parteien nur noch eine Minderheit.Müssen sich die Linken damit abfinden?

Ich denke, die Bindung zu einer einzelnen Partei hat generell abgenommen. Viele fühlen sich nicht mehr einer Partei zugehörig. Die Schwierigkeit ist, diese Personen von links her zu erreichen. Das kann man nur, indem man Themen angeht, die den Leuten unter den Nägeln brennen – zum Beispiel die Wohnungsfrage.

Mit welchen Möglichkeiten könnten die Linken wieder einen grösseren Wähleranteil erlangen?

Erstmal muss man daran glauben, es zu schaffen. Dann braucht es eine schlagkräftige Bewegung. Die Jusos arbeiten auf ihre Art daran. Was uns nun noch gelingen muss, ist der Generationenwechsel. Die Frauen und Männer der SP sollten das Gefühl haben: «Wir haben ein gemeinsames Ziel.»

Macht bei Wahlen eine Zusammenarbeit mit der Alternative – die Grünen Sinn?

Die Zusammenarbeit mit die Alternative – die Grünen war 1990 das grosse Erfolgserlebnis. Damals hatten die Linken plötzlich je zwei Sitze im Regierungs- und im Stadtrat. Dabei sollte mehr entstehen als eine reine «Vernunft-ehe». Das ist bisher nicht immer gleich gut gelungen. Das hat auch mit unterschiedlichen Ausrichtungen zu tun. Es ist die immer gleiche Auseinandersetzung zwischen Realos und Fundis. Die Alternative – die Grünen sind wahrscheinlich eine Spur fundamentalistischer. Wir betreiben eher Realpolitik. Schliesslich ist die Frage, was kommt besser an? Die Frage, ob gemeinsame Listen sinnvoll sind, gilt es, immer wieder aufs Neue zu klären – im Kanton und in den Gemeinden.

Gibt es in Ihrer politischen Vergangenheit etwas, das Sie heute anders machen würden?

Die Affäre «Ivo Romer» im Jahr 2012 war schon schwierig. Das brach wie ein Tsunami über uns herein. Man hat uns Vorwürfe gemacht, die weder Hand noch Fuss hatten. Wir standen plötzlich in einem schlechten Licht da, obwohl die Parteien und nicht der Stadtrat für die Rekrutierung der Kandidatinnen zuständig sind. Das war eine Erfahrung, auf die ich gerne verzichtet hätte.

Pflegen Sie eigentlich Kontakt mit Othmar Romer, der vor Ihnen SP-Stadtpräsident war?

Ja, wir gehen immer wieder zusammen einen Kaffee trinken. Ich kann noch immer von ihm lernen. Wir merken bei unseren Gesprächen aber auch, wie

stark die Welt sich verändert hat. In seinen jungen Jahren gab es noch verschiedene Milieus, in die man hineingeboren wurde und die ausschlaggebend waren, welcher Partei man angehörte. Heute dagegen haben wir eine pluralistische, durchmischte Gesellschaft. Das Individuelle zählt mehr. Früher konnte man etwas noch eher kraft seiner Autorität durchsetzen. Heute braucht es Mitwirkungsverfahren, um die Leute mitzunehmen.

Karin Hägi

Wir besuchen Karin Hägi in ihrem Haus an der Zuger Stadtgrenze. Hier wohnten einst ihre Grosseltern. Das Haus war der Grund, weshalb es die in Ennetbaden geborene Aargauerin überhaupt nach Zug verschlagen hat. Heute politisiert die 39-Jährige als Vizepräsidentin des Grossen Gemeinderates von Zug.

Frau Hägi, wie gelangten Sie zur Politik?

Bereits meine Mutter war politisch aktiv und mein Vater ist seit Langem in der Gewerkschaft. Bei uns zu Hause wurde viel über Politik diskutiert. Deshalb hat mich Politisches schon früh interessiert, und mit 22 Jahren vollzog ich schliesslich den Parteieintritt.

Was hat Ihre Wertvorstellungen geprägt?

Die Gespräche zu Hause. Man muss wissen, dass meine Mutter Australierin ist. Die Ausländerthematik betraf auch uns. Meine Mutter sprach nicht ganz sauberes Deutsch und erhielt manchmal seltsame Reaktionen in der Öffentlichkeit.

Sie waren in Ihrer Freizeit lange Scharleiterin von Jungwacht und Blauring. Was hat Ihnen diese Erfahrung gebracht?

Das war mein erstes Engagement für die Allgemeinheit. Dort hab ich gelernt, vor Menschen hinzustehen, etwas zu organisieren und auf Leute einzugehen.

Sie sind eine Zuzügerin, wie viele andere im Kanton Zug.

Das stimmt, ich bin in Ennetbaden im Kanton Aargau aufgewachsen, wo ich Hochbauzeichnerin gelernt habe, und kam erst mit 29 nach Zug. Es gab die Möglichkeit, das Haus meiner Grosseltern in Zug zu übernehmen. Im weitesten Sinne habe ich dank den Grosseltern also Wurzeln in Zug.

Sie sind Präsidentin der SP Stadt Zug und Mitglied des Grossen Gemeinderates. Wie hilft Ihnen Ihr Beruf in Ihrer politischen Tätigkeit?

Bei meinem Einstieg in den Grossen Gemeinderat war die Ortsplanrevision aktuell, bei der die Bauordnung und der Zonenplan geändert wurden. Da half es mir, dass ich etwas vom Bauen verstehe und mich schon oft mit den Vorschriften auseinandersetzen musste.

Im letzten Jahr haben Sie die Juso in einem Leserbrief gerügt, weil die Jungen die SP kritisiert hatten. Läuft bei der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen sozialdemokratischen Sektionen im Kanton Zug etwas schief?

Grundsätzlich ist der Kontakt untereinander nicht schlecht. Die Juso gibt es in der jetzigen Form erst seit einem Jahr, und sie darf auch aufmüpfig sein. Aber es gibt Dinge, die der Partei als Ganzes – also der SP und der Juso – schaden, wenn sie öffentlich ausgetragen werden. Mein Vorwurf an die Juso war, dass sie nicht die richtige Kommunikationsform gewählt hatten.

Wie könnte sich die Kommunikation verbessern?

Als ich hier nach Zug kam, gab es noch einen SP-Tisch. Ein oder zwei Mal pro Monat sind wir damals gemeinsam Nachtessen gegangen. Dann kamen immer weniger Leute und man gab die Sache auf. Ich würde es begrüßen, wenn es so etwas wie den SP-Tisch wieder gäbe. Das führt auch zu neuen Ideen und motiviert mehr, als wenn man nur als Einzelkämpferin tätig ist.

Welches sind für Sie in Kanton und Stadt Zug derzeit die vordringlichen Themen?

Das Defizit in der Kasse der Stadt ist sehr aktuell. Das Problem ist allerdings auch herbeigeredet, denn mit einer moderaten Steuererhöhung könnte man es aus der Welt schaffen. Auch die Raumplanung in der Stadt Zug ist ein Thema. Es wird immer mehr überbaut. Das beschäftigt viele Leute, die sich hier nicht mehr zu Hause fühlen. Nur schon in den zehn Jahren, in denen ich hier bin, hat sich viel verändert.

Wie soll Zug mit diesem Wachstum weiter umgehen?

Zug hat ein etwas anderes Ausländerinnenproblem als andere Städte. Wir haben sehr viele gut verdienende und gut ausgebildete Expats. Ich finde es aber schade, dass sie sich in der Stadt nicht engagieren. Die Folge ist, dass zum Beispiel der Freiwilligen Feuerwehr die Leute fehlen. Zudem steigen die Preise der Wohnungen, was Menschen verdrängt, die sich die teuren Mieten nicht leisten können. Deshalb ist es gut, dass das Volk letztes Jahr die von uns lancierte Initiative für preisgünstige Wohnungen angenommen hat. Nun ist der Stadtrat verpflichtet, etwas zu tun.

Sie haben einen eigenen Blog. Weshalb ist er wichtig für Sie?

Die Website habe ich eingerichtet, als ich für die letzten Nationalratswahlen kandidiert habe. Heute brauche ich sie, um einen Einblick in meine Arbeit als Politikerin zu gewähren. Schliesslich kommen immer wieder Wahlen. Dann können interessierte Leute nachlesen, wofür ich mich engagiere.

Das heisst, Sie werden bei den nächsten Nationalratswahlen wieder kandidieren?

Das haben wir in der Partei noch nicht besprochen. Ich würde es aber für mich nicht ausschliessen.

Bei den Nationalratswahlen 2011 hat es mit dem linken Sitz nicht geklappt. Wo sehen Sie die Gründe dafür?

Ich denke, die Listenverbindung von FDP und CVP hat die beiden Parteien enorm gestärkt, sie waren zusammen einfach zu stark. Wahrscheinlich hätten wir aber auch mehr machen können. Wir Linken hätten noch präsenter auf der Strasse und bei Podien sein können.

Der Verlust des linken Sitzes im Nationalrat führte auch zu Spannungen zwischen den Alternativen – die Grünen und der SP.

Ja, sie haben das Ganze etwas anders analysiert als wir. Die Wogen sind noch immer nicht ganz geglättet. Wenn man es genau anschaut, haben nicht nur wir, sondern auch die Alternative – die Grünen weniger Stimmen gemacht. Auch die CSP holte sehr wenig Stimmen.





Macht es Sinn, bei den nächsten Wahlen wieder gemeinsam anzutreten?

Jetzt gibt es eine neue Ausgangslage, es gibt keinen linken Sitz mehr. Derzeit kann ich noch nicht sagen, was schlauer ist. Weil aber eine neue Situation besteht, kann man über einen Alleingang nachdenken. Derzeit haben wir nichts zu verlieren.

Linke Parteien sind im Kanton Zug eine Minderheit. Wie könnte man die Wählendenanteile wieder erhöhen?

Vielleicht muss es den Leuten noch mehr weh tun, zum Beispiel mit Einsparungen in der Schule, bis sie merken, dass es nicht gut ist, nur auf die Finanzen zu schauen und das Soziale zu vernachlässigen. Es geht den Zugerinnen und Zugern zu gut, um sozial zu wählen.

Was irritiert Sie im Kanton Zug?

Der Fokus auf Wirtschaft und Geld. Wenn ein neues Auto rauskommt, sieht man es in Zug zuerst. Man spürt schon, dass Geld hier sehr viel zählt.

Othmar Romer

Die Türen des Lifts öffnen sich erst im 11. Stock. Hier treffen wir Othmar Romer in seiner Wohnung, in der er mit seiner Frau lebt. Der 82-Jährige war von 1994 bis 1998 der erste SP-Stadtpräsident von Zug. Von seinem Balkon aus hat Othmar Romer einen schönen Ausblick auf die Stadt, deren Geschicke er einst lenkte, aber auch auf den Zugersee und die Berge dahinter, die er als passionierter Wanderer noch immer regelmässig besteigt.

Herr Romer, wie sind Sie aufgewachsen?

Wir waren eine Arbeiterfamilie mit sieben Kindern, mein Vater war Spinnereiarbeiter. Die Mutter war zu Hause und schaute zu den Kindern. Das war mitten in den Kriegsjahren. In der Nacht hörten wir Bomber über die Häuser fliegen, die dann Friedrichshafen und andere Städte bombardierten. Ich hatte damals ein Dachzimmer und sah einmal sogar, wie ein amerikanisches Flugzeug in den Zugersee stürzte.

Wie begannen Sie, politisch aktiv zu werden?

Mein Vater war christlichsozial und im Vorstand bei den Gewerkschaften tätig. Die Vorstandsmitglieder hatten häufig Sitzungen bei uns zu Hause. Als kleiner Bub hatte ich ihnen jeweils unter dem Tisch versteckt zugehört. Das hat mich früh politisiert. Nachdem ich geheiratet hatte, bin ich in den 1950er-Jahren nach Zug gezogen. Da hatte ich festgestellt, dass ich einen sehr hohen Mietzins zahlen musste. Von den 500 Franken meines Salärs, das ich bei Landis+Gyr verdiente, musste ich 260 Franken für die Miete bezahlen. Um etwas dagegen zu unternehmen, stieg ich in die Politik ein. Ich hatte das Gefühl, die Sozialdemokraten nehmen sich dieser Probleme am besten an.

Gibt es politische Figuren, die Sie prägten?

Es gab einen Gewerkschaftssekretär, der mich mit seiner Persönlichkeit sehr beeindruckte. In der Partei war es der ehemalige Regierungsrat Meienberg, der mich prägte. Mit ihm arbeitete ich eng zusammen. Nachdem ich das Beitrittsgesuch an die SP geschickt hatte, kam Meienberg persönlich zu mir nach Hause, um zu überprüfen, was da für ein Halbwilder in die Partei möchte. Schliesslich war ich damals der erste kaufmännische Angestellte in der SP Zug. Anfang der 1970er-Jahre wurde ich Präsident der kantonalen Partei. Damals stiessen all die Achtundsechziger in die Partei. Das war eine turbulente, aber interessante Zeit mit vielen Auseinandersetzungen.

Ab 1978 waren Sie zwanzig Jahre lang im Zuger Stadtrat, die letzten vier Jahre als Stadtpräsident. Wie kamen Sie dazu?

Als Parteipräsident hatte ich natürlich Vorteile bei der Kandidatur für den Stadtrat und wurde auch gewählt. 1994 kam es dann zu einer besonderen Situation: Gleich drei Stadträte traten zurück, und ich spürte in Gesprächen mit der Bevölkerung, dass ich eine gute Chance hatte, Stadtpräsident zu werden. Deshalb trat ich als Kandidat gegen einen Freisinnigen an und wurde tatsächlich mit einem sehr guten Resultat gewählt.

Wieso waren Sie nicht länger als vier Jahre Stadtpräsident?

Wegen meines Alters. Eigentlich überlegte ich mir schon vor der Kandidatur zurückzutreten, da ich bereits 63 war. Aber da die Gelegenheit einmalig war, habe ich doch kandidiert. Eigentlich war es damals undenkbar, dass ein SP-Mann Stadtpräsident wurde. Da es aber den Bürgerlichen an guten Kandidaten mangelte, hiessen sogar linke CVP-Politiker meine Kandidatur gut.

Während Sie noch im Amt waren, hatten Sie jeweils Mühe, rechtzeitig auf den Zug zu kommen, da Sie auf der Strasse immer wieder gegrüsst und in ein Gespräch verwickelt wurden. Werden Sie auch heute noch häufig angesprochen?

Wenn ich vom Büro zum Bahnhof ging, musste ich tatsächlich immer zehn Minuten mehr einberechnen. Heute ist das nicht mehr so. Die Jungen kennen mich nicht mehr. Aber es gibt immer noch ab und zu Leute, die mich fragen, wie sie abstimmen sollen.

Auf welches politische Engagement sind Sie besonders stolz?

Schon auf das Amt als Stadtpräsident. Aber auch, dass ich von 1966 bis 1970 als einer der Jüngsten im Kantonsrat war. Stolz bin ich zudem auf die Alterspolitik während meiner Zeit als Stadtrat. Damals sind verschiedene Alterszentren und Alterswohnungen entstanden.

Sie sind ja immer noch in Kontakt mit Menschen, die heute in diesen Altersheimen wohnen. Funktionieren diese Institutionen heute so, wie Sie es sich bei deren Bau vorgestellt hatten?

Weitestgehend schon. Wir merkten allerdings, dass Alterswohnungen einem Altersheim angeschlossen sein sollten, wegen der Betreuung und der Organisation der Mahlzeiten. Diese Probleme konnten wir mit dem Bau zusätzlicher Altersheime lösen.

Was irritiert Sie im Kanton Zug?

Die Bautätigkeit sollte man besser regulieren. Wenn es so weitergeht wie bisher, ist der Kanton Zug in wenigen Jahren überbaut. Von meiner Wohnung aus sieht man im Moment etwa vierzehn Kräne.

Welches sind im Kanton Zug derzeit die vordringlichen Themen?

Primär sollten wir die Bautätigkeit einschränken. Das ist ein allgemeiner Wunsch der Bevölkerung. Zudem sind die Mietzinsen für viele Menschen ein Problem. Man müsste die Genossenschaften besser unterstützen. Ich habe einmal in einer Genossenschaftswohnung gewohnt. Die Leute hatten einen guten Kontakt untereinander. Das gefiel mir sehr.

Zug ist in den vergangenen Jahrzehnten enorm gewachsen.

Was sind die Konsequenzen davon?

Das führt zu einer Umschichtung der Bevölkerung. Viel mehr vermögende Leute ziehen nach Zug, was auch politische Auswirkungen hat.

Die Bürgerlichen sprechen mittlerweile von «Wachstum mit Grenzen», wie ordnen Sie das ein?

Da spielt der Druck der Bevölkerung mit. Es ist interessant, dass das bis in bürgerliche Kreise eindringt. Ich hoffe, dass wir gemeinsam Grenzen festlegen können.





Seit 1999 ist die SP Zug nicht mehr im Nationalrat vertreten, seit 2007 nicht mehr im Regierungsrat. Wo liegen die Gründe für diese Entwicklung?

Das Zusammengehen mit der Alternative – die Grünen hat eine Rolle gespielt. Sie hatten relativ gute Leute. Die SP war weniger gut aufgestellt. Der gemeinsame Wahlkampf hat die Alternativen – die Grünen bevorzugt.

Nach dem schlechten Abschneiden der SP Zug bei den Nationalratswahlen 2007 sagten Sie der «Neuen Zuger Zeitung», dass das Parteileben in der Zuger SP nicht so gut entwickelt sei. Wie schätzen Sie die Situation heute ein?

Ich glaube, das hat sich eher gebessert. Man trifft sich wieder mehr. Zu meiner Zeit in den 1970er- und 1980er-Jahren hatten wir noch ein Lokal an der Dorfstrasse, in dem wir uns regelmässig trafen. Da kamen jeweils viele Leute, und wir konnten unsere Gedanken austauschen. Viele Ideen wurden da geboren. Das Parteileben hat sehr darunter gelitten, als wir das Lokal dann leider aufgaben. Diesen näheren Zusammenhalt vermisse ich heute schon, auch dass man einfach zusammenkommt, plaudert und einmal nicht über Politik spricht.

Sie sprachen sich bei den letzten Regierungsratswahlen gegen Listenverbindungen aus. Wie schätzen Sie die Situation für die nächsten Regierungsratswahlen ein?

Ich denke, bei den nächsten Wahlen sollten wir versuchen, wieder auf die eigenen Füsse zu kommen.

Wie hat das Aufkommen der Grünliberalen Partei in den letzten Jahren die politischen Verhältnisse verändert?

Nicht stark. Die paar wenigen Mandate der Grünliberalen sind nicht so erheblich. Allerdings hatte die Partei schon vielerorts Erfolg. Es besteht schon die Möglichkeit, dass sie noch weiteren Aufschwung erhält.

Sie sind seit vielen Jahren Gewerkschafter. Wie haben Sie in dieser Zeit die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und der SP erlebt?

Zu meiner aktiven Zeit war das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und SP immer sehr gut: Wir kamen regelmässig zusammen und besprachen die aktuellen Probleme. Heute leiden die Gewerkschaften allerdings an Mitgliederschwund. Die Rolle der Gewerkschaften hat sich verändert. Sie sind weniger wichtig geworden, da es immer weniger Arbeitende im herkömmlichen Sinne gibt. Heute dominiert der Mittelstand.

Wenn Sie die SP Ihrer Jugend mit der heutigen vergleichen, wo sehen Sie die Unterschiede?

Als ich eingetreten bin, war die SP sogar noch schwächer als heute. Wir hatten manchmal Parteiversammlungen mit sieben oder acht Leuten. Dafür war es sehr lebhaft. Die wenigen waren eher ältere Semester. Trotzdem hatten wir etwa zehn Mandate im Kantonsrat sowie im Grossen Gemeinderat und waren im Regierungsrat und im Stadtrat vertreten. Heute ist die Situation eigentlich ganz ähnlich.

Wie kamen Zu- und Abnahmen der Parteistärke zustande?

Der Aufschwung kam mit der 68er-Bewegung. Viele Junge kamen plötzlich in die Partei. Die Achtundsechziger wurden aber auch älter. Sie machten Karriere, wurden Banker oder Professoren. Das hat schon einen Wandel bewirkt. Es sind dann nicht mehr so viele Neue nachgerückt. In letzter Zeit hat sich das etwas gebessert. Gerade junge Frauen rücken nun nach. Das ist natürlich sehr positiv. Die Partei litt immer darunter, dass sie zu wenige Frauen hatte.

Hat sich der Umgang innerhalb der Partei im Vergleich zu früher verändert?

Ja, sicher. Als in den 1970er-Jahren die Jungen in die Partei kamen, hatten wir sehr viele intensive Auseinandersetzungen. Heute ist alles sehr viel friedlicher, es geht vor allem um Sachgeschäfte. Die Auseinandersetzungen damals waren sehr interessant und brachten Leute in die Partei, weil man sah, dass hier etwas passierte.

Im Stadtrat hat die SP noch immer Erfolg. Immerhin ist der Stadtpräsident ein SP-Mann.

Ja, ich hoffe, dass es auch so bleibt!

Wie erklären Sie sich das im Vergleich zu den Misserfolgen im Kantons- und Regierungsrat?

Das hat wohl mit Persönlichkeiten zu tun. Dolfi Müller war dafür bekannt, ein guter Parlamentarier im Grossen Gemeinderat zu sein.

Müsste Dolfi Müller für den Regierungsrat kandidieren?

Das könnte ich mir schon vorstellen.

Wie sehr beeinflusst es einen Politiker, auf die Gunst der Wählenden angewiesen zu sein?

Wenn man etwas anpackt, überlegt man sich schon, wie das in der Bevölkerung ankommt. Ist man aber überzeugt von einer Sache, zieht man es auch bei Widerstand trotzdem durch. Zu meiner Zeit war etwa die Einrichtung der Stelle der Kulturbeauftragten umstritten. Auf der Strasse wird man dann auch mal angehauen und gefragt, was man denn da wieder für einen Seich gemacht habe.

War das manchmal auch mühsam?

Wenn man gerne mit Leuten verkehrt, ist das nicht mühsam. Im Gegenteil, da kann man etwas lernen. Ich ging immer gerne auf die Strasse, um Unterschriften zu sammeln. Vor den Wahlen ging ich immer von Haustüre zu Haustüre. Ich kam jeweils fast nicht mehr weg, kaum war ich im Haus, schenkte man mir etwas zu trinken ein.

Yannick Ringger

An einem sonnigen Julimorgen treffen wir Yannick Ringger am Zugersee. Der 21-Jährige schwimmt gerne im See. Das Wasser gebe ihm ein Gefühl von Freiheit, sagt er. Yannick Ringger studiert Geschichte und ist Co-Präsident der Juso im Kanton Zug. Für ihn ist Politik mehr als ein Parlament voller älterer Herren.

Herr Ringger, wann wurden Sie politisch aktiv?

Ich war immer schon politisch interessiert, früher habe ich jeweils die Bundesratswahlen privat mitverfolgt. Ein Riesenergebnis war natürlich die Abwahl von Bundesrat Blocher. Mein Interesse für Sachthemen ist erst später – vor allem im Zuge der Finanzkrise – dazugekommen.

Und wann sind Sie der Juso beigetreten?

Ich bin 2010 der SP beigetreten, die Juso gab es damals in Zug noch nicht. Die haben wir ein Jahr später erneut gegründet. Es hatte zuvor schon zwei Versionen der Juso gegeben.

Weshalb sind Sie den Sozialdemokraten beigetreten?

Vor meinem Beitritt hatte ich mir lange Gedanken gemacht, welche Partei zu mir passen könnte. Ich wusste, ich bin links – vielleicht sogar ein Kommunist. Dann habe ich mich in die Theorie eingelesen und bin zum Schluss gekommen, dass mir die Sozialdemokratie am ehesten liegt.

Wie wurden Sie Co-Präsident der Juso?

Ich war einer der wenigen der Juso, die schon älter als 18 Jahre alt waren. Wir dachten, es sei glaubwürdiger, wenn neben der damals noch nicht volljährigen Co-Präsidentin Virginia Koepfli zumindest der Co-Präsident schon selber abstimmen und wählen kann. Letztendlich war ich einer der wenigen, die gesagt haben, sie würden es machen. Ich wollte sowieso in den Vorstand.

Was sind die Herausforderungen in diesem Amt?

Ich sehe es mehr als administrative und repräsentative Aufgabe, zum Beispiel bei Anfragen der Medien. Natürlich sind alle Mitglieder gefordert, aktiv zu sein. Um etwas zu erreichen, braucht es alle.

Gemeinsam mit Virginia Koepfli präsidieren Sie die Juso im Kanton Zug. Wie viele Mitglieder zählen Sie im Moment?

Aktiv sind zehn, auf der Mitgliederliste stehen aber etwa dreissig Personen. Allerdings bin ich der Hälfte der Leute auf dieser Liste noch nie begegnet.

Werben Sie aktiv neue Mitglieder an?

Diesbezüglich gäbe es noch einiges zu verbessern. Die Leute, die neu zur Partei kommen, stammen meist aus unserem Bekanntenkreis. Aber wir versuchen schon, möglichst viel Medienpräsenz zu bekommen, um auf uns aufmerksam zu machen. Es zeigt auch Wirkung, dass wir regelmässig auf der Strasse sind. In den letzten Monaten sind jedenfalls einige neue Mitglieder dazugekommen.

Wie eigenständig sind Sie eigentlich?

Wir sind zwar die offizielle Jungpartei der SP, probieren aber möglichst autonom zu sein und unsere Beschlüsse selber zu fällen. Gleichzeitig bleiben wir in Kontakt mit der SP.

Welche Politik sähen Sie denn gerne umgesetzt?

Die Staatsform ist klar: Demokratie. Meine Politik ist aber darauf ausgerichtet, dass das Diktat der Finanzmärkte überwunden wird, und dass die Politik das Primat über die Wirtschaft hat. Nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft müssen die Spielregeln der demokratischen Partizipation gelten. In einer derart globalisierten Welt ist es relativ schwierig, eine erfolgreiche Politik zu betreiben, die sich dem Diktat der Finanzmärkte konsequent entzieht. Dieses Diktat kann aktuell wohl nur durch den Druck von gleichzeitigen Massenaufständen in verschiedenen Staaten gebrochen werden.

Gibt es etwas, was Ihre Wertvorstellungen geprägt hat?

Ich bin grundsätzlich ein Kind des Gedankengutes der Französischen Revolution: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese Revolution ist bis heute nicht abgeschlossen. Ich bin der Meinung, man müsste dieses Rad weiterdrehen, damit alle von diesen drei Werten profitieren können.

Sie studieren Geschichte im Hauptfach und Philosophie und Islamwissenschaften im Nebenfach. Haben Sie schon eine Idee, was Sie nach dem Studium machen möchten?

Ich wollte mal Journalist werden. Auslandskorrespondent wäre sehr interessant, aber es ist schwierig, zu so einem Posten zu kommen. Auch als Kanti-
lehrer zu arbeiten, würde mich sehr interessieren. Ich finde, dass die eigenen Meinungen der Schülerinnen und Schüler heutzutage zu kurz kommen. Es wäre spannend, mit jungen Leuten zusammenzuarbeiten. Das kann einen selber jung halten und so weiss man, wie die zukünftige Generation denkt.

Könnten Sie sich auch vorstellen, in einem Parlament tätig zu sein?

Nächstes Jahr sind Wahlen für den Grossen Gemeinderat, und ich werde wahrscheinlich kandidieren. Aber ich weiss noch nicht, ob ich so Wahlkampf betreiben werde, um wirklich gewählt zu werden.

Sie haben 2010 schon für den Grossen Gemeinderat kandidiert, da haben die Stimmen nicht ganz gereicht.

Ich habe auch keinen Wahlkampf geführt. Nächstes Jahr werde ich sicher mehr machen, nur schon, um uns als Jusos besser positionieren zu können. Das war 2010 noch ganz anders, weil es uns noch nicht gab.

Womit beschäftigen Sie sich neben dem Studium?

Ich lese sehr gerne: Vor allem Zeitungen und Bücher, die mit Geschichte und Politik zu tun haben. Und dann sind da auch noch der Sport und die Musik. Ich bin ein grosser Eishockey- und Fussballfan und bin oft in der Bossard-Arena anzutreffen. Zusätzlich spiele ich leidenschaftlich Gitarre und höre gerne Musik, vor allem älteren Rock aus den 1960er- und 1970er-Jahren, wie Rolling Stones oder Led Zeppelin. Ich befasse mich auch mit den Bands, deren Musik ich höre.





Welchen Bezug haben Sie zum See?

Ich schwimme sehr gerne im Zugersee, das ist super zum Entspannen im Sommer. Überhaupt hat Wasser für mich eine wichtige Bedeutung, es gibt mir ein Gefühl von Freiheit. Steigt man ins Wasser, verlässt man den Boden und kann sich einfach treiben lassen.

Gibt es eigentlich politische Mittel, an die sich die Juso eher wagt als die Mutterpartei?

Sicher ist die Art und Weise, wie wir kommunizieren, unterschiedlich, zum Beispiel wenn wir auf die Strasse gehen. Die Provokation gehört bei uns schon dazu. Wir müssen und dürfen frech sein. Das heisst nicht, dass man respektlos ist, aber dass man mit klaren Worten spricht. Die SP funktioniert mehr über Parlamentarierinnen oder Regierungsmitglieder. Dafür sind wir auf der Strasse aktiver. Das sind oft spontane Aktionen, die Bezug nehmen auf Tagesaktualitäten. Zum Beispiel haben wir gemeinsam mit den jungen Alternativen mit einem Flashmob auf das Referendum gegen das Asylgesetz aufmerksam gemacht.

Sie haben vorhin gesagt, dass Sie als Jungpartei frech sein dürfen und müssen. Im vergangenen September haben Sie die SP in einem Leserbrief öffentlich kritisiert. Würden Sie das im Nachhinein anders machen?

Dieser Leserbrief war keine kurzfristige Aktion, ich hatte mir das zuvor lange überlegt. Im Nachhinein würde ich nicht sagen, dass es ein Fehler war. Aber ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich es nochmals genau gleich machen würde. Schliesslich ging es etwas unglücklich weiter, da sich die SP dann in einem zweiten Leserbrief über diese Aktion beschwerte. Ich sage nicht, dass mein Leserbrief nicht provozierend gewesen ist. Das war aber auch meine Absicht, ich habe versucht die Leute zu wecken und zu sagen: «Wir lancieren gerade eine Initiative. Geht auf die Strasse und sammelt Unterschriften!» Diesen Effekt hatte der Leserbrief dann auch tatsächlich.

Seit Jahrzehnten kämpfen die Frauen für Gleichberechtigung.Wie sieht das in Ihrer Generation aus, ist das immer noch ein Thema?

Auf jeden Fall! Ich finde, die Gleichstellung der Geschlechter hat immer noch nicht wirklich stattgefunden. Frauen können sich zwar politisch engagieren, gewählt werden und abstimmen gehen, aber es sollte dort nicht aufhören. Wenn man die Löhne anschaut, verdienen Frauen in der Schweiz für die gleiche Arbeit immer noch 18 Prozent weniger als Männer. Auch ist es heute für Frauen nach wie vor schwierig, eine Karriere und Kinder miteinander zu vereinbaren.

Man hört immer wieder Stimmen, die sagen, Junge seien nicht mehr an Politik interessiert. Ist Ihre Generation tatsächlich weniger politisch als diejenigen vor Ihnen?

Vielleicht kommt es darauf an, was man unter Politik versteht. Mir ist der Begriff der Politik oft zu eng gefasst. Wenn man in der Schule über Politik redet, bekommt man das Gefühl von älteren Herren, die im Parlament sitzen. Für mich ist Politik viel mehr. Wenn ich mit jemandem am See sitze und über die

Gleichstellung von Mann und Frau diskutiere, ist das Politik. Wenn man den Begriff also etwas weiter fasst, dann ist unsere Generation überhaupt nicht weniger politisch als andere Generationen. Heute ist halt die Art und Weise, wie man sich äussern kann, ganz anders. Mit den sozialen Medien muss man nicht mehr auf die Strasse gehen. Das kann das Gefühl erzeugen, die Jungen seien weniger aktiv. Aber das stimmt nicht, denn die Jungparteien in der Schweiz sind heute viel stärker als noch vor zehn Jahren.

Wie sehen Sie die Zusammenarbeit mit den Alternativen bei kommenden Wahlen?

Diesbezüglich gibt es Uneinigkeiten zwischen der SP und den Alternativen. Das finde ich sehr schade. Die müsste man überwinden. Es ist gut, dass wir Jungen uns gut miteinander verstehen und «den Alten» auch zeigen können, dass man zusammenarbeiten muss, um etwas zu erreichen. Ich glaube, beide Parteien müssen einen eigenen Wahlkampf führen. Wir als Jusos führen ja auch einen eigenständigen Wahlkampf. Aber gerade für die Regierungsratswahlen wäre es schon gut, wenn alle Linken zusammen eine Spitzenkandidatin oder einen Spitzenkandidaten aufstellen könnten, um den zweiten Sitz zurückzuholen. Bei Regierungsratswahlen ist es wichtig, die beste Kandidatin oder den besten Kandidaten unabhängig von der Partei zu haben.

Sind Sie in Zug aufgewachsen?

Nein, im Zürcher Weinland. Jetzt bin ich seit fast sechs Jahren in Zug. Die Kanti habe ich noch in Winterthur angefangen und während der dritten habe ich gewechselt.

Was irritiert Sie am Kanton Zug?

Die Steuerpolitik und ihre Folgen: vor allem die hohen Wohnpreise und den sozialen Verdrängungsprozess, den sie mit sich bringen. Ich finde es unglaublich, dass nur Leute mit einem bestimmten Vermögen hier wohnen können. Das macht Zug nicht aus. Es ist ein Phänomen der letzten Jahre. Zug lebt von den Leuten, die schon länger hier sind, die sich mit dem Ort identifizieren und die in den Vereinen aktiv sind.

Welche weiteren Themen müssten in Zug angegangen werden?

Manchmal habe ich das Gefühl, dass Zug kulturell eine «tote Stadt» ist. Am Abend läuft recht wenig. Das liegt nicht am fehlenden Platz, sondern eher daran, dass man kaum etwas organisieren darf. Man muss leise sein, und am See darf man sich abends nicht zu lange aufhalten. Hier sollte man mehr Freiheiten haben. Kultur ist wichtig, und es muss Möglichkeiten geben, sich spontan zu treffen. Gerade für die Jungen ist das ein relevanter Punkt.

Brigitta Kühn

Es regnet in Strömen, als wir in die reformierte Kirche in Zug eintreten und Brigitta Kühn treffen. In diesen Mauern wurde die heute 65-jährige Familienfrau getauft, konfirmiert und getraut. Deshalb war es für sie eine Ehrensache, hier das Amt als Präsidentin der Bezirkskirchenpflege anzutreten. Zuvor engagierte sie sich unter anderem für Elternbildung und Freiwilligenarbeit.

Frau Kühn, wie sind Sie dazu gekommen, sich für die Gesellschaft zu engagieren?

Bereits als ich 22 Jahre alt war, übernahm ich Funktionen im Ruderverband und im Seeclub. Damals hätte ich mich nie getraut, vor Leute zu stehen. Mein eigentliches ehrenamtliches Engagement hat aber begonnen, als ich mit 34 Jahren für die Elternbildung angefragt wurde.

Was ist Ihr beruflicher Werdegang?

Ich habe als Chefsekretärin gearbeitet, danach war ich Familienfrau. Damals war es als Mutter schwierig, beruflich wieder einzusteigen. Nur schon vom Stundenplan unserer drei Söhne her war das unmöglich.

Bedauerten Sie das?

Für mich war das normal und in Ordnung. Meine Mutter hatte dieselbe Rolle. Aber es wurde mir bewusst, dass es für viele Frauen nicht das Wahre ist. Deshalb habe ich mich später dafür eingesetzt, dass sich jede Familie selber für eine bestimmte Form entscheiden kann.

Sie waren von 1982 bis 1996 in der Kommission für Elternbildung, in den letzten sechs Jahren sogar als Präsidentin. Wozu braucht es Elternbildung?

Eltern zu sein ist wahrscheinlich der einzige Beruf, auf den man nicht vorbereitet wird. Sehr viele Eltern sind verunsichert, wenn sich das eigene Kind nicht so entwickelt, wie es das Umfeld erwartet. Hier hat die Elternbildung eine wichtige Rolle. In Kursen können sich Eltern austauschen.

Die Zuger Elternbildung war zu Beginn vor allem an Mütter gerichtet. Wann kamen die Väter dazu?

Es hat noch heute nicht wahnsinnig viele Männer, obwohl sich die Rollenverteilung sehr verändert hat. Wenn früher ein Mann mit dem Kinderwagen auf einem Spielplatz war, galt er als absoluter Aussenseiter. Heute sieht man fast gleich viele Männer wie Frauen, die ihre Kinder von der Spielgruppe abholen. Heutige Väter übernehmen viel mehr Verantwortung. Sie wickeln und es ist ihnen wichtig, Zeit mit den Kindern zu verbringen. Das finde ich wunderbar.

Welche zukünftigen Entwicklungen der Geschlechterrollen wünschen Sie sich?

Es muss möglich sein, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Die schulergänzende Betreuung ist sicher gut im Kanton Zug. Aber es gibt nach wie vor Eltern, die auf Krippenplätze warten. Es sollte möglich sein, dass Frauen heute ein Bein in der Arbeitswelt haben. Sonst haben sie keine

Chance, ins Berufsleben zurückzukehren. Auch volkswirtschaftlich ist es ein Blödsinn, wenn das nicht möglich ist. Es braucht die Bereitschaft der Arbeitgebenden für Teilzeitarbeit.

Welches sind für Sie im Kanton Zug derzeit die vordringlichen Themen?

Neben den familienergänzenden Angeboten sicher der Umgang mit Ausländerinnen und Asylsuchenden. Es braucht weniger Vorurteile und mehr Aufklärung. Auch der Vandalismus im öffentlichen Raum ist ein Thema. Jugendliche dürfen unseren Kirchenplatz gerne nutzen, wir wollen keine Mauern aufbauen. Aber unser Sigrist muss jeden Sonntag vor dem Gottesdienst einhalb Stunden Scherben zusammenkehren und Erbrochenes aufputzen.

Sie sind Präsidentin der Bezirkskirchenpflege der reformierten Kirchen Zug, Menzingen und Walchwil. Was hat Sie dazu bewogen, dieses Amt zu übernehmen?

Ich war in dieser Kirche immer präsent, wurde hier getauft, konfirmiert und getraut. Die Kirche und der Glaube geben mir Halt und Zuspruch. Sie sind mir eine grosse Hilfe in der Lebensbewältigung und im Alltag.

Welche Bedeutung hat Religion noch für die Gesellschaft?

Die Religion hat auch heute noch für die Gesellschaft eine zentrale Bedeutung, weil sie in einer langen Tradition wichtige ethische Massstäbe geschaffen hat. Die Religion setzt sich für Benachteiligte ein, für den Frieden. Vielleicht wird das einfach nicht mehr wahrgenommen. Sicher haben sich auch die Formen des Religiösen verändert und sicher hat die Institution Kirche an Einfluss verloren. Das hat wohl mit der Individualisierung zu tun. Andererseits ist die Sehnsucht nach Transzendenz und Spiritualität noch immer vorhanden. Mittlerweile gibt es halt religiöse Ersatzformen, zum Beispiel im Sport.

Wie kommt die reformierte Kirche eigentlich im katholischen Zug zurecht?

Wir sind zwar immer noch in der Minderheit, aber im Gegensatz zu früher ist das kein Problem mehr. Als Primarschülerin war ich eines von zwei reformierten Mädchen in einer Klasse mit vierzig Schülerinnen. An meinem ersten Schultag hiess es, die Katholischen können sich einen Platz suchen, die Protestanten müssen in die Ecke stehen. Wir wurden ständig diskriminiert. Das ist heute natürlich nicht mehr der Fall. Ich hatte als Kind keinen sehnlicheren Wunsch, als katholisch zu sein.

2012 hat die reformierte Kirche von Zug Deutsche zum 1. August eingeladen. Wie kam es zu dieser Aktion?

Weil Zug so international ist, wollten wir ausländischen Menschen unsere Bräuche etwas näher bringen. Steinbrück wollte ja die Kavallerie in die Schweiz schicken. Da dachten wir, eine Annäherung zwischen Schweizerinnen und Deutschen wäre gar nicht schlecht. Dieses Jahr laden wir die britischen Mitbürgerinnen ein.





Wenn Sie auf Ihre Karriere zurückblicken: Auf welches Engagement sind Sie besonders stolz?

Eigentlich bin ich auf alles sehr stolz. Stets habe ich Engagements angenommen, hinter denen ich voll und ganz stehen konnte. Dazu gehören die Elternbildung, die Frauenzentrale, Benevol, das Zuger Bündnis gegen Depression, das ich geleitet habe, und natürlich die Kirche.

Was würden Sie nachträglich anders machen?

Eigentlich nichts. Ich habe überall das gemacht, was in meinen Möglichkeiten stand, manchmal auch etwas mehr. Vielleicht hätte ich manchmal meine eigenen Grenzen besser beachten und nicht immer meinen sollen, ich müsse es allen recht machen.

Sie sind auch Mitglied der FDP. Wäre für Sie auch eine andere Partei in Frage gekommen?

Nein, in unserer Familie ist das liberale Gedankengut der FDP seit Generationen übermittelt worden. Für mich steht die Parteizugehörigkeit aber nicht im Vordergrund. Entscheidend ist, wofür man einsteht, wie glaubwürdig und echt Menschen sind. Ich habe mit Leuten aus allen Parteien immer wieder sehr gute Erfahrungen gemacht. Für mich stehen die Menschen im Vordergrund.

Was schätzen Sie am Kanton Zug?

In Zug kennt man sich noch. Die Vernetzung ist sehr gross. In welchem anderen Kanton können Sie den Regierungsrat einfach anrufen? Diese Nähe zueinander ermöglicht, dass vieles unbürokratisch gelöst werden kann. Man kann das negativ auch als Filz bezeichnen. Aber grundsätzlich sind die kurzen Wege zueinander positiv. Im Kanton Zug ist vieles möglich – auch dank dem Reichtum.

Wädi Ineichen und Ruedi Hug

Wädi Ineichen und Ruedi Hug sind nicht nur seit Kindergarten Tagen gute Freunde, auch während ihrer gemeinsamen Zeit in Baars Gemeinderat waren sie ein eingespieltes Team. Über Jahre hinweg drückten sie dem politischen Geschehen der Region ihren Stempel auf. Wir treffen die beiden an der Lorze, wo sich zeigt, wie rasant sich ihr Dorf in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat: In der ehemaligen Spinnerei sind heute Dutzende neue Firmen beheimatet.

Herr Ineichen, wie gelangten Sie zur Politik?

Wädi Ineichen Mein Vater war ein Arbeiter, der nie ein politisches Amt hatte, Politik aber genau verfolgte. Deshalb lag auch mir das Gedankengut der SP nahe. Mit gut dreissig Jahren wurde ich in den Vorstand der SP Baar gewählt. Als Präsident der SP Baar hatte ich etwa zehn Jahre lang eher im Hintergrund die Fäden in der Hand. Gemeinsam mit Ruedi Hug, den ich bereits im Kindergarten kennen gelernt hatte, kandidierte ich schliesslich 1991 für den Gemeinderat in Baar. Wir wurden beide mit einem guten Resultat gewählt.

Welche Ämter übernahmen Sie im Gemeinderat?

Wädi Ineichen Zuerst war ich von 1991 bis 1999 Polizei- und Gesundheitschef und anschliessend zwölf weitere Jahre Bauchef. Zu Beginn konnten wir unser Amt nicht wählen. Ruedi und ich waren in der Minderheit: zwei Sozialdemokraten gegen fünf Bürgerliche. Das Machtverhältnis war klar. Die Situation war recht schwierig für uns: Es gab keine grossen Diskussionen, die Bürgerlichen stimmten ziemlich autoritär über uns hinweg ab.

Heisst das, dass Sie gar nicht so viel bewirken konnten?

Wädi Ineichen Doch, aber erst nachdem es bei einer Ratsitzung zum Eklat gekommen war. Als wir mit unseren Ideen wieder einmal überstimmt wurden, begannen wir zu protestieren. Das führte zu einem grossen Streit und wir drohten, an die Öffentlichkeit zu gehen. Bald darauf sprachen wir uns bei einer Klausur aus. Danach verbesserte sich das Klima im Rat deutlich. Aber auch mit Motionen im Namen der SP waren wir erfolgreich. An den Gemeindeversammlungen konnte man diese nicht so einfach unter den Tisch wischen.

Wie kam es dazu, dass Sie die Ämter wechseln und Bauchef werden konnten?

Wädi Ineichen Der damalige Bauchef wurde abgewählt, und es kam zur Neuverteilung der Ämter. Eigentlich galt im Rat immer das Anciennitätsprinzip, das heisst, wer am längsten im Rat war, konnte sein Amt wählen. Lange wurden wir Sozialdemokraten von dieser Regel aber einfach ausgeschlossen. Diesmal aber setzte ich mich dafür ein, Bauchef zu werden – und es klappte auch. Ich habe immer gesagt, dass es ein Privileg ist, in Baar Bauchef zu sein. Aufgrund unseres Budgets waren viele umfangreiche Projekte realisierbar. Kolleginnen aus anderen Kantonen mussten schauen, ob ihr Budget für das Malen der Fassade des Schulhauses reicht. In Baar hingegen konnten wir über zweistellige Millionenbeträge entscheiden.

In den zwölf Jahren, in denen Sie Bauchef waren, ist Baar von 16 000 auf 22 000 Einwohnerinnen angewachsen. Wie haben Sie diesen Wandel erlebt?

Wädi Ineichen Mit gemischten Gefühlen. Was die Einzonung von Bauland betrifft, ist die Entwicklung nicht so verlaufen, wie ich es mir gewünscht hätte. Mein Anliegen war immer, möglichst wenig einzuzonen und dafür zu verdichten, auch in die Höhe zu bauen. Ich bedaure nicht, dass wir wachsen, aber ich bedaure, dass dabei in den vergangenen Jahren die Qualität auf der Strecke geblieben ist.

Nach Ihrer Zeit im Gemeinderat waren Sie an einem speziellen Filmprojekt beteiligt.

Wädi Ineichen Das stimmt. Ich interessiere mich grundsätzlich für Geschichte, aber speziell für diejenige von Baar, wo ich aufgewachsen bin. Eher zufällig sah ich einmal einen Stummfilm von den Feierlichkeiten im Jahr 1963, als Baar die Schwelle von 10 000 Einwohnerinnen überschritten hatte. Mein Traum war damals, diesen Film zu kommentieren, wenn ich als Gemeinderat aufhören würde. Tatsächlich haben wir dann das Bildmaterial digitalisiert, nach einigem Recherchieren ein Booklet dazu erstellt und den Film neu herausgebracht. Die Präsentation des Films war ein schöner Anlass und mit einer erfolgreichen Ausstellung in der Rathausschür verbunden.

Ist diese Sehnsucht nach der alten Heimat vielleicht auch darauf zurückzuführen, dass das rasante Bevölkerungswachstum einen gewissen Identitätsverlust mit sich gebracht hat?

Wädi Ineichen Absolut! Bei uns sterben zum Beispiel die Dorfvereine. Nicht nur, weil sie nicht mehr auf dem neusten Stand sind. Viele Einwohnerinnen interessieren sich einfach nicht mehr für die Gemeinde und engagieren sich nicht. Das wird bei jeder Veranstaltung klar, die man auf die Beine stellen möchte: Es wird immer schwieriger, Helferinnen zu finden.

Gibt es etwas am Kanton Zug, das Sie besonders schätzen?

Wädi Ineichen Von der Landschaft her sind wir privilegiert und dank unseren finanziellen Verhältnissen haben wir viele Möglichkeiten. Aber man muss natürlich sehen, dass es für normal und wenig verdienende Leute hier fast unmöglich geworden ist, eine schöne, bezahlbare Mietwohnung zu bekommen. Es gab Vorstösse aus dem Gemeinderat, der Kanton könne im Freiamt auswanderungswilligen Zugern billiges Bauland anbieten. Das ist hirnrissig.

Herr Hug, was hat Sie zur SP gebracht?

Ruedi Hug Ich bin ein Arbeiterjunge. Mein Vater war ein Fabrikarbeiter und hat fünfzig Jahre in der V-Zug – damals hiess sie noch Verzinkerei Zug – gearbeitet. Das hat mich geprägt. Politisch aktiv wurde ich relativ spät. Die Zeit der Achtundsechziger ist etwas an mir vorbeigegangen. Damals stand für mich der Sport im Vordergrund. Ich habe zwar immer schon SP gewählt, aber erst, als ich eine Familie hatte, ging ich regelmässig an die Gemeindeversammlungen. Dann erfuhr ich, dass Wädi Ineichen, mein Freund seit Kindergarten, auch in der SP war. Das bewegte mich endgültig dazu, der Partei beizutreten. Knapp ein Jahr später war ich im Kantonsrat.





Wie wurden Sie so rasch Kantonsrat?

Ruedi Hug Damals zogen zwei SP-Kantonsräte weg. Diese Sitze musste die SP neu besetzen. Deshalb wurde ich nominiert. Schliesslich war ich neun Jahre im Kantonsrat. Danach wurde ich gemeinsam mit Wädi Ineichen in den Gemeinderat von Baar gewählt. Gleichzeitig wählte man mich erneut in den Kantonsrat, dieses Amt habe ich jedoch nicht angetreten. Neben meiner Tätigkeit als selbstständiger Versicherungsagent wäre das ein zu grosses Pensum gewesen.

Wenn Sie die Tätigkeiten im Gemeinde- und im Kantonsrat vergleichen, wo sehen Sie die grössten Unterschiede?

Ruedi Hug Im Kantonsrat ist alles viel langatmiger, dort kann man nicht sehr schnell etwas bewirken. Man kann zwar Motionen und Interpellationen einreichen. Als Gemeinderat und Exekutivmitglied kann man jedoch viel schneller etwas umsetzen. In meinen neun Jahren im Gemeinderat haben meine Kolleginnen nie einen Vorschlag von mir abgelehnt.

Gibt es ein politisches Engagement, auf das Sie besonders stolz sind?

Ruedi Hug Zum Beispiel war ich massgeblich dafür verantwortlich, dass im Kanton Arbeitslosenprojekte zustande gekommen sind. Ich habe auch als Erster Arbeitsprojekte für Asylbewerbende eingeführt, darauf bin ich schon stolz. Das Gleiche gilt für den «preisgünstigen Wohnungsbau», den ich durch Motionen in der Gemeinde und im Kantonsrat in Gang setzte.

Und das war in Baar?

Ruedi Hug Ja, genau. Dort war ich Sozialvorsteher. Die ersten vier Jahre war ich Wehrchef, dieses Amt umfasste die Feuerwehr und den Zivilschutz. Das war für mich aber eher eine Tortur. Als ich wiedergewählt wurde, konnte ich das Sozialamt übernehmen. Das hat viel besser zu mir gepasst.

Wie lange waren Sie dann Sozialvorsteher?

Ruedi Hug Weitere fünf Jahre. Nach vier Jahren wurde ich mit einem «Bombenresultat» wiedergewählt. Die Bevölkerung schätzte damals meine geleistete Arbeit. Aber bereits nach einem Jahr hatte ich ein Burnout. Mir schmerzte von morgens bis abends der Kopf und ich litt unter Depressionen. Ich hatte als Sozialvorstand mindestens ein 50 %-Pensum, daneben noch beruflich eigentlich ein 100 %-Pensum. Da habe ich den Motor klar überdreht, und ich musste mein politisches Amt niederlegen.

Sie haben auch einmal als Nationalrat kandidiert.

Ruedi Hug Ja, das war fünf Jahre nach meinem Rücktritt. Ich wurde von der SP angefragt, ob ich mich aufstellen lassen würde. Ich habe zugestimmt, aber gesagt: «Wenn ich es mache, dann richtig.» Die SP hatte damals nur einen lauen Wahlkampf betrieben. Deshalb habe ich eigene finanzielle Mittel für einen persönlichen Wahlkampf eingesetzt. Immerhin habe ich erreicht, dass der Kanton einen linken Sitz gemacht hat. Dieser ging nicht an die SP, sondern an Jo Lang von der damaligen Sozialistisch Grünen Alternative.

Die SP hat in den letzten Jahren an Wählerinnenanteilen verloren.
Wie kann sie dieser Entwicklung entgegenwirken?

Ruedi Hug Die SP muss eine eigene Politik machen und bekannter werden. Sie darf das Feld nicht der Alternative – die Grünen überlassen. Diese machen einen guten Job und sind immer präsent. Zum Beispiel ist die Rohstoffhandelsfirma Glencore ein Dauerthema bei ihnen. Von der SP hört man dazu nichts, sie müsste aus ihrem Dornröschenschlaf erwachen.

Sehen Sie im Vergleich zu den 1990er-Jahren einen Unterschied
in der Art, wie heute politisiert wird?

Ruedi Hug Von Kolleginnen und Kollegen, welche nach mir im Kantonsrat waren oder noch immer sind, habe ich gehört, dass sich dort der vorherrschende Ton verschlimmert hat. Früher ging man kameradschaftlicher miteinander um. Es war zwar auch hart, aber man hat sich nicht persönlich angegriffen. Im Gegensatz zu früher ist heute auch gang und gäbe, dass eine von der SP eingereichte Motion nicht einmal überwiesen wird. Das ist ein politisches Verhalten, das mit Demokratie und Fairness nichts mehr zu tun hat.

Gibt es etwas am Kanton Zug, das Sie stört?

Ruedi Hug Einerseits die «Zubetonierung» unseres kleinen Kantons, ausgelöst durch das masslose Wachstum. An der Marktgasse in Baar stehen keine Häuser mehr, nur noch «klotzige» Blöcke. Das trägt nicht gerade zu einem angenehmen Dorfbild bei. Andererseits stört mich die Steuerpolitik, die dazu geführt hat, dass die Landpreise und die Mieten astronomisch hoch sind. Hier verstehe ich die Stimmbürgerinnen und -bürger nicht: Sie nehmen alle Steuersenkungsvorlagen an und sparen dadurch vielleicht 10 bis 100 Franken pro Jahr. Weil die Steuersenkungen aber zu einem höheren Druck auf Wohnungen führen, müssen sie schliesslich mehrere 100 Franken mehr Mietzins pro Monat bezahlen.

Sr. Reginalda Suter

Als wir im Kloster Heiligkreuz in Cham ankommen, erwartet uns Schwester Reginalda Suter vor der Eingangspforte. Bereits seit 1951 lebt sie hier, heute ist sie 79 Jahre alt. Vor ihrer Pensionierung war sie Englischlehrerin. Doch sie engagierte sich auch bei der Asylbrücke und war Seelsorgerin in zwei Gefängnissen. Sr. Reginalda Suter zeigt uns den Klostergarten, die Kapelle mit dem blutigen Kruzifix und lädt uns ganz nach benediktinischer Tradition zu Kaffee und Kuchen ein.

Sr. Reginalda Suter, wann trafen Sie die Entscheidung, ins Kloster zu gehen?

Mit 16 Jahren war ich einige Zeit im Welschland. Damals las ich ein Buch, ich weiss nicht mehr welches, das mich dazu bewegte, über ein Leben im Kloster nachzudenken. Ich wollte wissen, ob es die richtige Entscheidung sei. Deshalb betete ich acht Tage lang ein Gebet, eine so genannte Novene – in der Hoffnung, danach ein Zeichen zu kriegen. Am letzten Tag bekam ich einen Brief. Er war von meinem Bruder, der in Immensee studierte, um Priester zu werden. Er schrieb mir, ob ich nie daran gedacht habe, ins Kloster zu gehen. Damit war für mich sofort klar: Das ist mein Weg.

Was sagten Ihre Eltern dazu?

Als ich das nächste Mal nach Hause ging, berichtete ich es der Mutter. Sie meinte, ich sei zwar schon noch jung, aber es sei mein Leben. Der Vater hat getobt wie ein Löwe, schliesslich schlug mein Bruder schon den Weg des Priesters ein. Aber mit der Zeit hat er es akzeptiert. Später machte ich mir aber auch selbst Gedanken, ob ich nicht zu früh ins Kloster gegangen bin. Wir waren damals alle per Sie, durften mit niemandem ausserhalb des Klosters Kontakt haben. Wir kriegten «Schimpfe», wenn wir zu laut gelacht hatten. Heute wären wir froh, wir hätten noch junge Menschen, die laut lachen.

Wie hat sich die Situation des Klosters seit Ihrem Eintritt geändert?

Als ich 1951 ins Kloster kam, waren es 356 Schwestern. Heute sind wir 77, davon sind gerade mal sechs oder sieben noch nicht pensioniert. Seit dreissig Jahren kam niemand Neues mehr ins Kloster, es gab lediglich Übertritte von anderen Klöstern. Das Leben hier kann keine junge Frau mehr führen. Das ist mir klar. Kein Fernseher, kein Handy, kein Freund und kein Ausgang.

Wie sah Ihr Klosteralltag vor der Pensionierung aus?

Ich war Englischlehrerin im Lehrerinnenseminar des Klosters. Am Morgen früh stand ich auf, um in die Messe zu gehen und zu beten. Dann kam die Schule, daneben half ich im Kloster zu servieren oder abzuwaschen. Es war ein ausgefüllter Tag.

Was ist Ihre heutige Tätigkeit?

Meine Haupttätigkeit ist in einer so genannten Arbeitsstube. Da betreue ich betagte und demente Mitschwestern. Wir spielen, stricken, lesen, beten, singen oder hören Musik.

Wenn Sie nicht ins Kloster gegangen wären, was wäre dann aus Ihnen geworden?

Ich hätte mir schon auch vorstellen können, zu heiraten und ein paar Kinder zu haben.

Wie kamen Sie zu Ihrem sozialen Engagement neben dem Klosterleben?

Einmal kam eine Ingenbohler Schwester von der Asylbrücke bei uns im Kloster vorbei und fragte, ob hier jemand bereit wäre, Asylsuchende zu betreuen. Da dachte die Oberin sofort an mich, nur weil ich kurz zuvor einem Tamilen half, der mich im Bus angesprochen hatte. Die Asylsuchenden aus Sri Lanka und der Türkei kamen dann häufig auch ins Kloster, am Abend oder am Sonntagnachmittag.

Was war Ihre Haupttätigkeit bei der Asylbrücke?

Ich schaute, was den Asylsuchenden fehlt. Die hatten manchmal nicht einmal ordentliche Decken auf den Betten, obwohl es bitterkalt war. Oder am Fenster fehlten die Vorhänge. Da konnten wir häufig mit gebrauchtem Material aus dem Kloster aushelfen.

Sie waren immer wieder etwas politisch, obwohl das die Oberin nicht so gerne sah.

Das stimmt. Mit der Asylbrücke gingen wir einmal sogar in Zug demonstrieren. Das hat im Kloster niemand gewusst, stellen Sie sich vor! Es war eine Friedenskundgebung für die Tamilen. Bei den Tamilen bin ich noch heute sehr hoch angesehen. Seit Jahren haben sie eine Weihnachtsfeier: Sie beginnen so lange nicht damit, bis ich dort bin.

Wie hat Ihr Engagement als Seelsorgerin im Gefängnis begonnen?

In der Strafanstalt Bostadel fanden sie lange keinen katholischen Seelsorger. Meine beste Freundin, eine reformierte Pfarrerin, machte mich darauf aufmerksam. Zuerst glaubte ich, das sei nichts für mich. Dann aber dachte ich, die Kirche müsste doch gerade für die Menschen am Rand der Gesellschaft da sein. Als ich der Oberin Bescheid gab, dass ich in den Bostadel arbeiten gehe, wurde sie kreideweiss. Sie sagte, ich müsse selber schauen, wie ich das anstelle. Also bewarb ich mich um die Stelle.

Können Sie sich an Ihren ersten Arbeitstag in der Strafanstalt Bostadel erinnern?

Der Gefängnisdirektor war erstaunt, dass ich mit meiner Schwestertracht kam. Er hatte bedenken, was Muslime sagen würden. Dabei wusste ich aus meiner Zeit bei der Asylbrücke, dass mich gerade Muslime sehr vornehm behandeln. Die erste Person, die mir im Gefängnis entgegen kam, war dann tatsächlich ein Muslim, der sagte: «Danke, dass Sie zu uns kommen. Es ist uns eine grosse Ehre!»

Mit welchen Anliegen kamen die Häftlinge zu Ihnen?

Alles Mögliche hatte Platz. Sie sprachen über die Belastung des Delikts oder darüber, dass sie ihre Frau vermissen. Manche waren in der Scheidung, weil ihre Frau nicht bis zur Haftentlassung warten wollte. Andere Leute kamen, weil sie sonst nie Besuch kriegten. Es war auch gang und gäbe, dass ich





Liebesbriefe korrigierte oder sogar aufsetzte. Sie konnten das nicht mit den anderen teilen, da sie Angst hatten, ausgelacht zu werden. Es brauchte Mut, vor meiner Bürotür zu warten.

Waren die Häftlinge auch empfänglich für Gott?

Ja, da waren etliche dabei. Wir haben zusammen gebetet oder führten religiöse Gespräche. Aber es musste immer von ihnen aus kommen. Einmal kam ein Italiener, der ein grausames Tötungsdelikt begangen hatte. Er wollte gerne beten, aber konnte das Vaterunser nicht mehr. Ich habe mich dann nach dem italienischen Text erkundigt. Danach hat er es jeden Abend gebetet. Das beruhigte ihn, sagte er mir.

Was war das Schwerste, das Sie im Gefängnis erlebt haben?

Einmal las mir einer seine eigene Todesanzeige vor, die er verfasst hatte. Das war schauderhaft. Weil ich aber an das Berufsgeheimnis gebunden war, konnte ich keiner Aufsichtsperson sagen, dass er in dieser Nacht vielleicht Selbstmord begehen will. Ich machte dann aber eine Bemerkung, sie sollen ihn im Auge behalten. Prompt kam der Häftling am nächsten Tag mit einer Tablettenvergiftung ins Spital. Zum Glück ist er dann aber nicht gestorben.

Welche schönen Erlebnisse hatten Sie im Gefängnis?

Wir hatten ein paar Taufen, Erstkommunionen und Firmungen. Das waren Höhepunkte. Ein Priester kam dazu jeweils ins Gefängnis. Von einem Häftling bin ich sogar noch Gotte.

Weshalb waren die Häftlinge so offen zu Ihnen?

Ich denke, das liegt schon daran, dass ich eine Frau bin. Ich war für sie Mutter, Freundin und Schwester. Dank meiner Ordenstracht konnte ich viel Zuwendung schenken, wenn es jemandem schlecht ging. Ich konnte sie umarmen und manchmal sogar einen Kuss auf die Wange geben.

Was halten Sie davon, wie sich der Strafvollzug verändert hat?

Das ist doch Mumpitz. Dass man Leute zusätzlich straft, die gar keine neuen Taten begangen haben, verstehe ich nicht. Mit zwei Häftlingen habe ich noch immer Kontakt. Es ist grauenhaft zu sehen, dass sie beinahe nicht mehr rauskommen. Ich denke immer an die Naturvölker, bei denen Menschen, die etwas verbrochen haben, sich selber eine Strafe auferlegen können.

Weshalb haben Sie Ihre Erinnerungen an die Gefängnisarbeit niedergeschrieben?

Es gab immer wieder Leute, die mir gesagt haben, ich müsste ein Buch darüber schreiben. Ein Buch ist eine Schuhnummer zu gross, dachte ich jeweils. Deshalb schrieb ich zwei Hefte. Beim Schreiben des zweiten Hefts ging es mir gesundheitlich gar nicht gut. Ich bin wirklich stolz darauf, dass ich es trotzdem fertig schrieb. Es hat auch Zeichnungen darin. Seit Langem betreibe ich so etwas wie naive Malerei.

Wenn Sie auf Ihr Leben zurückschauen, worauf sind Sie besonders stolz?

Schon auf die zwölf Jahre als Gefängnisseelsorgerin. Das waren meine schönsten Klosterjahre.

Markus Jans

Über eine gewundene Treppe gelangen wir zu den Büroräumen der Sozialen Dienste der Stadt Zug. Es ist acht Uhr morgens. Der Leiter der Dienste, Markus Jans, erwartet uns bereits. Der 57-jährige Chamer ist Fraktionschef der SP im Zuger Kantonsrat. Einst Werkzeugmacher bei der Landis+Gyr hat er es nur knapp nicht in den Regierungsrat geschafft.

Herr Jans, Sie sind Fraktionschef der SP im Zuger Kantonsrat. Wie erleben Sie die interne Zusammenarbeit?

Die empfinde ich als sehr gut. Die Auseinandersetzungen sind intensiv, aber immer auf einem anständigen Niveau. Die Fraktion macht sehr viel. Wir sind eine kleine Fraktion, alle müssen sehr viel leisten. Man kann sich nicht auf die Hinterbank setzen.

Wie läuft die Zusammenarbeit mit anderen Parteien?

Als Fraktionschef komme ich sehr gut mit allen anderen Fraktionschefs aus. Natürlich haben wir das Heu nicht immer auf der gleichen Bühne, aber zwischenmenschlich funktioniert es. Auch mit den Alternativen – die Grünen verstehe ich mich gut. Wir treffen uns in 95 Prozent von unseren Vorschlägen, bei den restlichen fünf Prozent haben wir halt andere Haltungen. Deshalb sind wir zwei Parteien. Für mich ist das gut so.

Sie sprechen regelmässig über verschiedene Herausforderungen. Ist es ein Problem, dass der Anteil ausländischer Bürgerinnen im Kanton Zug stetig zunimmt?

Es entstehen Parallelgesellschaften, wenn wir nichts unternehmen, um diese Leute zu integrieren. Es droht eine Monacoisierung in unserem Kanton. Sprachkurse auf Gemeindeebene wären eine wesentliche Massnahme.

Sollte das Steuermodell Zug abgeschafft werden?

Was derzeit abläuft, macht keinen Sinn. Die Kantone betreiben Dumpingpolitik. Es macht keinen Sinn, dass man sich gegenseitig mit einer Null-Steuerpolitik die Steuerzahlerinnen abwirbt. Ich könnte mir vorstellen, dass die Steuerpolitik national harmonisiert und das Vermögen auf die ganze Schweiz verteilt würde. Dann würde man aber auch mit dem Nationalen Finanzausgleich aufhören. Der Kanton Zug jammert ja sehr, wie viel Geld man für den Finanzausgleich abgeben müsse. Dasselbe gilt für die Stadt Zug. Gleichzeitig weist die Stadt ein Defizit aus. Es stimmt etwas nicht in diesem System. Es schützt die Reichen und schadet den Armen.

Eines Ihrer Anliegen ist, dagegen zu kämpfen, dass der Kanton Zug nur noch Platz für Reiche bietet. Wie soll dieses Problem angegangen werden?

Das ist nur eines meiner Themen, ich setze mich auch für die Begrenzung des Wachstums und einen vernünftigen Strassenbau ein. Wenn wir aber im Kanton Zug auch Leuten mit normalem Portemonnaie Platz bieten wollen, müssen wir handeln. Zum Beispiel den sozialen Wohnungsbau in den Gemeinden

fördern. Ohne Beziehungen ist es für die arbeitende Bevölkerung kaum mehr möglich, Wohnungen zu finden. Mit unserer Steuerpolitik versuchen wir eine gute Durchmischung der Bevölkerung zu erhalten. Deshalb wehren wir uns gegen weitere Steuersenkungen.

Wenn Sie auf Ihre politische Karriere zurückblicken: Auf welches konkrete Engagement sind Sie besonders stolz?

Darauf, dass ich es in den Kantonsrat geschafft habe. Das war ein Highlight. Da bist du bei achtzig von 125000 Menschen, die gewählt wurden, um den Kanton zu vertreten.

Was waren Tiefpunkte?

Wir sind als SP in der Diaspora hier, Zug ist ein bürgerlicher Kanton. Im Kantonsrat hat man es dauernd mit Niederlagen zu tun. Wenn sich der bürgerliche Block zusammenschliesst, kommen sie immerhin auf 75 Prozent. Eine der bösesten Niederlagen war die Abstimmung zur Umfahrung Cham-Hünenberg. Da haben wir wegen 250 Stimmen bei 36000 Abstimmenden verloren.

Sie sind jetzt seit elf Jahren im Kantonsrat. Haben Sie das Gefühl, in dieser Zeit habe sich etwas verändert?

Ich glaube, dass sich das Blockabstimmen verstärkt hat. Oft heisst es: Die Linken gegen den Rest. Einen Konsens zu erreichen, ist sehr schwierig. Es wäre natürlich angenehmer, wenn man öfters auf der Siegerseite stünde. Dennoch erreichen wir in der Oppositionsrolle immer wieder kleine Schritte, die sonst gar nicht möglich wären.

Seit 2007 ist die SP nicht mehr im Regierungsrat, seit 1999 nicht mehr im Nationalrat vertreten. Wo liegen die Gründe für diese Entwicklung?

Der Nationalrat war immer heikel. Ob wir dort einen Sitz erreichen, hängt stark davon ab, wie gut die Bürgerlichen zusammenarbeiten. Der Wahlkampf war zuletzt sehr auf Jo Lang ausgerichtet, der sehr stark polarisiert hat. Man kann im Nationalrat natürlich nicht vier Jahre gegen die SP wettern und dann bei den Wahlen von der gleichen SP geschlossenen Rückhalt erwarten. Letztendlich haben es auch die Alternativen – die Grünen nicht geschafft, mehr Leute wie bis anhin zu mobilisieren. Es ist wirklich schade, dass die Linken diesen Sitz verloren haben. Was die fünf Zuger Bürgerlichen im National- und Ständerat derzeit anrichten, ist ein Trauerspiel. In Bern fehlt der linke Teil des Kantons Zug.

Sollte nach dem Verlust des Nationalratssitzes der gemeinsame Wahlkampf mit den Alternativen – die Grünen überdacht werden?

Die Alternativen – die Grünen mussten natürlich auch erst verkraften, abgewählt zu werden. Aber wenn man uns sagt, wir seien verantwortlich fürs Debakel, dann gehen wir zukünftig besser alleine in die Wahlen und zeigen, was wir für ein Wählerpotenzial haben. National ist eine gemeinsame Liste zwar noch immer sinnvoll. Aber im Kanton Zug könnte ich mir den Alleingang sehr gut vorstellen.





Wann begann eigentlich Ihr politisches Engagement in der SP?

Ich war ein politischer Spätzügler und kam erst mit 38 Jahren zur SP. Es war die einzige Partei, die für mich in Frage kam, bei der ich auch national vernetzt sein konnte. Aber schon als ich in der Jungwacht Cham aktiv war, interessierte ich mich für Politik. Wir setzten uns damals dafür ein, dass die Dritte Welt weniger benachteiligt wird und die Jugend mehr Gehör findet.

Was schätzen Sie am Kanton Zug?

Hier habe ich meine Wurzeln, hier bin ich zu Hause. Der Kanton Zug ist es wert, sich für ihn einzusetzen. Wir wohnen an einem so schönen Ort und haben wenig Probleme. Die sollten wir miteinander lösen.

Daniel Brunner

An bester Adresse, mitten in der Zuger Altstadt, erwartet uns Daniel Brunner zum Kaffee. Der «rote Dani», wie der millionenschwere Landis+Gyr-Erbe auch genannt wird, hat hier ein öffentlich zugängliches Dokumentationszentrum geschaffen. Es dokumentiert Themen der Umwelt- und Sozialpolitik, für die sich Daniel Brunner einst selber während zwölf Jahren im Zuger Gemeinderat eingesetzt hat. Nie nahm er ein Blatt vor den Mund, wenn er für die Sozialistisch-Grüne Alternative politisierte. Heute ist das nicht anders.

Herr Brunner, wie wurden Sie politisch aktiv?

Als mein Vater 1967 für die FDP zum Nationalrat gewählt wurde, war ich noch keine zehn Jahre alt. Das war zwar noch nicht der Startschuss meiner politischen Aktivität, aber wohl ein wichtiger Hintergrund. Am Ende meines ersten Jahres an der Kanti wurde ich «Kulturchef» des Schülerforums. So konnte ich zum Beispiel Franz Hohler einladen oder politische Diskussionen organisieren. Bald darauf war ich im Zuger Chile-Komitee aktiv, das sich solidarisch mit den chilenischen Flüchtlingen zeigte, die beim Militärputsch 1973 ihre Heimat verlassen mussten.

Waren Sie später nicht auch Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), die aus der Revolutionären Marxistischen Liga (RML) entstanden war?

Nein, auch wenn mich die kürzlich in alle Zuger Haushalte verteilte Broschüre «50 Jahre Grosser Gemeinderat (GGR) der Stadt Zug» als SAP-Mitglied auführt. Zu den Wahlen 1986 für den GGR in der Stadt Zug war ich explizit als Parteiloser angetreten. Als dann aus der Wahlliste Sozialistisch-Grüne Alternative (SAP und Parteilose) an der ersten Versammlung nach den Wahlen eine Partei werden sollte, stimmte ich als Einziger dagegen. Ich trat der SGA dann aber doch bei – das war vielleicht ein Fehler.

Weshalb ein Fehler?

Der so genannte «demokratische Zentralismus» der RML und der SAP, das leninistische Parteimodell, war wohl der zentrale Geburtsfehler. Er erlaubte einem kleinen Kreis, grössere Organisationen auf intransparente Weise zu kontrollieren.

Wollten Sie persönlich jemals eine sozialistische Revolution in der Schweiz?

Ja, klar. Grundsätzlich war ich pazifistisch eingestellt und deshalb skeptisch gegenüber den militaristischen Revolutionen von Russland bis Kuba. Aber Chile hatte 1973 gezeigt, dass die Macht tatsächlich «aus den Gewehren kommt». Ich hatte damals sehr viel zur Russischen Revolution gelesen, war aber nicht wie die RML-Genossinnen der Meinung, die Sowjetregierung hätte alles richtig gemacht. Eigentlich interessierten mich vor allem Resultate und nicht die Revolutionsrhetorik. Deshalb trat ich früher für einen «radikalen Reformismus» ein.

Ihr Vater war Finanzdirektor bei Landis+Gyr und FDP-Nationalrat.

Sie aber gingen politisch in eine ganz andere Richtung.

Gewisse Werte des Anti-Kommunismus waren auch in mir drin. Ich war einmal mit einer Jugendgruppe zu Besuch in der DDR und fand nicht, dass dieses System kopierwürdig sei. Dazu hat mich geprägt, dass die FDP damals eine diskussionsfreudige Partei war, die nicht eine einheitliche Parteimeinung durchprügeln wollte. Auch sich einzusetzen für etwas, das einem wichtig ist, habe ich zu Hause gelernt. Trotz unfairer Wahlkampfrhetorik der SP und des «Beobachters» war es aus meiner Sicht politisch richtig, dass mein Vater 1975 abgewählt wurde. Die Öffentlichkeit wusste, dass ich ihn nicht wählen würde. Das traf meinen Vater sehr.

Sie haben 1981 gemeinsam mit sieben anderen Landis+Gyr-Erben die ProMiet AG gegründet. Worum ging es bei diesem Projekt?

Wir errichteten in Hünenberg Wohnungen, die gleichzeitig preisgünstig und umweltfreundlich sein sollten. Das war damals neu und einzigartig, galt gar als unmöglich. Hinzu kam das Stichwort «Mieterfreundlichkeit». Das hiess, dass die Mieterinnen einen Kündigungsschutz sowie in ihren Wohnungen recht viele Gestaltungsfreiheiten hatten.

Für ökologische Themen haben Sie sich immer wieder eingesetzt.

Schon bei meiner allerersten Rede, an einem Schulgottesdienst in der Kanti, sprach ich kritisch zur Bibelstelle «Seid fruchtbar und mehret euch». Als Politiker wollte ich immer wieder das Soziale mit dem Ökologischen verbinden. Ab 1996 war ich für drei Jahre im Stiftungsrat des WWF Schweiz.

1987 gründeten Sie die IG Bio, die Interessengemeinschaft für eine biologische Zuger Landwirtschaft. Was bewirkte die IG Bio?

In einer gross angelegten Studie ermittelten wir, was es brauchen würde, um den ganzen Kanton Zug auf biologische Landwirtschaft umzustellen. Damit trugen wir sicher zum Durchbruch des Bio-Landbaus in der Schweiz bei. Wir haben damals viel getan: Hielten Vorträge an landwirtschaftlichen Schulen und sprachen mit Grossverteilern. Anfang der 1990er-Jahre war Zug dann einer der Kantone mit dem höchsten Anteil von Bio-Landbau. Auf die Ausstrahlung dieses Projekts bin ich stolz. Auch konnte dank des Drucks der IG Bio auf eine Sanierung des Zugersees via Stollen verzichtet werden.

Sie waren von 1986 bis 1998 im Zuger Grossen Gemeinderat.

Das letzte Jahr als Parteiloser, weil sie aus der SGA austraten.

Wieso kam es zum Bruch mit der SGA?

Es gab viele Anlässe dazu. Wer sich dafür interessiert, holt sich in meinem Dokumentationszentrum am besten den vierzigseitigen Austrittsbrief, in dem ich eine ganze Reihe unerfreulicher Vorkommnisse festgehalten habe.

Sie haben sich in einer breiten Koalition mit Freisinnigen, SP-Leuten und Unabhängigen für eine zweite Zeitung im Kanton Zug engagiert. Die «Zuger Presse» startete 1996, musste 2005 aber mit grossem Verlust verkauft werden.

Wenn ich zurückschaue, hätte ich wohl mehr und direkter Einfluss aufs Tagesgeschäft nehmen und mich weniger zum Zahlmeister degradieren lassen

bibliothek



MENTATIO



sollen. Schon vorher hätte ich vielleicht auf dem Projekt einer kleinen Tageszeitung beharren sollen. Aber die Mehrheit der Beteiligten hat sich für eine dreimal wöchentlich erscheinende Zeitung ausgesprochen – was sich auf dem Markt klar als Fehler herausstellte.

Einige der Mitgründer meinten, Ihr «Hire-and-fire»-Umgang mit dem Personal sei der Grund für das Scheitern der Zeitung gewesen.

Ich habe 2003 die Kündigung eines einzigen Journalisten veranlasst, übrigens auf Verlangen gerade jenes Chefredaktors, der davor und danach viele Gerüchte über mich verbreitete. Und die Gruppenkündigung im Sommer 2000 hatte nicht zuletzt das selbstherrliche Verhalten, angeblich in meinem Namen, jenes externen Beraters provoziert, der sich später sehr kritisch über mich äusserte.

Passt Ihnen die Zeitung heute nicht mehr?

Beim Verkauf an die Luzerner Zeitung AG wurde auf meinen Wunsch vereinbart, dass die «Zuger Presse» eine «unabhängige publizistische Stimme» bleiben würde. Da blieben sicher einige Hoffnungen unerfüllt.

Ein anderes Ihrer Projekte ist doku-zug.ch, ein Dokumentationszentrum mit Sachbüchern und Zeitschriften zu Sozial- und Umweltpolitik. Wie kam es dazu?

Schon als Gemeinderat habe ich jene Themen gut dokumentiert, mit denen ich mich politisch befasste. 1995 machte ich mein Archiv öffentlich zugänglich. Mittlerweile verfügen wir über viele Dossiers, zu 40 Prozent mit lokalem und zu 60 Prozent mit schweizerischem oder internationalem Inhalt.

Wieso braucht es doku-zug.ch?

Wir sind eine kleine Bibliothek und beschaffen Sachbücher rasch und mit direktem Bezug zur Aktualität. Damit – und als zeitgeschichtlich orientiertes Dokumentationszentrum mit bereits über zwei Millionen Dokumenten aus Zeitungen und Zeitschriften – bieten wir Zug ein Angebot, das sonst nur in einer Universitätsstadt anzutreffen ist. Und trotz linkem Image: Wir sammeln und katalogisieren die Artikel nicht parteiisch. Auch die Besucherinnen stammen aus unterschiedlichsten Kreisen. So recherchierte hier zum Beispiel Jean-Paul Flachsmann, später SVP-Regierungsrat und eines der Opfer des Zuger Attentats, für seine Projekte einer repressiven Drogenpolitik. Und übrigens auch der Attentäter selber erkundigte sich bei uns, unter anderem über die Zugerland Verkehrsbetriebe.

Sie hatten auch mit dem legendären linken Schriftsteller und Journalisten Niklaus Meienberg zu tun.

Als er für eine Reportage in der «Bilanz» über Zug recherchierte, war ich über weite Strecken sein Reiseführer. Ich begleitete ihn zum damals zweitgrössten Aktionär der Marc Rich & Co., Alexander Hackl. Aber auch in den Garten meiner Grossmutter Gyr oder zum Zurlaubenhof. Niklaus hat mich dann in seinem «Bilanz»-Artikel als «geschmeidigen Ethnologen» bezeichnet – mit gutem Grund. Aber auf die ungefragte Intervention eines bekannten Zuger Politikers hin setzte er in seinem Reportagenbuch dann den «freundlichen Ethnologen» ein.

Kiffen Sie eigentlich noch immer?

Gelegentlich. Aber seit 1999 bin ich zu hundert Prozent nikotinfrei.

Wie ist Ihre Haltung zur Drogenpolitik?

Ich war lange bei Droleg aktiv und setzte mich für eine kontrollierte Legalisierung von Drogen ein. Nun ist mir dieser Verein, der sich trotz seiner Kleinheit als «Dachorganisation» sehen möchte, zu eng. Natürlich müsste man bei der Legalisierung von Hanf, Kokain oder Heroin und den verschiedenen «Pillen» auf vieles achten. Dennoch ist es der einzige gangbare Weg gegen die zersetzenden Wirkungen des Schwarzmarktes. Die Preise müssten mit Steuern hoch gehalten werden, gerade um Drogen für Jugendliche nicht allzu leicht zugänglich zu machen.

Sie waren als Dienstverweigerer drei Monate im Gefängnis.Haben Sie Ihre Konsequenz nie bereut?

Nein. Ich konnte in der Strafanstalt Witzwil viel für die Uni arbeiten. Im mit 800 Hektaren grössten Landwirtschaftsbetrieb der Schweiz hat man mich zum Spritztraktor-Fahrer gemacht. Bei trockenen und windstillen Zeiten habe ich so im Sommer 1984 fast pausenlos Dünger und Pestizide ausgebracht. Dabei habe ich auch viel über die integrierte Produktion (IP) gelernt, was ich später in meiner politischen Arbeit und bei der IG Bio brauchen konnte.

Was halten Sie von der heutigen Armeepolitik?

Die langweilt mich, wie schon seit jeher. Ich ging zwar jeweils schon Unterschriften sammeln für die GSoA, aber die Abschaffung der Armee war für mich nie ein zentrales Thema. Ich glaube auch nicht, dass sie mehrheitsfähig ist. Aber ähnlich, wie die SVP Migrationsthemen bewirtschaftet, tut das die GSoA in Bezug auf Armee und Rüstungspolitik.

An Geld mangelte es Ihnen nie. War das Fluch oder Segen?

Mein erstes Geldgeschenk bekam ich zu meinem 19. Geburtstag: eine halbe Million Franken in Landis+Gyr-Aktien. Die Erträge sollten ein elternunabhängiges Studieren ermöglichen. So konnte ich von zu Hause ausziehen und war für zehn Monate auf einer Nord- und Südamerikareise unterwegs. Danach studierte und politisierte ich gleichzeitig, war Werkstudent und zahlte meinen ganzen Lebensunterhalt selber – mit Vorurteilen hatte ich trotzdem zu kämpfen.

Was schätzen Sie am Kanton Zug?

Für politisch Interessierte ist es wunderschön, dass Zug ein waschechter kleiner Staat ist, mit eigener Gesetzgebung, eigenem Steuersystem. Mit klaren Ideen und der Arbeit von relativ wenigen Gleichgesinnten kann man hier überdurchschnittlich viel beeinflussen.

Was irritiert Sie am Kanton Zug?

Im reichsten Kanton eines der reichsten Länder der Welt sollte man mehr für den sozialen Ausgleich tun, mehr Gegensteuer gegen überteuerte Immobilien geben und sich bei Kultur und Bildung mehr, auch nicht direkt «Nützlich», leisten.

Politisiert die Zuger SP richtig?

Der SP mangelt es wohl an profilierungswilligem und qualifiziertem Personal. Das hat vielleicht immer noch damit zu tun, dass sich die Partei ab den 1970er-Jahren nicht darüber einig war, wie sie sich positionieren soll: wie stark ökologisch, wie stark rebellisch. Sie hat nur beschränkt einen «Drive» entwickelt. In einigen Zuger Gemeinden wurden sie deshalb von den Alternativen in den Schatten gestellt.

Was sollte die SP Zug in Zukunft besser machen?

Wünsche möchte ich nicht auf die SP beschränken. Denn gewisse «Krankheiten» betreffen die Alternativen genauso, wenn nicht stärker. Nehmen Sie zum Beispiel die Wohnbaupolitik: Alle fordern günstige Wohnungen. Aber in kaum einer Wohnbaugenossenschaft leisten Linke Vorstandsarbeit. Da sind viel mehr Leute mit bürgerlichem Hintergrund dabei. Mich dünkt der Wille, die Welt «anders» zu gestalten, ist heute nicht mehr so gross.

Was wünschen Sie der SP Zug zum 100. Geburtstag?

Hoffentlich gibt es sie auch in hundert Jahren noch! Neben Engagement für die Sache wünsche ich allen SP-Mitgliedern Freude am Politisieren. Das heisst nicht zuletzt, für Bürgerinnen, für ihre Genossinnen gerne und gut erreichbar zu sein. Das ist nicht unwichtig für den politischen Erfolg sowie als Quelle von Inspiration.

KRISE

IM KANTON ZUG

NICHTS NEUES

ARBEITSGRUPPE GESCHICHTE ZUG

KRISENJAHRE ENTLASSUNGEN ARBEITSLOSIGKEIT IM KANTON ZUG SEIT BEGINN DER INDUSTRIALISIERUNG

An diesem Buch arbeiteten:

Christian Besmer	1949	Elektromonteur	Oberägeri
Daniel Brunner	1957	Maturand	Oberwil
Daniel Heller	1953	Student	Baar
Franz Marti	1957	Maturand	Zug
David Mühlemann	1956	Maturand	Steinhausen
Phillip Röllin	1955	Student	Oberägeri
Samuel Theiler	1956	Werkzeugmacher	Zug
Walter Wyss	1953	Schriftsetzer	Zug

Dieses Buch ist - wenn er es will - dem tapferen
Gewerkschaftler und Revolutionär Bruno Bollinger gewidmet.

Wir danken Martin Lustenberger. Er hat uns seine Druck-
maschine zur Verfügung gestellt. Speziell danken möchten
wir auch Maria Hess und Claudia Weiss von der Stadtbiblio-
thek Zug, Frau Schneider und Fräulein Müller von der
Landesbibliothek in Bern, Sandra Rossi, alten Verzinkerei-
arbeitern und Sozialdemokraten und vielen weiteren unge-
nannten Freunden und Helfern.

Preis:

Fr. 6.- für Verdienende

Fr. 4.- für Arbeitslose, Lehrlinge, Schüler/Studenten,
Hausfrauen und AHV/IV-Bezüger

Warum dieses Buch 4 beziehungsweise 6 Franken kostet

Unsere Kosten bei einer Auflage von 400:

150 Druckplatten à Fr. 3.-	450.-
27 000 Blätter à Fr. 15/00	405.-
Umschlag: Spezialpapier und Titel	100.-
Farbe und Plattenentwickler	50.-
Buchbinderarbeit, pro Exemplar 70 Rappen	280.-
2000 Fotokopien à 20 bis 40 Rappen	700.-
Grafisches Material, SBB, Spesen	-.-
Ueber 1000 Arbeitsstunden à 0 Rappen	-.-
400 Exemplare kosten	1985.-
1 (Ihr) Exemplar kostet	4.95

Wir legen drauf...

Eigendruck. Eigenverlag. Auflage 400. Zug 1976.

Arbeitsgruppe Geschichte Zug, Postfach 1123, 6300 Zug

Nachdruck mit kommerziellen Absichten untersagt, für
agitatorische Zwecke zugunsten der Arbeiterbewegung
jedoch erwünscht. Um Belegexemplare wären wir froh.

Inhalt

Als Vorwort und Einleitung.....	3
Das wirtschaftliche Auf und Ab im Kanton Zug.....	7

KRISENJAHR 1857

Das Krisenjahr.....	9
Zeitgenössische Krisenerklärungen.....	15
Wie man sich gegen die Krise wehrte.....	16

KRISENJAHR 1884

Das Krisenjahr.....	17
Zeitgenössische Krisenerklärungen.....	23
Wie man sich gegen die Krise wehrte.....	25

KRISENJAHRE 1921/1922

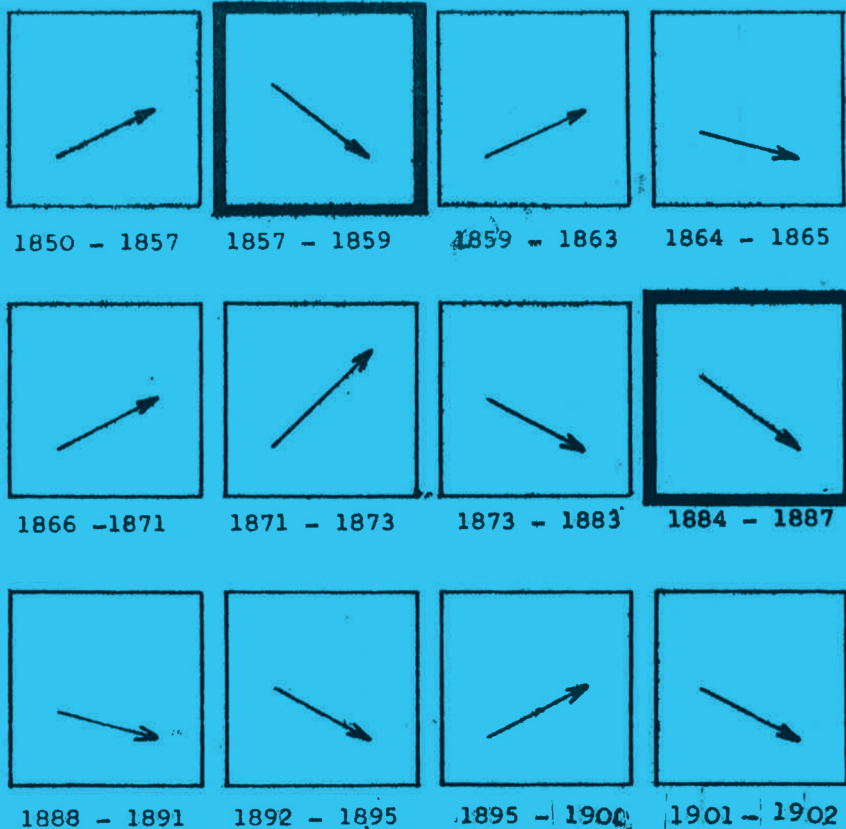
Das Krisenjahr.....	27
Die Situation in Zug.....	34
Notstandsarbeiten im Kanton Zug.....	39
Wie man sich gegen die Krise wehrte.....	42
- Kundgebungen und Protestversammlungen.....	42
- Aussperrung im schweizerischen Holzgewerbe.....	48
- Fünfwöchiger Metallstreik.....	51
- Solidaritätsstreik in der Verzinkerei.....	51
- Der Kampf gegen die Lex Haeberlin.....	65
- Aussperrung der Spinnereiarbeiter in Aegeri.....	71
- Die Ablehnung der Vermögensabgabe-Initiative.....	76
- Der Streik der Typographen.....	82
- Erfolgloser Streik der Zuger Gasarbeiter?.....	86
Zeitgenössische Krisenerklärungen.....	91

KRISENJAHRE 1930/1936

Die Weltwirtschaftskrise.....	101
Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Zug....	103
Die Krise in Zug.....	106
Die Krise in Zug - bürgerlich dargestellt.....	108
Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Kanton Zug.....	127
Massenentlassungen in Zuger Betrieben.....	129
Die Situation in den einzelnen Zuger Betrieben.....	130
Wie man sich gegen die Krise wehrte.....	139
- Der zweimonatige Streik in der Verzinkerei Zug.....	161
Zeitgenössische Krisenerklärungen.....	184
KURZER ABRISS DER ZUGER WIRTSCHAFTSGESCHICHTE.....	187
ANMERKUNGEN.....	198
KRITISIEREN SIE. PRAKTIZIEREN SIE.....	205

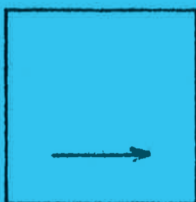
Das wirtschaftliche Auf und Ab im Kanton Zug

Diese grafische Darstellung des wirtschaftlichen Auf und Ab im Kanton Zug ist eine Zusammenfassung nach Rolf Brandenbergs Dissertation: "Die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung des Kantons Zug 1850 - 1960", von uns bei offensichtlich falschen Angaben korrigiert. Die Pfeile in den einzelnen Häuschen können keine genaue, quantitative Wiedergabe des jeweiligen konjunkturellen H_ochs oder Tiefs sein - dazu fehlte ausreichendes Material - aber sie geben doch das ungefähre Ausmass der Krisen- oder "guten" Jahre an. Die Häuschen sind alle gleich gross und nicht etwa so lang wie die jeweilige Zeitperiode. Das letztere hätte nur einen falschen Eindruck von Genauigkeit erweckt. Im Buch werden die fettumrandeten Häuschen genauer beschrieben.





1903 - 1907



1908 - 1911



1911 - 1913



1914 - 1918



1919 - 1920



1921 - 1922



1923 - 1928



1929 - 1930



1931 - 1936



1937 - 1939



1940 - 1945



1945 - 1949



1949 - 1950



1950 - 1951



1952 - 1953



1954 - 1957



1957 - 1958



1959 - 1973



1974 - ?



?

Krisenjahr 1857

"...wenn Krisen und Zeitläufe die Arbeit einstellen, (wird) der Bürger augenblicklich von einem Strom Brodloser Überfluthet, von Jammergestalten bedroht, die hohläugig an den Thüren und Strassen lungern und verzweifelnd 'Brod oder Tod' rufen."(1)

Mit dieser drastischen Schilderung der Situation von 1857 wehrten sich konservative Baarer Bürger gegen die Beschuldigungen der Liberalen, sie setzten sich dem Fortschritt entgegen, weil sie die aufkommende Industrie argwöhnisch beobachteten.

Doch der Argwohn der Konservativen von 1857 war berechtigt. Kaum hatte nämlich um 1850 im Kanton Zug der Uebergang von einem landwirtschaftlichen Kanton zu einem Industriekanton mit angegliederter Landwirtschaft begonnen - mit rund 50-jähriger Verspätung auf die Nordostschweiz - litten die Industriearbeiter auch schon unter den Folgen der Weltwirtschaftskrise 1857.

Kaum hatten die ersten Spinnereien und Webereien ihren Betrieb aufgenommen, gab es auch schon Absatzstockungen und Produktionsrückgang. Kaum waren rund 2600 Personen (3), beinahe ein Siebtel der damaligen Zuger Bevölkerung (4), von ihrem Fabrik- und Heimarbeiterverdienst abhängig, zeigte sich, wie unsicher ihre Existenz war.

Am schlimmsten betroffen von den 2600 Personen waren die Seidenweber, die ihre Seidenstücke in Heimarbeit webten.

Streiflicht auf die Arbeitermusik Zug

Christian Raschle

Politische Bewegungen waren vor allem in ihren Anfängen bestrebt, Mitglieder für die politischen Vorstellungen zu gewinnen und diese auch in anderen Lebensbereichen anzusprechen. Die Arbeiterbewegungen in der Zeit zwischen 1850 und 1920 sind in dieser Hinsicht Pioniere. Sie gründeten Kultur- und Sportvereine. Auch in Zug lassen sich solche Spuren entdecken, wie das Beispiel der Arbeitermusik Zug (AMZ) belegt.

Am Anfang dieser kleinen Darstellung der AMZ steht eine Episode, die der Autor als langjähriges Mitglied der Stadtmusik Zug von Kollegen öfters zu hören bekam. In den 1950er-Jahren war in Zug auch eine Arbeitermusik aktiv. Die Teilnahme an den 1.-Mai-Feiern der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei bildete einen roten Faden für deren Tätigkeit. Im besagten Fall trat der damalige Paukist der AMZ an seinen Kollegen von der freisinnig ausgerichteten Stadtmusik Zug heran und bat darum, für einen Festanlass die Pauke der Stadtmusik ausleihen zu dürfen. Für den Stadtmusikanten stellte dieser Kollegendienst kein Problem dar. Gross war jedoch das Erstaunen – und bei einzelnen auch die Empörung –, als eine freisinnige Zuger Persönlichkeit in Zürich zufällig Augenzeuge des 1.-Mai-Umzuges wurde und dabei die Zuger Stadtmusikpauke vorbeiparadierten sah. Ironie des Schicksals (war es), als die gleiche Pauke 1957 wieder in Zürich im Einsatz war, diesmal in den Reihen der Stadtmusik Zug, die mit Dirigent Hans Flury am Eidgenössischen Musikfest mit dem 1. Rang Schweizermeister wurde.

Wurzeln der Arbeitermusik

Die Geschichte der Arbeitermusik in der Schweiz ist wenig erforscht. Ursprünglich dienten die Arbeitermusiker als Begleitformationen bei Aufmärschen und Umzügen der Arbeiterbewegung, wie sich das etwa in Bern erkennen lässt. Hier entstand nach 1880 um den Arbeiterverein Felsenau eine Blechkapelle, «deren Mitglieder, vorerst mit gemieteten Instrumenten, von einem alten Trompeter – Veteran aus dem Sonderbundskrieg – unterrichtet wurden», wie François de Capitani in seinem Werk «Musik in Bern» berichtet. Diese «Arbeitermusik» änderte aber bald ihren Namen in «Metallharmonie», was unverfänglicher erschien, so dass die erste Arbeitermusik verschwand. 1890 fand in der schweizerischen Bundesstadt erstmals eine 1.-Mai-Demonstration statt. Die Musik bildete eine Formation mit Mitgliedern verschiedener Berner Musikvereine. Der Berichterstatter im «Schweizer Sozialdemokrat» schrieb damals: «Aber unsere städtischen Musikkorps sind, Ausnahmen abgerechnet, natürlich für Arbeiterdemonstrationen nicht zu haben, und dann auch zu kostspielig für Arbeiterbörsen.» Doch ein Jahr später marschierten sowohl die renommierte Stadtmusik Bern und die Militärmusik Bern für die Arbeiter auf und untermalten die Demonstration musikalisch. Dieses Einvernehmen zerbrach zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Zeichen härter werden-

der sozialer Auseinandersetzungen, die ihren Höhepunkt im Landesstreik vom November 1918 fanden. Obwohl der Streik abgebrochen werden musste, sah die Schweiz 1919 anders aus als zuvor, weil mehrere Forderungen der Streikenden berücksichtigt worden waren. Die ersten eidgenössischen Wahlen nach dem Proporzsystem fanden statt und die 48-Stunden-Arbeitswoche wurde eingeführt. Das war bedeutungsvoll, weil nun auch Arbeiter mehr Freizeit hatten. Daher wenig überraschend gründete man 1919 den Schweizerischen Arbeitermusikverband (SAMV).

Gescheiterter Angriff auf die Stadtmusik Konkordia Zug

Auch im Kreis der Sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftskartells Zug (GKZ) dachte man über die Gründung einer Zuger Musikgruppe nach. Am 27. August 1927 hatten sich erstmals elf an Musik interessierte Genossen auf Initiative des SBB-Angestellten Adolf Schönenberg zu einer ersten Aussprache über die Gründung einer AMZ getroffen. Aus heutiger Sicht hatte diese Zusammenkunft klassenkämpferischen Charakter, denn die Initianten wollten das Gros ihrer Mitglieder der Stadtmusik Konkordia abwerben. Die 1887 gegründete Harmoniemusik Zug, die sich seit 1914 Stadtmusik Konkordia nannte, war teilweise durch eine Abspaltung von Mitgliedern der Stadtmusik Zug entstanden. Ein Beweggrund für diesen Bruch mit der 1881 als Feuerwehrmusik gegründeten Stadtmusik Zug bestand darin, dass die sozialen Gegensätze innerhalb des Korps zu gross waren. Wohl war es idyllisch anzuhören, dass Musik die sozialen Schranken aufhob und Direktor und Arbeiter im gleichen Verband, sogar mit vertauschten Rollen, spielen konnten. In der Praxis zeigte sich aber doch, dass in der damaligen Zeit, als Hierarchien einen hohen Stellenwert besaßen, eine zu grosse Kluft zwischen Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden vorhanden war. So waren es denn 1887 Arbeiter der Metallwarenfabrik Zug, die den neuen Verein aus der Taufe hoben. Während sich die Stadtmusik Zug als liberal ausgerichteter Verein verstand, gehörten der Harmoniemusik mehrheitlich Mitglieder an, die den sozialdemokratischen und christlich-sozialen Bewegungen nahestanden. Dominik Iten bestätigt dies; 1919 wurde er zum Retter der in einer schweren Krise steckenden Stadtmusik Konkordia: «Eine schwache Vereinsführung, leere Kassen sowie mangelnde musikalische Kenntnisse der Direktion führen den Verein in eine fast aussichtslose Situation. An der Aktivenversammlung vom 5. April (1919) tritt der gesamte Vorstand zurück; viele Aktive erklären ihren Austritt. Nur dank dem Einsatz von Kantonsrat Dominik Iten, der an der ausserordentlichen Generalversammlung vom 12. April als Tagespräsident amtiert, sowie der Mithilfe von Emil Bohny gelingt es, einen neuen Vorstand sowie eine neue «alte» musikalische Leitung zu bestellen und damit den Verein vor der Auflösung zu bewahren.» Beide Vermittler standen am Beginn ihrer politischen Tätigkeit, die sie zwar in verschiedenen Parteien, aber in den gleichen Gremien ausübten. Dominik Iten war von Unterägeri nach Zug gekommen und als Telefonarbeiter bei der PTT angestellt. 1919 wurde er auf der Liste der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zug in den Kantonsrat gewählt, dem er bis 1930

angehörte. Vom 1924 bis 1930 war er auch Mitglied des Stadtrates von Zug. Emil Bohny wurde 1920 als Mitglied der Freisinnigen Partei in den Zuger Kantonsrat gewählt, in dem er 24 Jahre die Stadt Zug vertrat. 1932 wählten ihn die Zuger Stimmbürger in den Zuger Stadtrat. In dieser Funktion hatte er mit seinen Kollegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und des Zweiten Weltkrieges zu bewältigen. 1946 trat er von diesem Amt zurück.

Aus Gründen der Ideologie folgte der Vorstoss der AMZ-Gründer gegen die Stadtmusik Konkordia einer gewissen Konsequenz. Diesen war jedoch bewusst, dass das eine Gratwanderung war. Hätte man das Ziel erreicht und noch mehr Abtrünnige aus der Stadtmusik Konkordia gewinnen können, dann wäre die Existenz der Konkordia bedroht gewesen, was sich auch aus der Chronik der Harmoniemusik Zug herauslesen lässt: «1927. Die Konkordianer haben eines ihrer schwersten Jahre zu bestehen. Eine von der Arbeiterunion auf den 7. September angekündigte Versammlung beschliesst, eine Arbeitermusik zu gründen und mit der Stadtmusik Konkordia über eine mögliche Verschmelzung zu diskutieren. Obwohl einige Mitglieder daraufhin den Verein wechseln, beschliesst man an der Aktivenversammlung vom 12. September, die politische Neutralität zu bewahren und den Verein der Stadtmusik Konkordia in seiner bereits vierzigjährigen Form zu erhalten. 25 Mitglieder halten dem Verein unter der Führung von Kaspar Marti die Treue.» Die Stadtmusik Konkordia durchlebte damals erneut eine schwierige Phase. Interne Spannungen waren schon 1925 aufgetreten. Belastend wirkte es, dass dem damaligen Präsidenten wegen ungetreuer Amtsführung sowohl das Präsidium als auch die zuvor verliehene Ehrenmitgliedschaft entzogen werden mussten. In der Chronik des Vereinslebens wird das Jahr 1926 mit folgenden Sätzen charakterisiert: «Unter dem neuen Präsidium von Kaspar Marti muss eine Erneuerung des Vereinsgeistes angestrebt werden, denn unangenehme Zwischenfälle haben das gegenseitige Vertrauen unter den Aktiven behindert und ein unharmonisches Vereinsleben provoziert.» Die Nachwehen der Aktion der Arbeiterunion waren in der Stadtmusik Konkordia auch 1928 noch zu spüren, was sich im Rücktritt der Direktion widerspiegelte. Mit der Wahl des neuen Dirigenten August Villiger, der den Verein bis 1957 leiten sollte, gelang es der Stadtmusik Konkordia, musikalische Kontinuität zu gewinnen.

Rückendeckung durch die Leitfigur der Partei

Bei einer Bevölkerungszahl von 10000 Personen war Zug vor allem aufgrund der stark bürgerlich geprägten Bevölkerungsstruktur zu klein, um drei Musikkorps zu unterhalten. Dennoch verfolgten die linken Musikenthusiasten in Zug das Ziel der Vereinsgründung, die am 23. September 1927 Tatsache wurde. Die Instrumentierung kostete rund 4000 Franken. Dieser Betrag wurde gedeckt durch Tombolas, freiwillige Spenden und durch die Unterstützung der Arbeitervereine. 1931 wurde ein Reisereglement erlassen. Die daraus entstehende Reisekasse blieb von der Vereinskasse unabhängig und wurde vom eigens dafür gewählten Reisekassier geführt. Neben dem Reisezweck verfolgte das Reglement das Ziel, einen Fonds zu äufnen, was erlauben würde,

für die Mitglieder die Reisekosten zu senken. Jedes Mitglied sollte pro Woche wenigstens 50 Rappen in die Kasse einzahlen. Unterzeichnet war dieses Dokument durch den Präsidenten Heinrich Gallmann, den Aktuar Friedrich Christen und den Reisekassier August Kälin. Erst zwei Jahre später, 1933, wurden die Statuten des Vereins verabschiedet, nachdem sie auch vom SAMV gebilligt worden waren. Artikel 3 äusserte sich zur Mitgliedschaft: «Jeder Arbeiter und Musikfreund von unbescholtenem Rufe kann Mitglied des Vereins werden.» Die Zuger Version war in dieser Hinsicht offener als die des eidgenössischen Dachverbandes, die für eine Mitgliedschaft in einer Arbeitermusik entweder eine Parteimitgliedschaft bei der Sozialdemokratischen Partei oder einer Gewerkschaft voraussetzte (SAMV-Statuten Artikel 4).

Der jüngste Spross der «Arbeiterfamilie» genoss viel Wohlwollen. Als erster Präsident amtierte der erste gewählte sozialdemokratische Regierungsrat des Kantons Zug, Heinrich Gallmann. Der 1869 geborene Gallmann war in Zug als Bahnhofportier tätig und engagierte sich in der Politik. Ein erster bedeutender Schritt war 1916 die Wahl in den Zuger Kantonsrat, dem er von 1916 bis 1934 angehörte. Stadtrat von Zug war er vier Jahre, 1923 wurde er in den Regierungsrat gewählt. Wie wenig die Gewaltenteilung damals noch beachtet wurde, zeigt die Tatsache, dass Gallmann gleichzeitig in der Exekutive und in der Legislative sass. Mit Gallmann nahm erstmals ein Protestant in der kantonalen zugerischen Exekutive Einsitz. 1933/34 wurde Heinrich Gallmann der erste sozialdemokratische Landammann des Kantons Zug. Die Arbeitermusik konnte kaum ein besseres Aushängeschild haben, aber dennoch geriet der junge Verein bald in Schwierigkeiten. Daran waren z.B. die Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit und auch der Verzinkereistreik im Jahr 1932 schuld. Noch einschneidendere Folgen hatten zwischen 1939 und 1945 die Mobilmachungsphasen der Schweizer Armee, die generell das kulturelle Leben im Land beeinträchtigten. Einer, der unentwegt den Musikbetrieb aufrechterhielt, war Dirigent Heinrich Kunz, der die AMZ von der Gründung bis 1957 führte.

Existenzsorgen

Leider lassen sich weder über die Aktivitäten der AMZ Aufzeichnungen finden, noch gibt es ein Verzeichnis über die Zahl der Aktivmitglieder. Die beiden Liquidatoren Clemens Meienberg und Hanspeter Wenk, die den Schlussbericht verfassten, orteten weitere Gründe für den langsamen, aber dennoch stetigen Niedergang der AMZ: «Die Lebensdauer jeder Organisation hängt immer vom Wirken der Menschen ab. Viele persönliche Reibereien, wie sie im menschlichen Zusammenleben unvermeidlich sind, dann verschiedentlich auch der Mangel an geeigneten Führungskräften erschwerten die Existenz des Vereins. Der Mangel an musikalischem Nachwuchs musste bei der Existenz von drei Musikvereinen in der Stadt Zug zu einem immer härteren Konkurrenzkampf und Abwerbung führen. Schliesslich darf eine gewisse Übersättigung an Musik durch Radio, Television, Schallplatten und Transistoren nicht unerwähnt bleiben. Die Schönbläserei büsste an Anhang ein, während die Guggenmusiken einen unerhörten Auftrieb erfuhren.»



Bild vorangehende Seite:

Arbeitermusik Zug vor dem Schulhaus Neustadt (1937). In der Mitte mit Bart, Heinrich Gallmann, sozialdemokratischer Kantonsrat (1916–1934) und auch Stadtrat (1919–1922). Von 1933–1934 war er Regierungsrat.

Abbildung unten:

Einladung zur jährlichen Abendunterhaltung der Arbeitermusik Zug, 1944.



Dir. Herr H. Kunz

ABENDUNTERHALTUNG

Sonntag den 23. Januar 1944, punkt 20 Uhr
im Restaurant zur Eisenbahn

Geehrte
Freunde!

Die Arbeiter-Musik Zug

führt auch dieses Jahr eine Abendunterhaltung durch. Wenn auch die Probeverhältnisse nicht gut waren, so haben wir nichts gescheut, um unsern Freunden und Passivmitgliedern ein abwechslungsreiches Programm zu bieten. Der Gabentisch der Tombola ist zeitgemäss und reichhaltig zusammengestellt. Für Ihre bisherige Mithilfe gebührt Ihnen besondern Dank, und wir hoffen gerne, Sie auch in Zukunft zu unsern Freunden zählen zu dürfen

Gerne werden wir Sie an der Abendunterhaltung begrüessen und zeichnen mit aller Hochachtung

Arbeiter-Musik Zug

Gestempelte Programme berechtigen zum freien Eintritt von 2 Personen
Saalabzeichen 50 Cts. obligatorisch

Ehrlicherweise erwähnt der Bericht auch interne Gründe, die den Niedergang bewirkten, wie ungenügende Probenbesuche oder das mangelnde Interesse der Mitglieder. Da in den Statuten die Probenpflicht direkt verankert war, bedeutete Nachlässigkeit in dieser Hinsicht keine Bagatelle für das Vereinsgeschehen. Die mangelnde Präsenz der Mitglieder war einer der Faktoren, die Dirigent Kunz zum Rücktritt veranlassten. Er hinterliess eine Lücke, die sich nicht so schnell schliessen liess. In kurzer Zeit standen mehrere Musiker jeweils für eine nur begrenzte Zeit am Dirigentenpult, um selbst davon zurückzutreten oder zum Rücktritt aufgefordert zu werden. Aus den Worten der Berichterstatter ist die Resignation zu spüren: «(Es) machten sich schliesslich immer mehr auch bei der älteren Garde Ermüdungserscheinungen bemerkbar, sodass es immer schwerer wurde, Proben abzuhalten, geschweige noch öffentliche Konzerte durchzuführen. Eine sich immer mehr bemerkbar machende Resignation reihte die einst stolze AMZ unter die Lebensmüden ein. So ging die AMZ bei einer grossen Sympathisantenschar und Passivmitgliedern immer mehr in Vergessenheit.» Zwar versuchte der damalige AMZ-Präsident Hans Rüegg, mehr finanzielle Mittel zu erhalten, aber sein Schreiben an das Kantonale Gewerkschaftskartell im Frühjahr 1951 fand in seiner ultimativen Form bei den Bittstellern keine Gnade, sondern löste in den Reihen des Kartells Entrüstung aus. Die Wogen scheinen sich jedoch wieder geglättet zu haben, denn an der GV des GKZ nahm nicht nur AMZ-Präsident Hans Rüegg, sondern auch Stadtrat Fritz Jost als Militärtrompeter in der AMZ teil. Die finanziellen Sorgen aber begleiteten die AMZ weiterhin, weshalb Präsident Rüegg, Baar, zusammen mit Sekretär Leonhard Wyss, Zug, in einem Schreiben im Mai 1954 an die Passivmitglieder und Gönner verkündeten, der Passivbeitrag müsse um einen Franken erhöht werden. Als Gegenleistung boten die beiden Vorstandsmitglieder an, im Herbst 1954 ein «flottes Konzert» zu präsentieren.

Ein letztes Aufbäumen

In dieser schwierigen Phase erfuhr die AMZ Rückendeckung durch die damalige Parteileitung, der das Schicksal ihrer Tochtervereinigung nicht gleichgültig war. Unter den getroffenen Massnahmen zur Rettung der Musik stand eine Neuuniformierung an oberster Stelle. Diese ersetzte 1958 die 1931 angeschaffte Uniform. Die Gesamtkosten für vierundzwanzig Uniformen betrugen 6147.20 Fr. Neben Sammlungen und Spenden aus Arbeiterkreisen wurde ein Teil der Summe durch die Ausgabe von Anteilsscheinen im Wert von 5 Fr. finanziert, woraus 1145 Fr. gewonnen werden konnten. Knapp ein Drittel der Ausgaben wurde durch Beiträge von Kanton, Stadt und Korporation Zug gedeckt, was beweist, dass keine klassenkämpferischen Schranken mehr vorhanden waren.

1965 wurde der Zustand der AMZ von der Parteispitze erörtert. Parteipräsident Clemens Meienberg persönlich griff das Thema auf, nachdem sich auch der SAMV in Bern über die Entwicklung der AMZ erkundigt hatte. Die nüchterne Auflistung ergab folgende Feststellungen:

- im September 1962 letzter öffentlicher Auftritt
- aktuell ohne Dirigent
- weder Proben noch Versammlungen durchgeführt
- Uniformen und Instrumente zum Teil noch im Besitz von im Verzeichnis als aktive Bläser geführten Mitgliedern
- keine Abrechnungen vorhanden, aber Stand der Aktiven und Passiven bekannt
- Wiederaufbau des Vereins angesichts des Gesamtzustands sehr schwierig.

Man vermutete, dass der Verein allenfalls noch etwa zwölf bis vierzehn Mitglieder zählte. Meienberg berief die Aktiven am 2. April 1966 zu einer ausserordentlichen Generalversammlung ein, zu der acht Aktive sowie ein Vertreter des SAMV und zwei Kollegen aus Zürich erschienen. Der Vorsitzende berichtete, dass eine Dreierkommission die vom Kassier Gottfried Aschwanden bereinigten Rechnungen für die Jahre 1962 bis 1965 geprüft und gutgeheissen habe. Dieses Gremium war prominent besetzt: Regierungsrat Meienberg, der spätere Baarer Einwohnerrat Willy Blaser und der zukünftige Zuger Stadtrat und Stadtpräsident Othmar Romer gehörten ihm an. Zwei Monate später fand eine ordentliche Generalversammlung statt, an der Tagespräsident Meienberg den späteren Zuger National- und Regierungsrat Thomas Fraefel als neuen Präsidenten vorstellen konnte. Der Chronist lobte den Primarlehrer Thomas Fraefel: «Präsident Fraefel ging mit dem psychologischen Geschick eines Lehrers an die ihm übertragene schwere Aufgabe.» Man fand im Genossen H. Wyler einen Dirigenten aus Zürich, führte Proben durch und schmiedete Pläne für die Zukunft. 1967 traten vier junge Mitglieder dem Verein bei, aber Fraefel verschwieg nicht, dass sich die alten Übel, wie mangelnder Probenbesuch, bereits wieder zeigten. Es war Clemens Meienberg, welcher der AMZ ihre letzten Auftritte ermöglichte. Diese gab ihm 1967 zum 60. Geburtstag ein Ständchen und feierte ihn musikalisch, als er 1968 zum zweiten Mal als Landammann des Kantons Zug gewählt wurde: «Diese beiden Auftritte der AMZ waren wie eine Wiedergeburt für den mit der AMZ verwachsenen Zuger. Besonders aber war es für den Gefeierten eine grosse Freude, dass seine Wiederbelebungsversuche ein öffentliches Auftreten der AMZ möglich machten», beschrieb der Jubilar persönlich die Stimmung. Aber bereits im nächsten Satz fügte er desillusioniert bei, «die vermeinte Wiederbelebungs sei mehr ein letztes Aufleuchten einer abgebrannten Kerze gewesen.»

Die Liquidation wird unvermeidlich

Hinter den Kulissen versuchten engagierte Genossen vergeblich, das Fortbestehen der AMZ zu sichern. Die Generalversammlung vom 24. April 1970 kam zum Ergebnis, dass dieses Unterfangen aussichtslos sei und beschloss mit einer Zweidrittelmehrheit die Auflösung des Vereins. Dann geschah vorerst nichts. Viele der von der Auflösung Betroffene mussten diesen Prozess verarbeiten, andere hofften im Stillen auf ein Wunder. An einer Vorstandssitzung

des GKZ 1971 wurde ein Schreiben des SAMV zitiert, nach welchem das kantonale Kartell für die Verwaltung des AMZ-Vermögens einzusetzen sei. Alle Spekulationen beendete der letzte AMZ-Präsident Thomas Fraefel, mittlerweile Regierungsrat, indem er am 22. November 1973 seinen letzten Vorstand zu einer Besprechung über die Liquidation einlud. An dieser Sitzung nahmen auch Altregierungsrat Clemens Meienberg und der Präsident des GKZ, Hanspeter Wenk, teil. Die Gruppe beschloss den Zeitplan und das Vorgehen für die Liquidation. Dieses sah vor, das Gesamtinventar aufzunehmen, zu bewerten und zu veräussern sowie einen ordentlichen Rechnungsabschluss zu erstellen. Das vorhandene Vermögen würde das kantonale Gewerkschaftskartell treuhänderisch übernehmen. Am 12. Januar 1974 traf man sich im Schulhaus Guthirt, wo das Inventar untergebracht war. Doch die Arbeiten erfuhren einen jähen Rückschlag, als im Februar 1974 Gottfried Aschwanden nach kurzer Krankheit starb. Er war im Vorstand als Kassier eine Schlüsselfigur für die AMZ gewesen und zeichnete für das Inventar verantwortlich. Als Abwart des Schulhauses Guthirt lag es nahe, dass er dort auch Platz für die Utensilien gefunden hatte. Bei seinem Tod lag jedoch die Schlussaufstellung der Vermögenswerte noch nicht vor, so dass die Liquidationsgruppe im Kontakt mit den Angehörigen des Verstorbenen die einzelnen Positionen aufarbeitete. Einen wichtigen Aktivposten stellten die Instrumente dar. Sie lassen einen gewissen Rückschluss auf die Mitgliederzahl zu, aber auch auf den Schwerpunkt der Instrumentierung. Im Inventar befanden sich 21 Blechinstrumente, elf Holzblasinstrumente und acht verschiedene Schlaginstrumente. Dazu kam noch Zubehör, wie das Dirigentenpodest, drei Taktstöcke und eine Holzkiste mit Notenständern. Die Kommission entschied, das gesamte Instrumentarium en bloc und nicht einzeln zu veräussern. Für die Bewertung zog man den letzten Dirigenten, Genosse Wyler aus Zürich, den Leiter der Musikschule Zug, Sales Kleeb, den Musikalienhändler Burri aus Bern und zwei weitere Musiklehrer als Fachleute bei. Der Verkauf der Instrumente spülte 3000 Fr. in die Kasse der AMZ. Enttäuscht waren die AMZ-Liquidatoren, dass die sechzehn noch verwendbaren Uniformen nicht verkauft werden konnten: «Eine Ausschreibung in der Schweiz. Musikzeitung war erfolglos. Eine Anfrage beim Schweiz. Arbeitermusikverband vom 17. Dez. 1973 blieb unbeantwortet. Die immerhin 15-jährigen Uniformen, auch wenn diese nur wenig getragen wurden, sind unverkäuflich und eignen sich höchstens zur Abgabe an eine Altkleidersammlung, sodass kein Ertrag zu erwarten ist.» Ihrem Unmut gaben die Liquidatoren noch zusätzlich Ausdruck: «Diese Entwicklung (Niedergang der AMZ) versuchte man Ende der fünfziger Jahre mit psychologischen Wiederbelebungsvitaminen zu beheben, indem man die im Jahre 1931 eingeweihte Uniform im Jahre 1958 durch eine neue modernere und ansprechendere Musikantenbekleidung ersetzte. Ein schöneres Kleid mag wohl äusserlich ansprechen. Es vermag aber keine Müdigkeit und Resignation der Mitgliedschaft zu überwinden. Man hätte sich diesen moralischen und finanziellen Aufwand besser erspart. Es war eines der letzten Nervenzucken vor dem Eintreten in die Agonie.» Erleichtert schrieb der Liquidator Clemens

Meienberg am 17. Oktober 1974 dem Gewerkschaftspräsidenten Hanspeter Wenk, das Rote Kreuz, Sektion Zug, habe zugesichert, die Uniformen gratis abzunehmen. Nach Abschluss der Liquidation zeigte sich ein Vermögen von 12176.85 Fr. Dieses wurde, wie vorgesehen, dem Kantonalen Gewerkschaftskartell Zug zur treuhänderischen Verwaltung übergeben. Im Zeitalter der elektronischen Kommunikation gewinnt der Hinweis, dass sich in der Hinterlassenschaft der AMZ auch eine Schreibmaschine «Torpedo-Portable» mit Kiste befunden habe, nostalgischen Charakter, zumal es sich laut Vermerk um ein «altes Modell» handelte.

Letzte Anstrengungen bleiben erfolglos

Nach diesem schmerzlichen Schritt nahm Liquidator Meienberg kein Blatt vor den Mund: «Den Auftrag für die Durchführung der Licquidation [sic!] vermochte die gewählten Licquidatoren keineswegs zu begeistern. Am wenigsten den Erstunterzeichner, der immerhin während rund 35 Jahren als Vertrauensmann der zug. Arbeiterbewegung mit der AMZ in Verbindung stand. Es mutet wie eine gewisse Tragik an, dass ich zur Licquidation und zum Nekrolog aufgerufen bin, nachdem verschiedene Wiederbelebungsversuche von mir aus gingen und die zwei letzten öffentlichen Auftritte der AMZ meinem 60. Geburtstag und der Landammannfeier galten. Ein Stück der zug. Arbeiterbewegung gehört somit der Vergangenheit an. Es mag uns ein schwacher Trost sein, zu wissen, dass gleiche oder ähnliche Erscheinungen auch anderswo feststellbar sind.» Clemens Meienberg oblag es schliesslich, die Formalitäten der Übergabe an die Gewerkschaft zu regeln. 1976 diskutierte man im Kartell nochmals intensiv über das Schicksal der AMZ. Deren letzter Präsident Thomas Fraefel hob seine vergeblichen Anstrengungen zur Rettung hervor und wies darauf hin, dass sich auch der Arbeitersängerbund in einer ähnlich schwierigen Lage befinde. Sollte eine Neugründung der AMZ erfolgen, so würden die Mitglieder des Gewerkschaftskartells diese tatkräftig unterstützen. Die Mai-Feier 1977 plante das Gewerkschaftskartell so, dass wiederum ein Musikkorps daran beteiligt sein sollte. Aus naheliegenden Gründen musste dafür eine auswärtige Formation gefunden werden. Die Anfrage an den SAMV, ob die Entschädigung der Musizierenden aus dem Vermögen der aufgelösten Zuger Sektion gedeckt werden könnte, beantwortete der SAMV positiv. In den Protokollen des Kartells findet das Schicksal der AMZ jedes Jahr Erwähnung, jedoch stets mit dem Zusatz, eine Neugründung sei leider nicht gelungen. 1983 setzte der Vorstand des GKZ eine dreiköpfige Arbeitsgruppe ein, um die Anstrengungen zu intensivieren. Diese wurde geleitet von Claudio Zacek, der im Vorstand die lokale Sektion des Schweizerischen Eisenbahnerverbandes vertrat. Als Mitglieder arbeiteten mit Gustav Glaus, Delegierter der Gewerkschaft Bau und Holz, sowie Regierungsrat Thomas Fraefel als Vertreter des Verbandes des Personals öffentlicher Dienste. Ergebnisse konnte die Arbeitsgruppe jedoch keine vorweisen, und nachdem Claudio Zacek aus dem Vorstand des Kartells ausgeschieden war, fanden die Bemühungen um eine Wiederbelebung der AMZ ihr Ende.

Clemens Meienberg

1993 starb Clemens Meienberg. Dreissig Jahre lange hatte der ehemalige Rangierarbeiter bei den SBB in Politik, Gesellschaft und Gewerkschaft Akzente gesetzt. Im Gewerkschaftsbund des Kantons Zug (GBZ) wurden Ideen erörtert, wie man das Andenken des für die Gewerkschaftsbewegung bedeutenden Trägers würdigen könnte. 1998 stellte der damalige GBZ-Präsident Bruno Bollinger ein Konzept vor, in welchem auch die ehemalige Arbeitermusik eine Rolle spielte: «Der GBZ-Vorstand beantragt der Delegiertenversammlung, das Vermögen der Arbeitermusik aufzulösen», lautete die Überschrift in der Einladung an die Delegierten des GBZ für die Versammlung vom 12. Mai 1998. Der Initiator verwies auf die bekannten Fakten der Vereinsliquidation, informierte, dass sich das Vermögen der AMZ auf mehr als 22000 Fr. erhöht habe und fügte bei: «Es ist abzusehen, dass das, was in den letzten 24 Jahren nicht möglich war – eine neue Arbeitermusik zu gründen –, auch in den nächsten Jahren nicht realisiert wird.» Bollingers Vorstellung gemäss sollte das Vermögen geteilt und 10000 Fr. davon dem neu gegründeten Industriepfad Lorze (IPL) geschenkt werden, mit der Hoffnung, «die Rolle der organisierten Arbeiterbewegung in der Zuger Industriegeschichte zu erforschen». Die restliche Summe war für die von Bollinger geplante Publikation unter dem Arbeitstitel «30 Jahre 1. Mai in Zug» vorgesehen. GBZ-Vorstandsmitglied Sybilla Schmid erläuterte den Antrag des Vorstandes. Im Protokoll der Delegiertenversammlung des GBZ vom 12. Mai 1998 stehen die für die AMZ schicksalsschweren Sätze: «Die Anwesenden heissen den Antrag des Vorstandes einstimmig gut. Das Vermögen der Arbeitermusik ist somit aufgelöst.» 2002 trat Bruno Bollinger in den Vorstand des IPL ein und wirkte dort bis 2008 mit. Im Rückblick auf seine Tätigkeit in diesem Gremium äusserte er am 29. April 2008 folgende Gedanken: «Als ich in den Vorstand des Industriepfades kam, hatte ich mir vorgenommen, zu schauen, dass auch die organisierte Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, im Rahmen des IPL visualisiert werden könnten. Keine leichte Sache angesichts dessen, dass Gewerkschaftsarbeit meistens nur im Konfliktfall öffentlich sichtbar wird. Der Hauptteil der Gewerkschaftsarbeit jedoch, Verbesserungen auszuhandeln und Probleme zu lösen, findet meistens unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und ist somit kaum sichtbar.» Der Anlass für diese Worte war erfreulich, denn an jenem Tag wurde eine IPL-Schautafel zu Ehren von Clemens Meienberg im Ökiahof, auf dem Gelände des ehemaligen Zuger Güterbahnhofs und damit seines einstigen Arbeitsplatzes, enthüllt. Die AMZ, für deren Existenz sich Clemens Meienberg so sehr und vergeblich eingesetzt hatte, ermöglichte mit ihrem Vermögen die Würdigung seiner Persönlichkeit. Ungetrübt war die Freude jedoch nicht, wenn man den weiteren Ausführungen von Bruno Bollinger folgt: «Ich bitte die Anwesenden, ihre persönlichen Unterlagen nicht als «alten Grümpel» zu betrachten. Macht es bitte nicht so, wie Meienberg selber, der die Korrespondenz und die Kassabücher der Arbeitermusik liquidierte. Ich zitiere aus dem Liquidationsbericht: «Ältere Rechnungsbücher, Protokolle und dergl., die m.E. keinen Aufbewahrungswert haben, werde ich,

soweit dem keine entgegengesetzte Meinung gegenüber steht, dem Verbrennungsprozess übergeben.» So bleiben auch die Vorgänge um die eingangs geschilderte Episode zur Pauke der Stadtmusik Zug ein Geheimnis, das kaum mehr dem Dunkel der Geschichte entrissen werden kann. Ebenso lässt sich erfahren, ob die AMZ ihren Mitgliedern Reisen ermöglicht hat. Das Schicksal der Zuger Sektion des SAMV teilten im Lauf der Jahrzehnte viele Formationen. Einige von ihnen verschwanden ersatzlos, andere passten sich der Zeit an und suchten mit dem Ziel einer gesellschaftlichen Öffnung unter einem neuen Namen neue Interessenkreise anzusprechen. Zu Beginn dieses Jahrhunderts zählte der SAMV noch zwölf Mitgliedsektionen. Vor hundert Jahren blühte das Vereinswesen in der Schweiz, aber in einer Zeit zunehmender Individualisierung und Spezialisierung finden viele Vereine keine Zukunft mehr. Von Mitgliederschwund ist auch der Dachverband aller Musikverbände der Schweiz betroffen. Der Schweizer Blasmusikverband umfasste 2010 über 2000 Vereine mit rund 76000 Aktivmitgliedern. Zahlreiche Gruppen der Blasmusikszene, so zum Beispiel Brassbands, Blaskapellen und Guggenmusiken bewegen sich jedoch ausserhalb des Verbandes. Dies gilt auch für die steigende Zahl von Ad-hoc-Formationen. Die Arbeitermusik Zug ist aber ein Teil der Geschichte eines Stücks schweizerischer Kulturgeschichte geworden.

Bibliografie

Staatsarchiv des Kantons Zug:

P 55 Gewerkschaftskartell des Kantons Zug,
darin: Arbeitermusik Zug 1933–1974.

doku-zug.ch:

Faszikel Gewerkschaftskartell des Kantons Zug,
Protokolle 1971–1986.

Privatarchiv Bruno Bollinger, Erstfeld:

Mail vom 25. August 2013 an den Autor
mit Anhang.

Literatur

1887–1987: 100 Jahre Harmoniemusik der
Stadt Zug, Zug 1987.

De Capitani François (1993), Musik in Bern,
Historischer Verein des Kantons Bern,
76. Band, Bern.

Hand auf's Herz!



Kommen wir wirklich ohne Sozialdemokraten aus?

Thomas Fraefel ist der Mann mit Herz, der weiss wo den Arbeitnehmer, den Rentner, den kleinen Mann der Schuh drückt.

Darum schreibt jeder Zuger Wähler mit Herz auf seinen Wahlzettel

THOMAS FRAEFEL



Arbeitnehmer-Liste **2** SOZIALDEMOKRATEN & GEWERKSCHAFTER



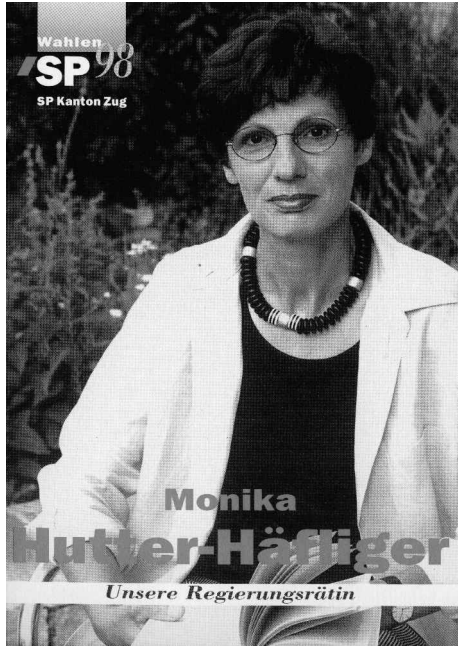
Simone Hutter, Danielle Silberschmidt und Christina Huber in den Nationalrat.

Für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

www.wirwollennachbern.ch
Liste Junge SP Frauen



klar.sozial



CHRISTINA
HUBER
KEISER

in den Nationalrat



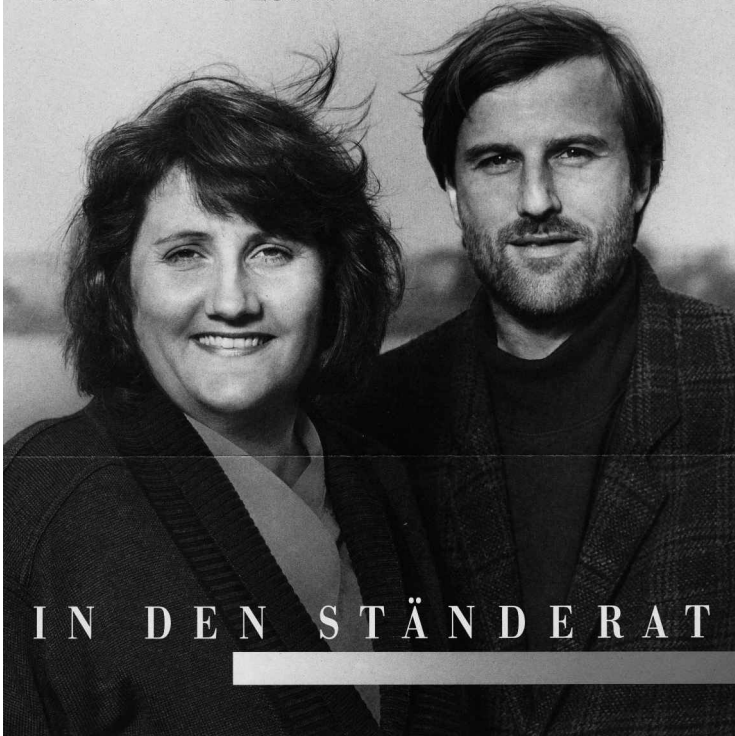
KARIN
HÄGI

ja SP





Rosmarie Rossi und Dolfi Müller



IN DEN STÄNDERAT

SP

Entschieden für Zug. Sozialdemokratische Partei



Gemeinde Zug

Wahlzettel

für die Wahl des Ständerates
vom 22. November 1970

**Sozialdemokraten und
Gewerkschafter**

Ständerat
(2 Mitglieder)

Wassmer Robert, Stadtrat

Robert Wassmer in den Ständerat



Robert Wassmer, 1927, von Oberdorf BL
Stadtrat seit 1969
Grosser Gemeinderat 1963—1968
Kantonsrat 1960—1962 und seit 1967
Präsident Wohnbaugenossenschaft Heimat
Zug
Ortschef Zivilschutz Stadt Zug



**Meine Werte.
Meine Stärke.**

Martin B. Lehmann in den Nationalrat
sozial. ökologisch. liberal.
www.martinb-lehmann.ch




- Echter Mieterschutz
- Wirksame Umweltpolitik
- Soziale Sicherheit für alle

Armin Jans
Gemeinderat
Dr. rer. pol.

Ernst Ineichen
Kantonsrat
El. Ing. HTL

Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften
Liste 3



**Wir sehen
nicht schwarz.
Wir sehen –
und handeln.**



Entschieden für Zug. Sozialdemokratische Partei




...erfrischt den ganzen Kanton!

Gemeinsame Liste:
Alternative Kanton Zug und
Sozialdemokratische Partei
des Kantons Zug.

Sozialdemokratische Partei des Kantons Zug
Postfach 1326
6301 Zug
www.sp-zug.ch



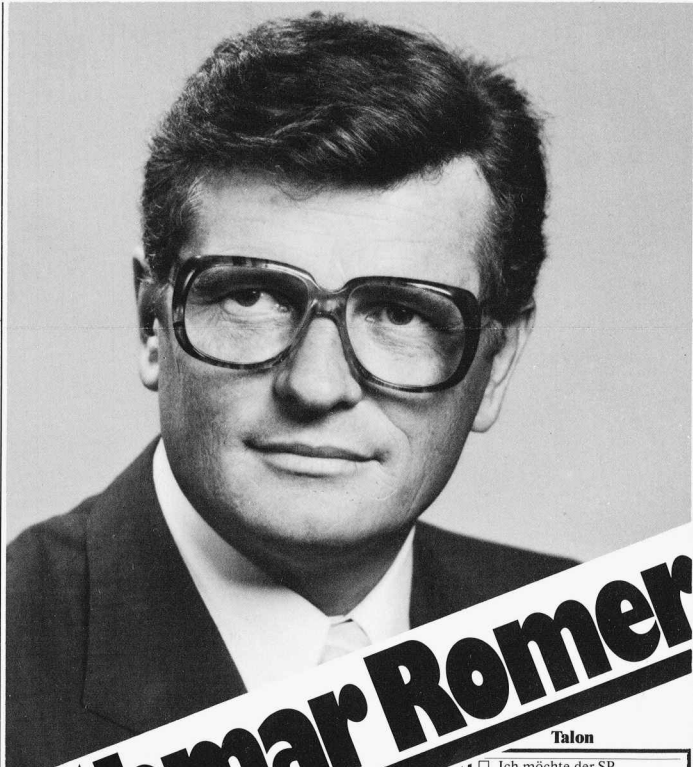
Kanton Zug
Sozial und demokratisch

**Damit die Arbeitnehmer,
die Rentner und Mieter wieder mehr Gehör
finden, braucht es im Stadtrat einen
Vertreter, der für sie eintritt.**

**Die Sozialdemokraten setzen
sich konsequent für soziale Gerechtigkeit,
Hilfsbereitschaft und Solidarität ein.**

Othmar Romer (47),
St. Johannesstrasse 24,
verheiratet, drei Kinder,
kaufmännischer Angestellter,
gewerkschaftlich
organisiert im SMUV,
seit 1971 Mitglied des
Obergerichts,
Vertreter der Mieter in der
Schlichtungsstelle für
Mietangelegenheiten.

*Das Wahlgesetz hat seine
Tücken (Listenproporz):
Nur wenn Sie die Liste der
Sozialdemokratischen Partei
in die Urne legen, helfen Sie
uns. Es nützt nichts, wenn der
Name unseres Kandidaten auf
einer anderen Liste geschrie-
ben wird.*



**Wählen Sie mit der Liste der
Sozialdemokratischen Partei
in den
Stadtrat**

Ned chlöne - SP wählet!

Othmar Romer



Sozialdemokratische Partei

Talon

Ich möchte der SP
beitreten

Schicken Sie mir die SP-Wahl-
plattform

Name _____

Vorname _____

Ort _____

Strasse _____

Gewünschtes bitte ankreuzen
Sozialdemokratische Partei Zug
Postfach 158, 6301 Zug

Sozialdemokratische Partei Zug Druck: Buchmann Druck, Zürich



Von der Arbeitermusik bis zur Zugisierung: das vorliegende Buch vereinigt verschiedenste Fachbeiträge, etwa Dr. Regula Stämpfli, Prof. Hans Ulrich Jost, Prof. Reiner Eichenberger – es sind Momente des Innehaltens. Doch auch in den persönlichen Gesprächen erlebten wir Einblicke. Wir haben dazu siebzehn Menschen interviewt. Aus Zug; Zugezogene, Abgewanderte und solche, die schon immer in diesem Kanton gelebt haben. Allen ist gemeinsam, dass sie sich für soziale Anliegen engagieren oder sich einst für solche eingesetzt haben. Das Wachstum etwa, das der Kanton seit Jahrzehnten erlebt, und den damit einhergehenden Wandel nehmen die Befragten aber unterschiedlich wahr. Manche ärgern sich über das Verschwinden alter Häuser, über die «Zubetonierung» des Kantons oder über das Dutzend Kräne, das von ihrer Wohnung aus zu sehen ist. Es wird aber auch betont, dass nur dank einer Verdichtung mit hohen Häusern die Grünflächen um Zug herum bewahrt werden können.

In seinem Interview sagt Daniel Brunner, dass es für politisch Interessierte wunderschön sei, dass Zug ein waschechter kleiner Staat sei, mit eigener Gesetzgebung, eigenem Steuersystem. Mit klaren Ideen und der Arbeit von relativ wenigen Gleichgesinnten könne man hier überdurchschnittlich viel beeinflussen. Mit Stolz bemerken andere, dass es keine globalisiertere Kleinstadt als Zug gebe, was zu befruchtenden Kontakten mit anderen Kulturen führe. Gerade die Zugezogenen seien es, die dem Kanton seine charakteristische Offenheit verleihen würden. Der Kanton Zug war kein Industriepionier und es gab eine Zeit, in der Zugerinnen ihr Glück in der Auswanderung suchen mussten. Doch er bot Menschen mit Ideen und Kapital – gerade auch von «ausen» ein gutes Pflaster. Internationale Einflüsse sind zwar bereits zu Beginn der Industrialisierung zu finden, doch der Aufschwung zum reichsten Kanton der Schweiz setzte erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein. Heute sind wir ein begehrter Arbeits- und Wohnort. Und vermögend.

Zug steht in Rankings punkto Lebensqualität und Steuerattraktivität oft an vorderster Stelle. Krisen sind im Kanton aber keine Unbekannte. So scheint das «wirtschaftliche Auf und Ab im Kanton Zug» (siehe Seite 168ff), wie es in der Publikation der Arbeitsgruppe Geschichte Zug von 1976 betitelt wird, im kollektiven Gedächtnis wohl allzu gerne unterzugehen.

In den persönlichen Aufzeichnungen kommt auch der heutige veränderte Bevölkerungsmix zur Sprache. Aktuell strömen viele hochqualifizierte Fachpersonen in den Kanton: Früher hörte man das Italienisch und Spanisch der südeuropäischen Bau- und Fabrikarbeiterinnen auf der Strasse – heute eher Englisch, Russisch, Hochdeutsch oder Dänisch. Die Rezepte zur Beibehaltung und Förderung von einem guten sozialen Mix sind noch nicht konsensfähig. Als einer der Vorschläge tauchte etwa die Idee auf, Ausländerinnen das Stimm- und Wahlrecht zu verleihen. Es sei nur fair, dass auch sie darüber mitentscheiden könnten, was mit ihren Steuergeldern passiere. Die Ablehnung des kantonalen Integrationsgesetzes durch die Stimmbevölkerung im Herbst 2013 wird die brennenden Fragen um Integration und Zusammenleben im Kanton Zug aber nicht vereinfachen. Und ob flankierende Massnahmen, respektive die Einführung eines Mindestlohns ein oder kein Rezept sind, darüber herrscht ebenfalls noch kein wissenschaftlicher oder politischer Konsens.

Dass Zug heute ein dynamischer Wirtschaftsstandort ist, bestreitet hingegen niemand. Über die möglichen Schattenseiten wird allerdings kontrovers diskutiert. Die einen denunzieren einen ihrer Meinung nach allzu ungehemmten Kapitalismus und Konsumismus. Andere nehmen mit Sorgen wahr, dass Zug die Stadt mit den grössten und teuersten Autos ist. Doch gleichzeitig fehlt auch der Hinweis nicht, dass im wohlhabenden Kanton Zug eben auch vieles möglich sei. Kaum eine andere Stadt dieser Grösse hat ein derart dicht ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz. Und kaum eine andere Stadt dieser Grösse könnte über die Realisierung eines Stadttunnels für

eine Milliarde Franken diskutieren. Zweifellos könnte man mit dem vorhandenen Geld auch anderes bewerkstelligen: Bemängelt wird, dass Zug kulturell eine «arme» Stadt sei. Man müsse sich hier mehr Kultur, Bildung und auch nicht «direkt Nützliches» leisten.

Weitestgehend Einigkeit besteht, wenn es um bezahlbaren Wohnraum geht. Dass Normalverdienende aus dem Kanton gedrängt werden, passt niemandem. Auch nicht, dass die soziale Umschichtung wohl eher bürgerlichen Parteien, die auf weitere Steuersenkungen drängen, in die Hände spielen. Bedenklich findet man zudem die starke Zuger Verwicklung mit der Finanzwelt und dem Rohstoffsektor. Da gebe es Leute, die kein soziales Gewissen hätten. Unschön, wenn irgendwo ein Öltanker auf Grund läuft und die Spuren wieder einmal nach Zug führen.

In den Antworten der Interviewten zeichnen sich auch gewisse Generationenunterschiede ab. Der Ansicht älterer Semester, heute sei das Bedürfnis, die Welt zu verändern, nicht mehr so gross wie früher, widersprechen Junge. Man sieht sich noch immer genauso engagiert. Vielleicht nicht mehr bei Hausbesetzungen oder mit Sitzstreiks gegen Barfussverbote, dafür nun beim Unterschriften sammeln im Internet oder auch mit Diskussionsbeiträgen auf Facebook. Inwiefern die (social) medialen Beiträge politische Arbeit auf der Strasse, in Gemeindesälen oder Parlamenten ersetzen oder allenfalls nur ergänzen, bleibt abzuwarten. Zweifelsohne entsprechen aber unverbindlichere Tätigkeiten ohne zeitlich längerfristige Anbindungen einem Zeitgeist: «Projekte in der Gesellschaft» treten an die Stelle der «Gesellschaft als Projekt»¹. Dem gewachsenen Bedürfnis nach informellem, projektbezogenem Engagement ist im Politalltag sicher vermehrt Rechnung zu tragen. Das soll aber nicht darüber hinweg täuschen, dass sich viele seit jeher immer wieder intensiv eingeben; die im Bildarchiv exemplarisch festgehaltenen Bilder aus vergangenen Wahlunterlagen sollen allen Beteiligten symbolischen Dank aussprechen.

Uns fällt auf, dass manche politischen Aktivitäten in der Öffentlichkeit, zuweilen auch von gut Informierten, nicht wahrgenommen werden – oder nicht im Gedächtnis haften bleiben. Manche parlamentarischen Vorstösse oder Entwicklungen als Resultate hartnäckiger Detailarbeit gelangen zuweilen kaum über einen kleinen Zirkel von Politgenossinnen hinaus. Auch festgestellte Widersprüche in verschiedenen Interviews bleiben daher bestehen. Und faktische Gegebenheiten bleiben oft unaufgeklärt.

Über die Generationen hinweg bleibt dagegen die Gleichberechtigung der Geschlechter ein Thema. Obwohl sich die Rollenverteilung sehr verändert habe, – Männer wollen heute mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen als früher – gilt es als immer noch ungerecht, dass Frauen für dieselbe Arbeit rund ein Fünftel weniger verdienen als Männer. Und dass es für Frauen heute nach wie vor schwierig ist, Karriere und Kinder miteinander zu vereinbaren. Doch nicht nur im Wirtschafts- oder Familienleben, auch in der Politik gibt es emanzipatorischen Nachholbedarf: Zug ist einer von fünf verbleibenden Kantonen der Schweiz, die noch nie eine Nationalrätin nach Bern entsendet haben.

Soziale Gerechtigkeit, sorgfältiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen, nachhaltige Lebensqualität, Gleichberechtigung und Integration – das alles ist und bleibt im Kanton Zug wichtig. Umso notwendiger sind Zugkräfte, die sich auch weiterhin für soziale Demokratie einsetzen. Gehen wir's an!

Barbara Gysel

1 Rucht, Dieter (1999): Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen. Frankfurt a.M.

Sozialdemokraten verlangen gerechtere Steuern

Motion im Zuger Kantonsrat

Unaufhaltsam dreht sich die Preis-Lohnspirale in die Höhe. Dadurch rutscht mancher Arbeitnehmer in eine höhere Steuerklasse hinauf. Die rasant fortschreitende Teuerung hat nämlich die Lohnerhöhungen bereits wieder weggefressen. Diese bedenkliche Entwicklung läuft unter dem Namen der **kalten Progression**.

Mit der wohlbegründeten Motion hat die sozialdemokratische Fraktion des Zuger Kantonsrates eine Revision des Steuergesetzes verlangt, die eine wirksame Bekämpfung dieser kalten Progression darstellt. In erster Linie verlangen die Sozialdemokraten, dass als vordringlich die Sozialabzüge erhöht werden.

So soll der persönliche Abzug von bisher Fr. 1400.— auf Fr. 1800.— erhöht werden. AHV-Rentner sollen statt wie bisher Fr. 2400.— in Zukunft Fr. 3800.— in Abzug bringen können. In

ähnlicher Art sollen auch die Abzüge für minderjährige Kinder erhöht werden. Zusätzlich sollen bis Fr. 4000.— für die berufliche Ausbildung der Kinder vom Einkommen abgezogen werden können. Welcher Familienvater hat sich beim Ausfüllen der Steuererklärung nicht schon geärgert, wenn er für die Versicherungsprämien seiner ganzen Familie lächerliche Fr. 800.— von seinem Einkommen subtrahieren durfte? Die Sozialdemokraten fordern mit dieser Motion, dass dieser Abzug auf Fr. 2000.— erhöht werden kann. Einen Abzug von gleicher Höhe verlangen sie für jene Steuerzahler, die sich beruflich weiterbilden und dabei ihre Weiterbildung selber berappen müssen. Auch die Abzüge des Fraueneinkommens müssen erheblich erhöht werden.

Wer soll das bezahlen?

Es versteht sich von selbst, dass der Fiskus diese wesentlichen Verbes-

serungen zu Gunsten des kleinen Mannes zu spüren bekommt. Die Sozialdemokraten kamen zum Schluss, dass einerseits jene Domizil- und Holdinggesellschaften, welche vom Steuerparadies Zug gar zu offensichtlich profitieren und andererseits Leute mit den grossen Einkommen über Fr. 64000.— zur Kasse gebeten werden müssen. Dabei wird aber nichts Ungebührliches verlangt. Die juristischen Personen sollen lediglich so besteuert werden, dass diese Steuerpflichtigen eine Annäherung an die Nachbarkantone erfahren. Leute mit diesen ausgesprochen hohen Einkommen können Erhöhungen zwischen einem bis zwei Prozent sicher zugemutet werden.

Wenn es zu Auseinandersetzungen um die sozialdemokratische Steuermotion kommen sollte, dürfte es heute schon klar sein, welche Kreise sich gegen diese Verbesserungen wehren. Ebenso klar zeigt sich, wer hier die Interessen der Arbeitnehmer vertritt.



Mindestens 60% Rente

Eine Volkspension, die ihren Namen wirklich verdient, garantiert jedem Erwerbstätigen eine Rente von mindestens 60% vom vorherbezogenen Einkommen. Eine solche Eidgenössische Volksinitiative hat die SPS dieses Jahr eingereicht. Diese fortschrittliche Volkspension wird verwirklicht durch das Zusammenspiel der stark ausgebauten AHV/IV mit Zusatzversicherung, welche die Lücke zwischen AHV-Rente und dem garantierten Minimum von 60% schliesst.

Für die Zukunft

müssen AHV/IV-Renten unbedingt existenzsichernd sein. Keine Einbusse darf erleiden, wer bereits einer gut ausgebauten Pensionskasse angehört. Verfassungsmässig müssen Pensionskassen gezwungen werden, ihre Renten (sofern sie kleiner sind) dem garantierten Minimum anzupassen.

Weiter ist die volle Freizügigkeit zu gewährleisten und der volle Teuerungsausgleich zu garantieren.

Voller Schutz bei schweren Krankheiten

Mit rund 89000 Unterschriften hat die SPS die Initiative für eine soziale Krankenversicherung in diesem Jahr eingereicht. Als wesentliche Neuerungen wurden darin verlangt, dass jedermann gegen Krankheit und Unfall versichert ist. Spitalaufenthalt und Behandlung langdauernder oder kostspieliger Krankheiten müssen von der Versicherung voll gedeckt werden.

Abzüge durch Selbstbehalt oder Franchise sind nicht statthaft.

Die Mutterschaftsversicherung muss endlich verwirklicht werden. Eine Erwerbsersatzordnung im Krankheitsfall deckt, wie die SUVA bei Arbeitsunfall, mindestens 80% des Einkommens.

Auch Zahnbehandlungen sind mitversichert.

Das Prämiensystem muss sozial gestaltet werden. Statt der Pro-Kopf-Prämien, die jede Familie und speziell kinderreiche Familien gewaltig belastet, werden wie bei der AHV/IV Lohnprozente erhoben. Der Vater versichert mit seiner Prämie gleichzeitig die ganze Familie. Auch die Arbeitgeber werden verpflichtet, die Hälfte der notwendigen Beiträge zu bezahlen. Diese Regelung ist in allen unsern Nachbarländern schon längst eine Selbstverständlichkeit.

Mit der Lancierung dieser beiden Initiativen haben die Sozialdemokraten und der Gewerkschaftsbund einmal mehr bewiesen, dass sie nicht an Ort treten, sondern eine grundsätzliche Umgestaltung unserer Sozial-Versicherungs-Zweige anstreben. Eine Umgestaltung, die für die nächsten Jahrzehnte die Grundlage bildet, um auch die auf uns zukommenden Probleme zufriedenstellend und wirksam zu lösen. Es darf und kann nicht zugewartet werden. Die Zeit drängt rasch zu grundsätzlichen Taten.

Dank

Die Herausgeberschaft dankt

Richard Aeschlimann, Theres Arnet-Vanoni, Tiziana Artemisio, Barbara Beck-Iselin, Urs Bärchler, Bruno Bollinger, Daniel Brunner, Christina Bürgi Dellsperger, Zari Dzaferi, Reiner Eichenberger, Desirée Good, Nicole Habermacher, Karin Hägi, Stefan Hauser, Ruedi Hug, Wädi Ineichen, Markus Jans, Hans Ulrich Jost, Peter Keller, Franziska Kolb, Brigitta Kühn, Sara Marty, Bruno Mathis, André Meier, Walti Moser, Dolfi Müller, Armin Oswald, Pietro Panico, Brigitte Profos, Christian Raschle, Yannick Ringger, Othmar Romer, Hubert Schuler, Sr. Reginalda Suter, David Stadelmann, Regula Stämpfli, Sybilla Schmid Bollinger, Margrith Zobrist

Bibliothek Zug
doku-zug
Foto Grau
Restaurant Bären
SP-Archiv

Stadt Zug
Kanton Zug



Impressum

Herausgeberschaft

Barbara Gysel, Armin Jans, Martin Amrein

Redaktionsteam

Richard Aeschlimann, Barbara Gysel, Armin Jans, Martin Amrein

Beiträge

Martin Amrein, Reiner Eichenberger, Barbara Gysel, Armin Jans, Hans Ulrich Jost, Armin Oswald, Christian Raschle, David Stadelmann, Regula Stämpfli

Mitarbeit Korrektorat/Redaktion

Nicole Habermacher (punkto)

Fotografie

Desirée Good

Gestaltung

meierkolb, André Meier und Franziska Kolb

Produktion

Kalt-Zehnder-Druck AG, Zug
Auflage 1500 Exemplare,
in drei Umschlag-Farbvarianten

© 2013 Autorinnen und SP Kanton Zug
Alle Rechte vorbehalten

Die Publikation kann bezogen werden bei:
www.sp-zug.ch

ISBN 978-3-033-04207-0

Mieter in Not: zu wenig Wohnungen

Nur wenige Kantone haben in den Jahren 1966 bis 1969 vom Bund Unterstützung für den Wohnungsbau verlangt. Die Begehren der Kantone blieben somit hinter den allgemeinen Erwartungen zurück. Im Durchschnitt wurden nur Bruchteile der seinerzeit festgesetzten Beträge beansprucht und das nicht einmal von allen Kantonen.

Am Stichtag 1. Dezember 1969 standen in der Stadt Zug bei einem Gesamtbestand von 6944 Wohnungen nur deren drei leer. Im letzten Jahr sind nach Abzug der 16 Wohnungen in abgebrochenen Häusern nur 62 Wohnungen neu erstellt worden.

Für Mieter ist es gegenwärtig äusserst schwer, eine Wohnung zu erhalten, denn nicht einmal teure Wohnungen sind erhältlich. Sogar die Gemeindebehörden haben dadurch seit einiger Zeit bei gerichtlichen Ausweisungen allergrösste Schwierigkeiten, diesen bedauernden Mietern Wohnungen zu beschaffen.

Eine Belbung der Wohnbautätigkeit ist aus diesen Gründen unbedingt erforderlich. Mit finanziellen Erleichterungen durch den Kanton wären Bau-genossenschaften und Private in der Lage, wiederum möglichst preiswerte Wohnungen zu erstellen.



Sozialdemokraten und Gewerkschafter

Gerade die Stimme der Minderheit ist wichtig – darum wählen wir mit Thomas Fräfel richtig. Er ist für uns – wir sind für ihn!

Thomas Fräfel (1923), Alpenstrasse 13, Zug, verheiratet, Regierungsrat seit 1971, Vorsteher des Sanitäts- und Forstdepartements, Nationalrat seit 1975.

In den Regierungsrat Thomas Fräfel

Ned chlöne – SP wähle!

SP
Sozialdemokratische Partei

Talon

Ich möchte der SP beitreten
 Schicken Sie mir die SP-Wahlplattform
 Name _____
 Vorname _____
 Ort _____
 Strasse _____

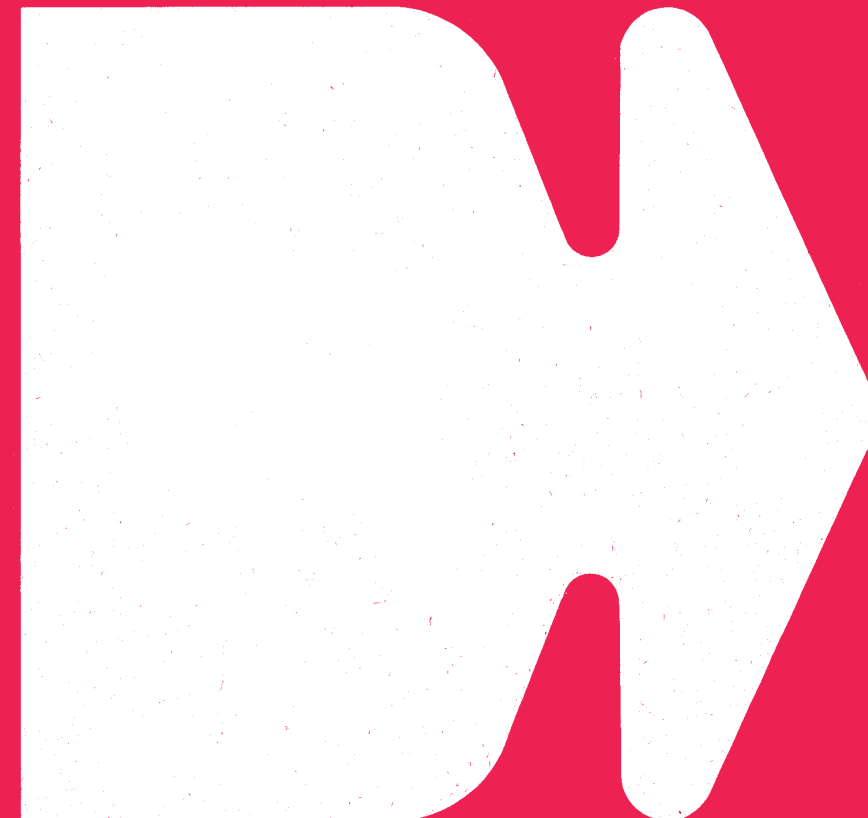
Gewünschtes bitte ankreuzen
 Sozialdemokratische Partei Zug
 Postfach 158, 6301 Zug

Da liegt Zug drin



Da liegt Zug drin

Da liegt Zug drin



- 03 Einleitung
Fachtexte
- 07 Hans Ulrich Jost Geschichte der SP im Spiegel
der bürgerlichen Kritik
- 19 Regula Stämpfli Schweizer Politik, weiss auf schwarz
- 23 «Wie in alten «Schweizer Illustrierten» blättern»
- 25 Armin Oswald Wohnen in Zug
- 28 Armin Jans Der Kanton Zug wächst und wächst
und wächst
- 29 Zug – Ende siebziger, anfangs achtziger Jahre
- 35 Ansätze gegen die Wohnungsnot
- 37 Armin Oswald Wohnbaugenossenschaft
BAARBURG
- 39 Reiner Eichenberger und David Stadelmann
«Zugisierung»: Zuwanderung, Wirtschaftswachstum
und Bodenknappheit: Was tun, was nicht?
- 45 Barbara Gysel Mythen und Fakten zur Einwanderung
im Kanton Zug
- 49 Armin Jans Ein fast vergessenes Zuger Grossprojekt:
Die Sanierung des Zugersees
- 53 Archiv
Aufgezeichnet
- 69 Bruno Bollinger
- 75 Brigitte Profos
- 79 Zari Dzaferi
- 87 Theres Arnet-Vanoni
- 91 Urs Birchler
- 97 Barbara Beck-Iselin
- 103 Pietro Panico
- 107 Dolfi Müller
- 113 Karin Hägi
- 119 Othmar Romer
- 125 Yannick Ringger
- 131 Brigitta Kühn
- 137 Wädi Ineichen und Ruedi Hug
- 143 Sr. Reginalda Suter
- 149 Markus Jans
- 155 Daniel Brunner
- Archiv
Krise im Kanton Zug nichts Neues
- Fachtexte
- 163 Christian Raschle Streiflicht auf die
Arbeitermusik Zug
- 171 Nachwort

